Montag, den 19. Dezember 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang — Nr. 296

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Geschäftsstellen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Schlesienstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. – Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 3852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 16 Pf auswärts 17 Pf Anzeigen unter Text 70 Pf Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Der neue Volksbetrug fertig.

Die Verschandelung der Lohnsteuersenkung im Reichstag angenommen.

Ein Sieg vor der Niederlage.

Berlin, 17. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Reichstag ist am Sonnabend die brutale Macht über Recht, Gesetz und soziale Einsicht gesiegt. Der Rechtsblock hat die Vorlage über die Lohnsteuer in der Form verabschiedet, die er im Steuerausschuß des Reichstages gegeben hatte. Die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung war damit erledigt. Auch der Antrag der Sozialdemokratie, der den steuerfreien Lohnbetrag um je 40 Mark monatlich erhöhen wollte, was einer Ermäßigung der Lohnsteuer um je 4 Mark entspricht, wurde abgelehnt. Das neue Gesetz bringt eine Ermäßigung der Lohnsteuer von 15 Prozent, jedoch nur 2 Mark pro Monat im Höchstfall. Die Belastung der Lohnsteuerzahler bleibt dadurch höher als sie im Jahre 1926 beschlossen worden war. Denn nur der sozialdemokratische Antrag hätte jene Anpassung der Lohnsteuerbelastung auf den früheren Stand herbeigeführt, die durch die sogenannte Lex Brüning gesetzlich festgelegt worden war.

Aber nicht nur der einzelne Lohnsteuerzahler wird geprellt, sondern alle Lohnsteuerzahler zusammen in noch stärkerem Maße. Durch die Lex Brüning ist die gesetzliche Verpflichtung festgelegt worden, die Lohnsteuer zu senken wenn der Ertrag über 1200 Millionen Mark jährlich hinausgeht. Jetzt, wo zum erstenmal davon Gebrauch gemacht werden soll, bricht der Rechtsblock sein Versprechen und löst seine gesetzliche Verpflichtung nicht ein. Im Jahre 1927 werden infolgedessen aus der Lohnsteuer mindestens 100 bis 150 Millionen Mark mehr in die Reichskasse fließen als gesetzlich zulässig ist. Weit schlimmer ist jedoch, daß der Rechtsblock die Lex Brüning für die Zukunft gleichzeitig erheblich verschlechtert hat. Im Jahre 1928 soll überhaupt keine Senkung der Lohnsteuer erfolgen, sie wird frühestens möglich mit dem 1. April 1929. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer soll außerdem statt 1200 Millionen 1300 Millionen betragen. Es ist schließlich auch die Art der Senkung völlig offen gelassen, so daß der unsozialste Weg gegangen werden kann. Die Begrenzung der Lohnsteuer auf 1300 Millionen ist aber nur ein grober Täuschungsversuch. Die Reichsregierung rechnet selbst, daß die Lohnsteuer 1928 1560 Millionen erbringen wird. Der Ausfall durch die jetzige Ermäßigung wird auf 180 Millionen geschätzt. Danach also würde immer noch ein Ertrag von 1380 Millionen bleiben. In Wirklichkeit wird er viel höher sein, weil sowohl der Gesamtertrag der Lohnsteuer höher geschätzt werden muß als 1560 Millionen, und weil auch der Ausfall geringer sein wird als 180 Millionen. Den Lohnsteuerpflichtigen wird also eine Mehrheit von mindestens 300 bis 400 Millionen gegenüber dem jetzigen gesetzlichen Zustand auferlegt. Aus diesen Gründen hat die Sozialdemokratie dem Antrage der Regierungsparteien die Zustimmung versagt. Dasselbe haben die Demokraten und Kommunisten getan.

Es ist eine Irreführung, wenn die Reichsregierung behauptet, der Widerstand der Länder hätte sie zu dieser Abweichung von der Lex Brüning gezwungen. In Wirklichkeit hat der Reichsfinanzminister den Ländern versprochen, er werde ihnen die Mittel für die Besoldung der Beamten durch erhöhte Erträge der Einkommen- und Körperschaftssteuer liefern. Es ist traurig, daß man einen Reichsfinanzminister erst darauf aufmerksam machen muß, daß die Reichsregierung für die Ausführung von Reichsgesetzen verantwortlich ist und sich nicht hinter den Widerstand der Länder verstecken darf. Er wäre auch leicht zu beseitigen gewesen, wenn man den Versuch gemacht hätte, eine qualifizierte Mehrheit für die Ausführung der Lex Brüning im Reichstage zu erhalten.

Daran aber hat es in jeder Beziehung gefehlt. Die Regierungsparteien wollten keine Verständigung mit der Sozialdemokratie, weil die großkapitalistische Deutsche Volkspartei sich mit der größten Entschiedenheit gegen jede loyale Erfüllung der Lex Brüning gewandt hatte. Der Abgeordnete Keinath hat in der Sonnabendsitzung die wirklichen Absichten der Deutschen Volkspartei unverhüllt dargelegt. Nach ihrem Antrage sollte zum Beispiel die Ermäßigung der Lohnsteuer bei einem Einkommen von 125 Mark monatlich mit 25 Pfennigen monatlich beginnen, bei einem Einkommen von 50 000 Mark aber 6500 Mark jährlich, bei 200 000 Mark 11 500 Mark und bei einer Million gar 51 500 Mark betragen! In dem gleichen Atemzuge, in dem Herr Keinath dafür eintrat, daß die allerkleinsten Einkommen Lohnsteuer zu zahlen hätten, forderte er die völlige Beseitigung des Abzuges von Kapitalrenten. Die Arbeiter sollen steuerpflichtig, die Kapitalisten steuerfrei sein.

Der Rechtsblock hat also seinen Willen, die Lohnsteuerzahler zu betrügen, durchgesetzt. Der monatelange, hartnäckige und sachliche Kampf der Sozialdemokratie hat die Lohnsteuerzahler nicht davor schützen können, um ihr Recht betrogen zu werden. Bei den nächsten Wahlen müssen sie sich es durch den Stimmzettel selber erobern!

* * *

Der Reichstag begann seine letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien bereits um 11 Uhr vormittags.

Es folgt die zweite

Beratung des Gesetzentwurfes zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes (Lohnsteuer).

Der Steuerausschuß hat die ursprüngliche Regierungsvorlage fallen gelassen und statt dessen schlägt er den bekannten neuen Gesetzentwurf der Regierungsparteien vor. Danach soll der Lohnsteuerbetrag um 15 Prozent gekürzt werden, jedoch um nicht mehr als 2 Mark monatlich. Außerdem soll der abzugsfähige Betrag für Sonderleistungen, Versicherungen, Werbegeld usw. für den Steuerpflichtigen von 480 auf 600 Mark, für die Ehefrau und für jedes Kind von 100 auf 250 Mark erhöht werden. Eine weitere Senkung der Steuer soll erst eintreten, wenn das jährliche Aufkommen daraus 1300 Millionen übersteigt.

Von der Deutschen Volkspartei ist jetzt noch ein neuer Antrag eingegangen, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit einigen kleinen Aenderungen fordert.

Abg. Keil (Soz.):

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, welche Verwirrung in der Regierungskoalition herrscht, so hätte ihn der Verlauf der Verhandlungen im Steuerausschuß erbracht. Erst hatte die Regierung ihre Vorlage eingebracht und hier begründet. Diese Vorlage ist zwar verschwunden, jetzt aber erleben wir eine Wiederauferstehung durch den Antrag der Deutschen Volkspartei. An Stelle der Regierungsvorlage ist im Ausschuß eine neue Vorlage getreten, eingebracht von den Regierungsparteien, ohne die Deutsche Volkspartei. An diesen Antrag hat sich keinerlei sachliche Debatte im Ausschuß geknüpft. Er trägt den Stempel eines Verlegenheitsproduktes so deutlich wie nur möglich an der Stirn. Es zeigten sich Gegensätze zwischen den Regierungsparteien auch in dieser Frage, man bemühte sich aber, die Koalition notdürftig zusammenzuhalten.

Diese Verhandlungen und ihr Ergebnis bilden einen sehr lehrreichen Anschauungsunterricht für diejenigen Arbeiterschichten, die sich in die Regierungsparteien verirrt haben. Nach der Lex-Brüning soll eine Senkung der Lohnsteuer erfolgen, wenn innerhalb sechs Monaten das Aufkommen mehr als 6½ Milliarden beträgt. Diese Voraussetzung war längst erfüllt. Der sozialdemokratische Antrag der Erhöhung der steuerfreien Einkommen von 100 auf 140 Mark beruht auf sorgfältigen Berechnungen. Die Regierung konnte zuerst zu keinem Beschluß kommen, im letzten Augenblick brachte sie eine Vorlage ein, die in Wirklichkeit eine sinnwidrige Auslegung des Gesetzes von 1925 darstellt. Man erfährt darüber, daß Abmachungen mit den Ländern getroffen wurden, die dem Sinne des Reichsgesetzes widersprechen, und von denen der Reichstag nichts weiß. (Hört, hört!) **Die Zustimmung der Länder zu der Besoldungsvorlage ist mit dem Versprechen der Reichsregierung erzielt worden, daß aus der Lohnsteuer ein höheres Aufkommen erzielt werden soll.** In Konsequenz dieser Abmachungen soll jetzt auch schon die Lohnsteuer 1300 Millionen erbringen. Man arbeitet darauf hin, das Aufkommen aus der Lohnsteuer noch über 1300 Millionen Mark hinaus zu erhöhen. Schließlich ist dann im Ausschuß die neue Vorlage geboren worden, die gar nicht mehr den Versuch macht, der Lex Brüning gerecht zu werden. Besonders schlimm ist, daß der soziale Gedanke des Existenzminimums prinzipiell verlassen wird. Man baut das soziale Existenzminimum ab. Die 1200 Mark steuerfreies Einkommen, die vor zwei Jahren erzielt wurden, sind heute in Wirklichkeit nicht mehr die 1200 Mark von damals. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Heraufsetzung des steuerfreien Betrages ist um so notwendiger, weil die anderen Massensteuern zu gleicher Zeit enorm angestiegen sind. Die Regierung will nicht, daß die Lohnsteuerpflichtigen, die durch die Verstärkung des Nominallohnes in die Besteuerung hineingewachsen sind, von der Lohnsteuer frei bleiben.

Man hat vollkommen freie Hand behalten, wie man diese Senkung vornehmen will. Die Verlängerung der Zeitperiode auf ein Jahr hat zur Folge, daß beispielsweise die Berechnung für das Jahr 1928 erst im Frühjahr 1929 erfolgen kann, bis wohin das Aufkommen von 1500 und 1600 Millionen Mark gestiegen sein kann. Die Folge davon ist, **daß die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht nur 100 Millionen Mark mehr, sondern mehrere hundert Millionen Mark mehr aufbringen müssen, als in der Lex Brüning festgelegt ist.** Der Reichsfinanzminister hat die Lex Brüning an die Länder verkauft, um ihre Zustimmung zur Besoldungsvorlage zu gewinnen. Wir mißgönnen den Beamten die Gehaltsaufbesserung nicht, wir haben dem Besoldungsgesetz trotz schwerer sozialer Bedenken zugestimmt, aber wir protestieren dagegen, daß die Mehrbelastung in erster Linie den wirtschaftlich Schwächsten des deutschen Volkes auferlegt wird.

Die Arbeitervertreter des Zentrums haben ihre Bedenken gegen die Gehaltsordnung durch Stimmenthaltung zum Ausdruck gebracht. An die Stellung der wenigen Arbeitervertreter bei den Deutschnationalen knüpfen wir allerdings diese Erwartung nicht. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die bisher noch diesen Leuten ihre Stimme gegeben haben, werden bei den nächsten Wahlen mit ihnen schon fertig werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Diese Vorlage bewegt sich in der Richtung des Bürgerblocks. Es ist charakteristisch, daß er einig ist, wo es sich um seine Interessenpolitik handelt, aber wenn Fragen der Arbeiterpolitik auftauchen, dann türmen sich sofort Schwierigkeiten auf. Wir haben nicht nur steuerpolitische Bedenken gegen die Vorlage, sondern wir erinnern auch an die Gefahren staatspolitischer Art. Die Sozialdemokratie lehnt diesen Ausschußantrag ab und hält an ihrem eigenen fest, der sich als ehrliche Erfüllung der Lex Brüning erwiesen hat. Wir geben uns freilich keinen Illusionen hin, daß unser Antrag angenommen wird, weil die Mehrheit des Hauses, die längst keine Volksmehrheit hinter sich hat, ihr zahlenmäßiges Uebergewicht rücksichtslos gebraucht. **Aber der Tag kommt, wo die Lohn- und Gehaltsempfänger dieser Mehrheit das Handwerk legen werden.** (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Brüning** (Ztr.) gibt zu, daß die Formulierung der Ausschußvorlage nicht dem Wortlaut der Lex Brüning entspreche.

Abg. **Keinath** (D. Vp.) begründet den von seiner Partei eingebrachten Antrag.

Abg. **Schneider-Berlin** (Dem.) meint, die Ausschußvorlage sei nicht die Erfüllung der Lex Brüning.

Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** stellt in Abrede, daß er den Ländern die Nichtdurchführung der Lex Brüning versprochen habe. Er habe ihnen lediglich gesagt, sie würden auch im neuen Steuerjahre erhöhte Steuerüberweisungen erhalten. Das habe sich aber auf das Gesamtaufkommen aus den Steuern bezogen. Mit Rücksicht auf die Besoldungserhöhung sei die Erhöhung der Höchstgrenze des Ertrages aus der Lohnsteuer um 100 Millionen berechtigt.

Abg. **Koenen** (Komm.) verlangt die vollständige Beseitigung der Lohnsteuer.

Abg. **Drewitz** (Wirtsch. Vgg.) lehnt namens der Wirtschaftspartei die Vorlage ab.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Oberfohren** (Dnat.), **Horlacher** (Bayr. Vp.) und **Feder** (Natsoz.) erklärt

Abg. **Keil** (Soz.):

Der Reichsfinanzminister hat sich gegen den Vorwurf gewandt, daß er die Lohnsteuerpflichtigen an die Länder verkauft habe. Aus seinen Bemerkungen ging aber hervor, daß er den Ländern erklärt hat, aus der Lohnsteuer seien höhere Erträgnisse zu erwarten. Im Etat sind auch bereits 1300 Millionen eingesetzt, während nach der Lex Brüning nur 1200 Millionen zu erwarten sind. Daß die Deutsche Volkspartei Vertreterin des großen Kapitals ist, geht wiederum daraus hervor, daß sie nicht nur die Vorlage der Regierung übernommen, sondern sie auch noch verknüpft hat mit einer Tarifänderung, die die hohen Einkommen in außerordentlicher Weise begünstigen soll. Die Deutsche Volkspartei will bei der steuerfreien Einkommensgrenze von 100 Mark im Monat bleiben. Durch die Senkung der Lohnsteuer um 1 Prozent würden nur ganz unwesentliche Ermäßigungen bei den Lohnsteuerpflichtigen eintreten. Wie würde es dagegen bei den großen Einkommen aussehen, wenn der Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen wird? Ein Einkommen von 50 000 würde um 3500 Mark Steuer gesenkt werden. (Hört!) Bei einem Einkommen von 100 000 Mark würde die Senkung an Steuern 6500 Mark betragen, bei einem Einkommen von 500 000 Mark 26 500 Mark, bei einem Einkommen von einer Million 51 500 Mark. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Das ist eine Illustration der Interessen, die Sie vertreten! **Erst haben Sie die minderbemittelten Bevölkerungskreise durch Verbrauchssteuern und Zölle überlastet, jetzt leisten Sie Widerstand gegen die Senkung der Lohnsteuer.** Meine Fraktion hat ganz klar aussprechen lassen, daß wir den Antrag des Ausschusses ablehnen. Die Verantwortung für diese Ablehnung übernehmen wir sowohl in sachlicher wie auch in politischer Beziehung. (Sie (nach rechts) haben die Lex Brüning nicht erfüllt, sie haben auch nicht einmal ernstlich den Versuch unternommen. Wir werden uns nicht einem Diktat beugen, das nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Motiven zustandegekommen ist. Mit den Lohn- und Gehaltsempfängern werden wir den Kampf für eine neue, gerechtere Regelung der Lohnsteuer aufnehmen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Aussprache. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des lohnsteuerfreien Einkommens auf 140 Mk. im Monat wird abgelehnt.

Der volksparteiliche Antrag auf Lockerung des Steuertarifs wird in namentlicher Abstimmung mit 298 gegen 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmen auch die Demokraten. Der volksparteiliche Antrag auf Einführung der Veranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt wird gleichfalls abgelehnt, und zwar mit 218 gegen 133 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

In der Schlußabstimmung wird die Vorlage des Ausschusses mit 193 gegen 161 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Gegen die Vorlage stimmen Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Wirtschaftspartei.

Hierauf wird die in einer früheren Sitzung unterbrochene Aussprache über die

Entschädigung der Kupferindustriellen

fortgesetzt.

Abg. **Stöcker** (Komm.) beantragt die Herbeiführung des Reichskanzlers, der auch Minister der besetzten Gebiete ist, damit von der Regierung eine Antwort auf die zu diesem Punkte eingebrachte Interpellation gegeben werden kann.

Auf Vorschlag des Präsidenten **Löbe** wird statt dessen mit Zustimmung der Kommunisten die Aussprache abgebrochen.

Um 16 Uhr vertagt sich das Haus auf den 19. Januar 1928.

Der Schlußbericht Parker Gilberts.

Er verlangt endgültige Festsetzung der Reparationsschuld.

Das Kernstück des Gilbertschen Schlußberichtes für das dritte Reparationsjahr ist die Tatsache, daß sich der Agent für eine möglichst schnelle Feststellung der endgültigen Reparationsschuld Deutschlands einsetzt. Der Dawesplan schuf keine allgemeine Kontrolle über Deutschlands Einkünfte und Ausgaben; aber er schuf besondere Sicherheiten in der Form der verpfändeten Einnahmen und der Lasten für die deutsche Eisenbahn und Industrie. Die ganze Dawesorganisation ist gewissermaßen ein System, das bestimmt war, die deutsche Währung gegen die Gefahr zu hohen Reparationstransferierungen zu schützen und doch gleichzeitig die höchstmögliche Transferierung für die Gläubigerstaaten zu sichern, ohne dabei eine allgemeine Kontrolle über die Angelegenheiten Deutschlands durchzuführen. Parker Gilbert ist nun der Ansicht, daß dieser Transferschutz die Initiative hinsichtlich der wirtschaftlichen Unternehmungen und staatspolitischer Reformen hemmt. Sein Plan geht dahin, die Verantwortung in der sich heute Reichsregierung und Reichsbank einerseits und Stellen der Dawesorganisationen andererseits teilen, ausschließlich auf die deutschen Instanzen zu übertragen. Der Wichtigkeit wegen geben wir die Auslassungen Parker Gilberts, soweit sie den Plan einer Festsetzung der endgültigen Reparationsschuld Deutschlands betreffen, im Wortlaut wieder:

„Die bloße Existenz des Transferschutzes neigt dazu, die deutschen Staatsautoritäten vor einigen Konsequenzen ihrer eigenen Handlungen in Schutz zu nehmen, während sich andererseits die Ungewißheit hinsichtlich des Gesamtbetrages der Reparationsverpflichtungen unumgänglich in Deutschland überall in einer Verminderung des normalen Anreizes auswirkt, alles zu tun und Reformen durchzuführen, die offensichtlich im eigenen Interesse des Landes liegen müßten. Die Sachverständigen betrachten das durch den Plan eingeführte Schutzsystem als ein Mittel zur Lösung eines dringlichen Problems und zur Erzielung praktischer Ergebnisse. Seine einzige Alternative ist die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen auf einer festen Basis, die keine Maßnahmen des Transferschutzes in Betracht zieht. Die Sachverständigen haben sich nicht darüber geäußert, wann nach ihrer Ansicht solch eine Regelung, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wird, möglich sein würde. Dies würde tatsächlich auch ihre Fähigkeit, die Zukunft zu beurteilen, übersteigen. Deshalb bezeichneten sie den Plan als Werkzeug einer Regelung, die sich in ihren Auswirkungen auf eine Zeitspanne erstreckt, die zur Wiederherstellung des Vertrauens ausreichend ist; sie fühlten, daß der Plan in seinen Grundzügen eine Erleichterung des umfassenden definitiven Uebereinkommens über alle Reparationsprobleme und verwandten Fragen bedeuten könnte, soweit die Umstände dies zulassen. Wir sind noch in der Versuchsperiode und es bedarf weiterer Erfahrung, bevor es möglich sein wird, die erforderlichen Urteile abzufassen. Aber das allgemeine Vertrauen ist bereits wieder hergestellt und der Beweis dafür vielfach ersichtlich. Es ist tatsächlich einer der grundlegenden Faktoren, die zu einer annähernd allseitig zufriedenstellenden Regelung führen können, sobald die Zeit dafür gekommen ist. Mit der Zeit vergrößert sich auch die praktische Erfahrung: **es wird immer deutlicher, daß weder das Reparationsproblem noch die übrigen damit in Zusammenhang stehenden Fragen endgültig gelöst werden können, bevor Deutschland einen definitiven Auftrag erhalten hat, ohne ausländische Ueberwachung und ohne Transferschutz unter eigener Verantwortung zu handeln.** Das glaube ich, ist die grundsätzliche Lehre, die aus den letzten drei Jahren gezogen werden muß. Dies sollten sich alle bei der Durchführung des Planes Beteiligten vor Augen halten."

Deutschland ist, wenn sich dieser Plan verwirklicht, nicht nur für die innere Transferierung, die Bereitstellung der nötigen Mittel in der Mark, verantwortlich, sondern auch für die äußere Transferierung, die Umwandlung der Markguthaben in ausländische Zahlungsmittel.

Der Reichsrat gegen die Reichsregierung.

Er beschließt Streichung eines Panzerkreuzers und anderer Heeresforderungen.

Der Reichsrat hat am Sonnabend den Reichshaushalt für 1928 verabschiedet.

Dabei hat er auf Antrag Preußens mit 36 gegen 22 Stimmen beschlossen, die erste Rate für den Neubau eines **Panzerschiffes im Betrage von 9,3 Millionen Mark, ferner eine Reihe von Forderungen für das Landheer im Betrage von 6,3 Millionen Mark zu streichen.**

Ebenfalls auf Antrag Preußens wurde ferner mit 39 gegen 28 Stimmen beschlossen, die vom Reichsfinanzministerium geforderten Kosten für den Neubau von Finanzämtern im Betrage von 1,4 Millionen Mark zu streichen.

Nach diesen Beschlüssen erklärte der Reichsfinanzminister Köhler, daß die Reichsregierung an ihrer Vorlage festhalte und dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen werde.

Das Urteil gegen die Stahlhelmmörder

Fünf Jahre Zuchthaus für den Täter. — 1½ Jahre für den Anstifter.

Frankfurt a. O., 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das Urteil im Arensdorfer Totschlagsprozeß wurde heut abend 7 Uhr verkündet. Es lautet folgendermaßen:

Der Angeklagte August Schmelzer wird wegen Totschlages und Totschlagsversuches zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt. Der Angeklagte Paul Schmelzer wird wegen Beihilfe zum Totschlag und zum versuchten Totschlag zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und außerdem zu 50 Mark Geldstrafe wegen verbotenen Waffenbesitzes verurteilt. Der Angeklagte Paul Schmelzer wird in Haft genommen, weil er wegen der Höhe der Strafe fluchtverdächtig erscheint.

In der

Urteilsbegründung

stellte das Gericht zunächst fest, daß der Hintergrund der Tat die traurige politische Zerrissenheit sei, die veranlaßt, daß politische Gegner nicht nur als Andersdenkende, sondern auch als verächtliche Menschen angesehen werden. Die Verantwortung für diese gegenseitige Verhetzung festzustellen, sei nicht Sache des Frankfurter Gerichts. Das Gericht stellt fest, daß die ersten Prügel der Arensdorfer Werwolfmann Zemke ausgeteilt hat und daß er dafür auf der Stelle seine Gegenprügel bezogen habe. Es war vielleicht nicht nötig, fährt die Begründung fort, daß die jüngeren Reichsbannerleute weiter in das Dorf vorgingen, aber sie wurden dazu gereizt durch den Zuruf: „Mostrichjungen!" Die ganze Angelegenheit bekam aber einen tragischen Charakter erst, als August Schmelzer zur Waffe griff. Es läßt sich nicht feststellen, ob er zuerst geschlagen wurde oder zuerst geschlagen habe. Zu seinen Gunsten hat das Gericht angenommen, daß er zuerst geschlagen wurde und dadurch in Wut geriet. Er hat dann das Gewehr erhoben und die Schüsse abgegeben mit den bekannten traurigen Folgen. Das Gericht hat angenommen, daß in dieser Handlung Totschlag zu erblicken ist, weil Schmelzer sich die Folgen des Schusses wenigstens als möglich vorgestellt und trotzdem geschossen hat. „Wer die Flinte an die Backe reißt und in einen Haufen Menschen hineinschießt, der muß sich darüber klar sein, daß da ein Unglück passieren kann. August Schmelzer hatte den bedingten Vorsatz zum Töten und ist deshalb des Totschlags schuldig. Was den alten Schmelzer anlangt, so hat das Gericht sich nicht entschließen können, auf die Aussage des 13jährigen Knaben allein die Verurteilung wegen Anstiftung auszusprechen. Es sind zwar Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche Anstiftung vorliegt, aber da sie nicht in voller Klarheit erwiesen werden, so könnte das Gericht ihn nicht wegen Anstiftung verurteilen. Auch der Begriff der Mittäterschaft käme nicht in Frage, wohl aber der der Beihilfe, da Paul Schmelzer seinem Sohn nicht nur durch Unterlassung, sondern auch positiv durch sein Tun Hilfe geleistet hat. Wäre der Vater nicht mit der Forke als Führer der Arensdorfer vorgegangen, dann wäre auch Paul Schmelzer wahrscheinlich nicht allein mit der Büchse auf die Reichsbannerleute losgegangen. Das Gericht hat August Schmelzer mildernde Umstände versagt, aber bei der Straffestsetzung auf seinen psychopathischen Zustand Rücksicht genommen und deshalb die geringste zulässige Strafe von 5 Jahren Zuchthaus festgesetzt. Auch bei dem Vater Schmelzer hat das Gericht mildernde Umstände versagt. Da die Mindeststrafe für Beihilfe in diesem Falle 1½ Jahre Zuchthaus beträgt, ist das Gericht aber nur um wenige Monate über dieses Mindestmaß hinausgegangen mit Rücksicht darauf, daß Schmelzer durch seine Verurteilung auch wirtschaftlich ruiniert sein dürfte, besonders da er auch die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

* * *

Kr. Man kann wohl sagen, daß das Urteil gegen die Arensdorfer Stahlhelmmörder recht milde ausgefallen ist. Ueber den eigentlichen Täter selbst hat das Gericht die Mindeststrafe verhängt und seinen Anstifter, den Vater, hat das Gericht lediglich wegen Beihilfe verurteilt, ihn aber wegen Anstiftung freigesprochen. Das Gericht begründet das Urteil gegenüber Schmelzer-Sohn damit, daß er nur vermindert zurechnungsfähig sei, und gegenüber dem Vater damit, daß lediglich auf Grund der Zeugenaussage eines dreizehnjährigen Jungen der Vater nicht als Anstifter verurteilt werden könnte. Wir geben zu, daß an und für sich beide Begründungen des Gerichts als stichhaltig angesehen werden müssen. Da wir durchaus nicht darauf aus sind, daß die Gerichte Verbrecher übermäßig scharf behandeln, da wir sehr wohl wissen, daß an den Verbrechen zumeist die gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso mitschuldig sind, wie die Verbrecher selbst, so sind wir grundsätzlich in allen Fällen für möglichst weitgehende Milde des Gerichts. Wir sind auch dann dafür, wenn es sich bei den Verbrechern um unsere politischen Gegner und um Verbrechen handelt, die an unseren politischen Freunden begangen wurden. In diesem Falle aber ist der Schmelzer das Opfer der maßlosen Verhetzung durch die Werwolf- und Stahlhelmleute geworden und der gesellschaftliche Ter auf dem Lande ist als der eigentliche Schuldige anzuseh Wir sind auch ganz damit einverstanden, daß das Ger in bezug auf die Beweisführung streng denkt und an ei Indizienbeweis hohe Anforderungen stellt, daß ihm in dies Falle der dreizehnjährige Junge nicht genügt, obwohl se Glaubwürdigkeit feststeht. Erbittern muß in diesem Falle a wiederum, daß die Gerichte diese vernünftigen Grundsätze imm nur dann obwalten lassen, wenn es sich um Verbrecher aus d Rechtskreisen handelt. Man ist in deutschen Gerichten mensch und verständnisvoll, man fordert schlagend Beweise immer n wenn es sich um politische Verbrechen handelt, die von rechtsstehend Leuten gegen Linksstehende begangen wurden. Handelt es aber um Linkspolitiker und besonders um Arbeiter, so pflegen Gerichte ganz andere Grundsätze anzuwenden und pflegen äußerster Schärfe vorzugehen und an die Beweisführung geringere Anforderungen zu stellen, als es hier der Fall w Man braucht mit diesem Urteil nur zusammenzuhalten, daß selben Tage im Hannoverschen Kommunistenprozeß vom Reich gericht einige Kommunisten zu fünf und sechs Jahren Zuchtha verurteilt wurden, obwohl dabei kein Menschenleben vernich wurde, lediglich wegen Vergehens gegen das Republikschutzge gegen das Sprengstoffgesetz und wegen schweren Landfrieden bruches und Aufruhr. Wenn man diese beiden Urteile gegenüb stellt, haben wir wieder den klaren Beweis, daß wir in Deutsc land eine Klassenjustiz haben, und diese Tatsache ist es auch, uns gegenüber der Milde und dem menschlichen Verständnis d Frankfurter Gerichts eine scharfe Bitterkeit empfinden läßt.

Muß in Hamburg und Hessen neugewählt werden?

Eine prinzipielle Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Leipzig, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) D Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches beschäftigte sich am Sonnabend mit einer wichtigen und prinzipiell Entscheidung. Es handelt sich in dieser Streitsache um die Fr stellung hinsichtlich der in Mecklenburg-Strelitz Hamburg-Land und Hessen beschlossenen Wahlbeschränku gen bei den letzten Landtagswahlen. Die genannten Länder hab zur Bekämpfung der Splitterparteien Maßnahmen getroff betreffs Zulassung der Vorschlagslisten für neuauftreten Parteien die bis jetzt noch nicht in den Landtagen vertreten sin Die Länder Mecklenburg-Strelitz, Hamburg-Land und Hessen ve langen, daß die Wahlvorschläge mit einer bestimmten Anza stimmberechtigter Unterschriften versehen sind. Gleichzeitig wi die Hinterlegung einer bestimmten Summe verlangt. Uni anderem besagt die hessische Notverordnung vom 27. Septemb 1927, daß der Wahlvorschlag einer neuen Partei mit mindeste 7000 Unterschriften stimmberechtigter Wähler versehen sein mu Gleichzeitig müssen 5000 Mark hinterlegt werden. Gegen d Verordnung der einzelnen Länder hatten die Volksrechtl und Aufwertungspartei sowie in Hessen die Mittelstandspartei und die Nationalsozialisten Beschwer eingelegt und sie zum Gegenstand eines Verfahrens nach Art. der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof des Deutsch Reiches gemacht. Nach mehrstündiger Beratung wurde folgen wichtige Entscheidung gefällt: **Die Verordnung des Land Mecklenburg-Strelitz verstoße gegen § 30 des Landgrundgesetz sowie gegen Art. 19 der Reichsverfassung, der besage, daß d Wahlberechtigung nicht eingeschränkt werden dürfe. Auch versto diese Verordnung gegen die Allgemeinheit der Wahl. Gleichzeit sei die Beschränkung von Wahlvorschlägen durch die Stellung v Kautionen nicht zulässig. Auch daß die Wahlvorschläge mit ein bestimmten Anzahl Unterschriften versehen sein müssen, wäre u zulässig und verstoße gegen die Reichsverfassung. Dieselbe Ent scheidung des Staatsgerichtshofes gelte auch für die übrig Länder, Hessen und Hamburg-Land. Die einzelnen Lände regierungen müssen aus dieser Entscheidung die Folgerungen treffen.**

Neuwahlen in Hamburg und Mecklenburg.

Berlin, 19. Dezember. Wie den Blättern aus Hamburg gemeldet wird, sind infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs in der Frage der Splitterparteien die Abmachungen der dr Koalitionsparteien (Demokraten, Deutsche Volkspartei und Sozia demokraten) über die neue Zusammensetzung des Senats wiede hinfällig geworden. Die Neuwahl der Bürgerschaft ist in sechs Wochen erfolgen. Die Beschlüsse des Mecklenburg Strelitzer Landtages sind nach der Ungültigkeitserklärung de Wahlen gleichfalls ungültig. Auch hier müssen die Wahlen wiede holt werden.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

12] (Nachdruck verboten.)

Meine Damen und Herren, ich bin nicht berechtigt, Ihnen zu sagen, wie Sie das Terrain aufteilen sollen. Eines aber will ich bemerken: worauf auch immer Sie verzichten, um zu einer Einigung zu gelangen, es wird belanglos sein im Vergleich zu dem Verlust, den jede Verzögerung bedeutet, und den Sie erleiden würden, fielen Sie einem Gauner in die Hände. Meine Damen und Herren, glauben Sie einem Petroleumfachmann: es wird hier auf dem Prospekt Hill nicht viele Quellen geben und jene, die zuerst ihre Bohrtürme errichten, werden das Petroleum bekommen. Ein derartiges Feld ist bald ausgepumpt, in zwei bis drei Jahren werden sie sehen, wie spärlich das Petroleum fließt, ja, auch aus der ersten Quelle, die Sie alle toll gemacht hat. Glauben Sie mir, halten Sie sich an Ihren Gemeinschaftsvertrag, nehmen Sie lieber mit einem kleineren Anteil vorlieb. Ich werde dafür sorgen, daß es der Anteil eines großen Ganzen sein wird, Sie werden daher kein Geld verlieren. So, meine Damen und Herren, das wollte ich Ihnen sagen."

Der große Mann verharrte stumm, als warte er auf einen Einwurf. Dann lehnte er sich, und eine Pause trat ein. Seine Worte waren gewichtig gewesen. Niemand fand den Mut, das Schweigen zu brechen.

Schließlich erhob sich Herr Golightly: „Freunde, wir haben eben Worte der Vernunft vernommen, aus dem Munde eines Herrn, dem wir alle Vertrauen schenken. Mich zumindest hat er [illegible] von Geschäftsleuten erweisen, die fähig sind, in einer Angelegenheit, die so viel für uns bedeutet, einen klugen Entschluß zu fassen." Damit begann Herr Golightly eine seiner langen Reden, deren Inhalt war, daß die Majorität herrschen solle.

„Das ist ja eben das Unglück," meinte Herr Sahm, „wer ist denn hier in der Majorität?"

„Stimmen wir ab," schlug Herr Chaim Lachker vor. „Dann werden wir es erfahren."

Herr Merriweather, der Rechtsanwalt, hatte sich inzwischen im Flüsterton mit seinen Klienten beraten. Nun sprach er: „Meine Damen und Herren, Herr und Frau Black beauftragen mich, Ihnen zu sagen, daß die Worte des Herrn Roß ihnen einen großen Eindruck gemacht haben und daß sie bereit seien, zugunsten einer Einigung Konzessionen zu machen. Sie sind bereit, von ihrer ursprünglichen Forderung zurückzutreten und den Vertrag so zu unterschreiben, wie er jetzt abgefaßt ist."

„Was bedeutet das?" erkundigte sich Frau Groarty. „Sollen sie etwa einen Anteil für ein Fünfundneunzig-Fuß-Grundstück erhalten?"

„Wir erbieten uns, den Vertrag zu unterzeichnen, die Auslegung kann später besprochen werden."

„Oho!" rief Herr Groarty. „Eine schöne Konzession. Herr Prentice hat uns doch eben mitgeteilt, daß das Gesetz zu Ihren Gunsten ist."

„Wir haben uns zur Unterschrift bereit erklärt." Herr Hank versuchte, seiner Stimme einen angenehmen Klang zu geben.

„Hört ihn doch!" keifte Fräulein Snapp. „Vor einer halben Stunde erklärte dieser Herr, wir sollten zu dem ursprünglichen Vertrag zurückkehren: daß jeder den gleichen Anteil erhalte, daß alle Grundstücke als gleichwertig betrachtet werden, wie wir zuerst beschlossen hatten. Waren das Ihre Worte, Herr Hank?"

„Ich erklärte mich bereit, den Vertrag zu unterschreiben," erwiderte der einstige Goldgräber hartnäckig.

„Und ich," sprach die Krankenpflegerin, „sage, was ich bereits einmal gesagt habe: ich werde es nie und nimmer tun!"

VII.

Die alte Frau Roß, Bunnys Großmutter, protestierte stets energisch dagegen, daß der Knabe auf die Geschäftsreisen mitgenommen wurde. Sie war der Ansicht, es müsse unbedingt seinen Charakter verderben, ihn bereits als Kind zum Zyniker machen, sähe er all den Schmutz und die Abscheulichkeit des Geldzusammenscharrens. Bunnys Vater jedoch erklärte, das Leben sei nun einmal so, und er hatte gar keinen Sinn, sich selbst zu betrügen. Bunny würde eines Tages in dieser Welt leben müssen, je rascher er sie kennen lernte, desto besser. Deshalb saß der Knabe auch jetzt auf dem Fensterbrett, beobachtete die Szene und erinnerte sich an die Worte der Großmutter.

Ja, das war eine gemeine Bande, Vater hatte ganz recht, wenn er sagte, man müsse immer die Augen offen halten, weil einem unentwegt jemand etwas stehlen wolle. Diese Leute hatte die plötzliche Hoffnung auf Reichtum toll gemacht. Bunny, der immer ja viel Geld besaß, wie er brauchte, betrachtete mit hochmütiger Verachtung den kleinlichen Hader. Solchen Leuten darf man nicht über den Weg trauen, dachte er bei sich, es gibt nichts, wovor sie zurückschrecken würden. Die fette, alte Frau in dem gelben Seidenkleid mit den dicken, roten Armen und den dicken in Seidenstrümpfen steckenden Beinen — ein Nichts brächte sie dazu, jemandem die Augen auszukratzen. Und der Mann mit der Hakennase, dessen Stimme wie eine Säge kreischte — der schien fähig, einem in einer dunklen Nacht ein Messer zwischen die Rippen zu stoßen.

Vater wollte, daß der Sohn jedes Detail der Geschäfte verstehe: die Pachtbedingungen, die Größe der verschiedenen Grundstücke, die in Betracht kommenden Summen. Später konnte man mit ihm darüber sprechen, ihn gleichsam examinieren, um zu entdecken, wieviel der Knabe wirklich begriffen hatte. Darum lauschte Bunny aufmerksam, entsann sich der verschiedenen Punkte des Pachtvertrages, den der Vater mit Herrn Stutt durchgesprochen hatte, während sie im Auto nach dem Hause der Groartys fuhren. Doch unterließ er nicht, sich auch mit den verschiedenen Persönlichkeiten zu beschäftigen, mit ihren Standpunkten und mit dem Einblick in ihr Leben, den ihre Worte gewährten. Dieser alte Kerl mit dem gebeugten Rücken und den verkrümmten Fingern mußte ein Arbeiter sein, man konnte sehen, daß ihn der Streit betrübte, daß er jemand suchte, dem er vertrauen konnte, er blickte hierhin und dorthin, fand jedoch keinen vertrauenswürdigen Menschen. Und die junge Frau mit der Brille, der sah man an, wie hart sie war. Was tat sie wohl, wenn sie nicht gerade stritt? Das ältliche, wohlhabend aussehende Ehepaar machte einen würdigen Eindruck, dennoch war es gleich den anderen auf seinen Anteil erpicht und äußerte keineswegs großmütige Gefühle.

Der alte Herr zog seinen Sessel näher zu Vater heran und begann mit ihm zu flüstern. Bunny sah, wie Vater den Kopf schüttelte, und der alte Herr rückte wieder ab. Vater sprach mit Stutt, der sich sodann erhob: „Herr Roß möchte euch klar machen, daß er kein Interesse daran hat, nur einen Teil des Blockes zu pachten. Er braucht genügend Raum, um Sicherungsquellen anlegen zu können. Könnt ihr euch nicht einigen, so wird er eine andere Pacht eingehen, die ich für ihn ausfindig gemacht habe."

Die Leute erstarrten und hörten zu streiten auf. Der Vater bemerkte es und nickte dem Pachtschnüffler zu, der fortfuhr: „Herrn Roß wurde an der Nordseite eine Pacht angeboten, die wir für sehr aussichtsreich halten, weil der Grund dort eine günstige Neigung hat. Mehrere Acres gehören einem einzelnen, es wird also leicht sein, zu einer Einigung zu gelangen."

(Fortsetzung folgt.)

Geheimer Fortbestand des „Wiking“.

Aushebung durch die Magdeburger und Berliner Polizei.

Berlin, 17. Dezember. (Eigener Bericht.) Am Sonnabend vormittag hat die politische Polizei in Berlin Haussuchungen im Büro des Putschkapitäns Ehrhardt sowie in den Verlags- und Redaktionsräumen der ihm dienstbaren neuen Zeitschrift „Der Vormarsch“ abgehalten. Auch in den Privatwohnungen von vier Angestellten dieses Verlages wurde gehausucht. Die Korrespondenz wurde beschlagnahmt und wird noch auf ihren Inhalt untersucht. Diese Haussuchungen waren die Fortsetzung einer Aktion, die in Magdeburg begonnen hat. Die Magdeburger Kriminalpolizei war durch Zufall dahintergekommen, daß eine Gruppe junger Leute im Sommer dieses Jahres als angebliche „Landbundgruppe“ im Schloß des Fürsten Stolberg in Wernigerode einquartiert war, die sämtlich das Zeichen des Wikingbundes trugen. Sie stellte daraufhin Ermittelungen an und konnte feststellen, daß tatsächlich eine Gruppe des in Preußen verbotenen Wikingbundes unter Leitung eines Herrn Wäninger in Magdeburg bestand. Dieser Wäninger führte ununterbrochen lebhafte Korrespondenz mit dem Büro des Kapitäns Ehrhardt und empfing von dort Instruktionen. Unter den in Magdeburg beschlagnahmten Schriften fand man allerhand Material dafür, **daß der in Preußen verbotene Wikingbund trotz des das Verbot bestätigenden Urteils des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik unter den verschiedensten Formen weitergeführt wird.** Bei der Magdeburger Organisation sollen auch Waffen gefunden sein. Die Berliner Haussuchungen bestätigten im allgemeinen die Ermittelungen der Magdeburger Polizei. Es wurde festgestellt, daß einer der Angestellten des „Vormarsch“-Verlages, der im Rathenauprozeß zu Gefängnis verurteilte Hans Gert Techow ist, der nach seiner Entlassung in Berlin die Schiljugend gründete. Im Rahmen dieser Organisation sollen sich die Wikingleute zusammengefunden haben. Die beteiligten Personen sind zunächst in polizeilichen Gewahrsam genommen und werden weiter verhört.

Berlin, 19. Dezember. (Eigener Funkbericht.)

Im Zusammenhang mit den am Sonnabend in Berlin erfolgten Hausuchungen bei ehemaligen Mitgliedern des „Wikingbundes“ wurde am Sonntagvormittag der aus dem „Stahlhelm“ ausgetretene Kapitän Ehrhardt vernommen. Ehrhardt hatte sich der Polizei ohne besondere Aufforderung gestellt, sobald er von der polizeilichen Aktion vernommen hatte. Er bestritt jede Mittäterschaft an dem geheimen Fortbestehen des „Wikingbundes“ und erklärte, seinen Einfluß dahin geltend gemacht zu haben, daß eine weitere Existenz des „Wikingbundes“ verhindert werde. Als ihm vorgehalten wurde, daß die in Magdeburg und in anderen Städten angestellten Ermittelungen den gegenteiligen Schluß zuließen, äußerte Ehrhardt daß es sich dann um selbständige Handlungen ehemaliger Wiking-Mitglieder handele. Sein Berliner Büro stehe keinesfalls mit dem Wikingbunde in Verbindung. Als Ehrhardt vernommen war, wurden die am Sonnabend in Haft genommenen Personen nochmals verhört und dann auf freien Fuß gesetzt.

Außer in Berlin haben auf Ersuchen des Magdeburger Polizeipräsidenten auch in Halle und Nordhausen Haussuchungen stattgefunden. Die Haussuchung in Nordhausen war nach den vorliegenden Meldungen erfolgreich, während man das von Halle nicht sagen kann, da der „Wikingbund“ inzwischen von dort nach Leipzig übergesiedelt war, wo er nicht verboten ist. Auch in Kiel und Flensburg fanden am Sonntag Haussuchungen statt.

Die in Magdeburg angestellten Ermittelungen habe ergeben, daß der in Preußen verbotene „Wikingbund“ dort weiter bestanden hat und als Organisator für Mitteldeutschland der Büroangestellte Harald Wäninger in Frage kommt. Wäninger, der bereits am Sonnabend verhaftet wurde, wird am Montag dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Unaufgeklärt ist vorläufig noch, welche Beziehungen zwischen dem Wikingbund in Magdeburg und dem Stahlhelm bestanden haben. Die Möglichkeit solcher Beziehungen besteht, da Wäninger im Büro des „Stahlhelm“-Bundesvorstandes beschäftigt war. Interessant ist übrigens, daß der Verhaftete auch mit dem Kapitänleutnant Killinger in Dresden in engster Verbindung gestanden hat und ebenso Beziehungen nach München unterhielt, wo die Bundesleitung des Wikingbundes ihren Sitz hat.

Schluß der preußischen Etatsberatung.

Vertagung des Landtags bis zum 17. Januar.

Berlin, 17. Dezember.

Der Preußische Landtag setzte am Sonnabend die **Aussprache über den preußischen Gesamthaushalt** fort. Als erster Redner erhielt das Wort

Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff:** Daß der Haushalt keine Anleiheausgaben enthält, scheint mir ein Vorzug gegenüber dem Reich zu sein. Die Steuersenkungen sind durch die Reinholdsche Steuersenkung längst erfolgt, allerdings auf Kosten der Länder und Gemeinden.

Abg. **Weißermel** (Dnat.): Es wäre vom Ministerpräsidenten Braun klüger gewesen, in der Flaggenfrage kein Oel ins Feuer zu gießen.

Abg. Dr. **Heß** (Ztr.): Unsere ablehnede Stellung zum Einheitsstaat hat der Chef der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Marx, in seiner Eigenschaft als Reichskanzler dargelegt und begründet. Wir halten die gegenwärtige föderalistische Verwaltung für die billigste und zweckmäßigste. Die Auffassung des preußischen Ministerpräsidenten über den Einheitsstaat halten wir staatspolitisch für außerordentlich gefährlich.

In der Frage des Einheitsstaates, die ein Herzstück der preußischen Politik ist, befinden wir uns mit den Deutschnationalen in sehr weitgehender Uebereinstimmung. (Hört, hört! links.)

Ministerpräsident **Braun:**

Ich glaube, daß der Abg. Heß meine Ausführungen über den Einheitsstaat nicht richtig gewürdigt hat. Ich habe mich geweigert, die Projektmacherei auf diesem Gebiete mitzumachen, und erklärt, daß die Entwicklung zwangsläufig sei. Wenn jetzt unitarisch eingestellte preußische Minister häufig die Entwürfe föderalistisch eingestellter Reichsminister bekämpfen müssen, weil diese Entwürfe zu unitarisch sind, so ist auch das ein Beispiel für die Zwangsläufigkeit. Die Januarkonferenz wird nur ein Gedankenaustausch sein. Sollte sie zu unmittelbaren Maßnahmen Anlaß geben, wird die Regierung den Landtag rechtzeitig unterrichten. Aber ich fürchte, daß das so schnell nicht geht und ich persönlich hätte die Entwicklung gern rascher.

In der weiteren Aussprache kamen noch die Abgeordneten Dr. **Leidig** (D. Vpt.), **Schwenk-Berlin** (Komm.) und **Prelle** (Dtsch. Hannoveraner) zum Wort. Demnach wurde der Haushalt für 1928 dem Hauptausschuß überwiesen.

Präsident **Bartels** vertagte hierauf den Landtag auf Dienstag, den 17. Januar 1928.

Eine sozialdemokratische Interpellation über die Wohnungsnot.

Im preußischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion folgende große Anfrage eingebracht:

„Durch die mit dem starken Wachsen der mitteldeutschen Industrie verbundenen Bevölkerungszunahmen wird die Wohnungsnot immer mehr verschärft. Während die Gesamtzahl der gewerblich Beschäftigten im Freistaat Preußen seit 1913 sich nur um rund 10 Prozent vermehrt hat, stieg die Bevölkerungsziffer zum Beispiel im Regierungsbezirk Merseburg um rund 50 Prozent. Mit einer starken Bevölkerungszunahme wird auch in Zukunft zu rechnen sein. Das starke Braunkohlenvorkommen hat nicht nur eine Steigerung der Braunkohlenförderung, sondern auch die Ausdehnung besonders der chemischen Industrie zur Folge. Diese Umstände machen die Wohnungsfrage für die Behörden und Gemeinden des Mitteldeutschen Industriegebietes zu einer Aufgabe, die sie allein nicht lösen können. Selbst können die Gemeinden nicht die notwendigen Mittel aufbringen, um mit Hilfe der Hauszinssteuermittel der Not Herr zu werden. Die Industriebevölkerung hat unter diesen Verhältnissen sehr schwer zu leiden. Stundenlange Bahnfahrten und weite Fußwege müssen zurückgelegt werden, um an die Arbeitsstelle zu gelangen. So müssen zum Beispiel 80 Prozent der 20 000 Mann starken Belegschaft des Leunawerkes teilweise mit den primitivsten Verkehrsmitteln weite Strecken zu und von der Arbeitsstelle zurücklegen. Große Opfer an Körperkraft und in finanzieller Hinsicht muß die Industriebevölkerung auf sich nehmen.

Wir fragen daher, sind dem Staatsministerium diese Zustände bekannt und ist es bereit, durch baldige Bereitstellung größerer Mittel zur Behebung der Wohnungsnot helfend einzugreifen?“

Doch Neuwahlen im Frühjahr?

Frankfurt, 19. Dezember. (Eigener Funkbericht.)

Der Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Joos, erklärte am Sonntag in einer hier abgehaltenen Wahlversammlung, daß in Anbetracht der Uneinigkeit unter den Regierungsparteien mit den Neuwahlen zum Reichstag im Frühjahr gerechnet werden müsse. **Die Koalition scheitere nicht an dem Schulgesetz, wohl aber an den Renten für die Standesherren.**

Und wo bleibt Schlesien?

Große Hilfsaktion für Ostpreußen geplant.

Die Reise des Reichsaußenministers Dr. Stresemann nach Ostpreußen hatte — wie sich jetzt herausstellt — den Zweck, eine große Hilfsaktion für Ostpreußen vorzubereiten. Inzwischen ist im Reichsministerium des Innern eine Stelle eingerichtet worden, die besonders die ostpreußischen Fragen in Gemeinschaft mit der preußischen Regierung erledigen soll. Von dieser Stelle ist auch der eigentliche Plan für eine Hilfsaktion zugunsten Ostpreußens ausgearbeitet worden. Die preußische Regierung und insbesondere der aus Ostpreußen stammende Ministerpräsident Braun waren daran in jedem Stadium beteiligt. Am Dienstag soll nun — wie ein Berliner Montagsblatt meldet — eine in besonders feierlicher Form gedachte gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden. In dieser Sitzung soll vor allem die in Vorschlag gebrachte Hilfsaktion durchberaten und eine entsprechende Entscheidung gefällt werden. Es handelt sich bei der in Aussicht genommenen Hilfe in erster Linie um Maßnahmen finanzieller Natur. Die Frage ist vorläufig nur noch, ob diese Hilfsaktion im Rahmen der normalen Etatsanforderungen durchgeführt werden kann oder ob eine besondere Anleihe für diesen Zweck erforderlich sein wird.

Um das Schankstättengesetz.

Berlin, 16 Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages hat in zweitägiger Generaldebatte die Beratung des viel umstrittenen Schankstättengesetzes begonnen. Der Vertreter der Reichsregierung gab vertraulich Zahlen über den Alkoholverbrauch und die Alkoholausgaben in Deutschland. Das Gesamtergebnis ist, daß zwar der jetzige Gesamtverbrauch an geistigen Getränken nur zwei Drittel des Verbrauchs in den letzten Friedensjahren ausmacht, jedoch infolge **der viel höheren Preise jetzt** auf den Kopf der Bevölkerung **69 Mark** gegen 61.40 Mark im Jahre 1913 Alkoholausgaben entfallen. In den letzten Jahren ist wieder ein langsames, aber stetiges Anwachsen des Alkoholverbrauchs festzustellen.

Abg. Sollmann (Soz.) bezweifelte die Richtigkeit dieser Zahlen, da es keine zuverlässige deutsche Alkoholstatistik gebe. Allein im Jahre 1925/26 seien 8000 Strafverfahren wegen Branntweinschmuggels ergangen und für 15 Millionen Mark Strafen verhängt worden. **Für die Sozialdemokratie sei der Kampf gegen den Alkoholismus eine Frage der Menschenökonomie und der kulturellen Hebung der Massen.** Die Partei wolle weder Trockenlegung, noch sonstige Zwangsabstinenz. Auch er persönlich sei gegen jeden Fanatismus. Es müsse eine Schankgesetzgebung für die deutschen Verhältnisse geschaffen werden, die anders aussehen werde, als die in den Schnapsländern Nordamerika, Skandinavien, Finnland, Belgien usw. Der jetzige Gesetzentwurf sei gegenüber dem des Jahres 1922 ein großer Rückschritt. Jetzt kämen auf etwa 250 Einwohner schon eine Wirtschaft. Es genüge sicher, wenn 500 Einwohner einen Wirt unterhielten. Solche Bestimmungen, auch schärfere, gebe es in der Tschechoslowakei, in Holland und in Polen. Der Oeffentlichkeit müsse Gelegenheit gegeben werden, gegen einen Konzessionsantrag Einspruch zu erheben. Gemeinnützigen Vereinen sei bei der Konzessionserteilung ein Vorzug zu gewähren. Zu erwägen sei ferner die Konzessionspflicht für den Flaschenbierhandel und die Nichteinklagbarkeit von Zechschulden. Entgegen den Wünschen der großen Mehrheit des Reichstages bringe der Gesetzentwurf eine Verschlechterung des Jugendschutzes. Er gebe die unentgeltliche Verabreichung von Schnaps in Gast- und Schankwirtschaften an Jugendliche frei und liefere die Jugendlichen und die Kinder hemmungslos dem Schnapskonzern aus. Die gesamte deutsche Jugend verlange ein Alkoholverbot für die Jugendlichen bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Auch der Angestelltenschutz sei unzureichend.

Am 24. Januar wird der Ausschuß seine Beratungen fortsetzen.

Konferenz der sozialistischen Parteien Osteuropas.

Am Sonntag tagte im Sitzungssaal des Parteivorstandes der SPD. in Berlin eine Konferenz der Sozialistischen Parteien Nordosteuropas. Die Konferenz war äußerst zahlreich beschickt. Vom Parteivorstand der SPD. nahmen an den Verhandlungen teil: Otto Wels, Hilferding, Breitscheid und Crispien. Die Konferenz befaßte sich mit den inneren Problemen der Beziehungen der einzelnen Parteien zueinander und nahm insbesondere ausführliche Berichte über die Entwickelung der Ereignisse in Litauen entgegen. Es fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich die meisten Teilnehmer der Konferenz beteiligten. Die Sitzung wurde schließlich auf Montag vormittag vertagt.

Stalin unterdrückt die Opposition.

Massenausschluß aus der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands.

Moskau, 18. Dezember. Der Parteitag der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands nahm heute nach einem Referat, daß Ordschonikidse im Namen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Opposition erstattet hatte, einstimmig und ohne Stimmenthaltungen eine Resolution an, durch die 75 aktive Mitglieder der Trotzkischen Opposition, darunter Kameneff, Rakowski, Smilga, Smirnoff (ehemaliger Volkskommissar für das Post- und Telegraphenwesen), Radek, Pjatakoff, Laschewitsch, Muraloff, Jewdokimoff, Bakajeff, Sawaroff und andere, sowie die gesamte sogenannte Gruppe Sapronoff, die aus 23 Personen besteht, als offen antirevolutionär aus der Partei ausgeschlossen werden. Die Resolution billigt weiterhin die Maßnahmen des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission hinsichtlich der Opposition, darunter den Ausschluß Trotzkis und Sinowjews und beauftragt das Zentralkomitee, sämtliche Maßnahmen zu ideologischer Einwirkung auf die Mitglieder der Trotzkischen Opposition zu treffen, um sie zu überzeugen und gleichzeitig die Partei von allen ausgesprochen unverbesserlichen Elementen der Trotzkischen Opposition zu säubern.

Leder-Jacken
Leder-Kappen
nur in Qualität sehr preiswert.
Oskar Dehmel
Breslau, Neumarkt 45

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Karlstraße 4/6
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Seid stolz, Volkswacht-Leser zu sein!
Sagt es allen, daß Ihr es seid, und sagt es vor allem bei Einkäufen!

Stadttheater
(Opernhaus)

Spielplan der Weihnachts-Feiertage:
Sonntag, 25. Dezember, Anfang 19 Uhr:
Tannhäuser
14640 von Richard Wagner
Montag, 26. Dezember, Anfang 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen (Gruppe II)
Hoffmanns Erzählungen
Phantastische Oper von Jacques Offenbach
Montag, 26. Dezember, Anfang 20 Uhr:
In vollständiger Neuinszenierung
Die Prinzessin von Trapezunt
Operette von Jacques Offenbach
Der Vorverkauf beginnt Dienstag, den 20. Dezember

Die schönsten Weihnachtsgeschenke
Brillen Klemmer ▫ Lorgnetten
Operngläser u. Barometer
Größte Auswahl ▫ Billigste Preise!
Richard **Grimwig**
Neue Schweidnitzer Straße 14, Ecke Gartenstraße
Für die Jugend: Metallbaukasten Stabil 14548

Der Weihnachtsmann
muß unbedingt zum Einkauf von **Kleider-, Schuh-, Kopf-, Hut-, Möbel-, Zahnbürsten, Schwämmen, Fußmatten, Kämmen, Scheuertüchern, Pinseln, Wäscheleinen** sich in unser Geschäftslokal
auf der Oderstraße
bemühen u. mit **Rasiergarnituren, Toilette-Artikeln, Feinseifen, Geschenkkasten** die Freude vergrößern
Wir bitten um rechtzeitigen Besuch 14619
London & Co. G. m. b. H. — Oderstraße 5 2 Viertel vom Ring.

Ein **Weihnachtsgeschenk** von dauerndem Wert ist eine
Mercedes Modell 5
Sie ersparen sich viel Kopfzerbrechen, wenn Sie diese überall bevorzugte Schreibmaschine wählen, die auch bei Ihnen den Mittelpunkt des Gabentisches bilden wird.

Generalvertretung für Schlesien:
Albert Peiser, Breslau 1
Schmiedebrücke 36/38, Fernruf Ohle 77 14630

Stadttheater
Montag
20 bis geg. 22.30
9. Ab. Vorst. Serie D
„Die verkaufte Braut"
Dienstag 14479
20 bis geg. 22.15:
11. Ab. Vorst. Serie A
„Der Liebestrank"
Mittwoch
20 bis nach 22:
9. Ab. Vorst. Serie B
„Die Schneider von Schönau"

Möbel-Speicher
Es kommen folgende Möbel zum Barverkauf:

Echte Lederstühle	12.00
Büfett, Eiche	175.00
Schränke, 2-tür	45.00
Schreibtisch, mod	48.00
Bücherschr., Nußb	85.00
Chaiselongue 18.00	28.00
Sofa mit Umbau	75.00
Vertiko	30.00

Bettlerstr. 79, an d. Flurstr.

Begräbnis-Versicherung
„PIETÄT"
Bestattungs-Anstalt
Inhaber: Wilhelm Schneider
717 **Breslau / Schuhbrücke 58**
Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher 565 u. 1823

Genossen!
Genossinnen
Eure Familienanzeigen der
Volkswacht

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 14650
Tel. Stephan 35300.
Täglich 20 Uhr:
„Eine Frau von Format"
Weihnachts-Spielplan:
Nachmittags:
Sonntag, 25. Dez., 15½ Uhr:
„Die Försterchristel"
Montag, 26. Dez., 15½ Uhr:
„Gräfin Mariza"
Dienstag, 27. Dez., 15½ Uhr:
„Das Dreimäderlhaus"
Abends:
Sonntag, Montag, Dienstag, 20 Uhr:
„Eine Frau von Format".

Hosen-Tage

14595
Sonn- u. Alltags-Hosen
in allen Preislagen, da Selbstanfertigung sehr billig
Oskar Dehmel BRESLAU Neumarkt 45

Bettstellen 14682
2 St. pol. mit Pat. und Aufl. 150.— Mk.
2 St. Eiche mit Pat. und Aufl. 175.— Mk.
Ausziehtisch mit Wachstuch 45.— Mk.
Chaiselongue 35.— Mk.
Nußbaum-Schrank, teilig mit Spiegel, sehr preiswert.
Teilzahlung gestattet
Max Glezel, Brüderstraße 23.

Wir sind Leser der Volkswacht
Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht inserieren. Sagt das beim Einkauf, Ihr nützt uns und damit Euch selbst.

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Lobe-Theater
Tel.: Ring 6774.
Täglich
„Schinderhannes"
Schauspiel v. C. Zuckmayer

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6700.
Täglich 20 Uhr:
„Anatol"
v. Arthur Schnitzler.
457

Woher die Kinder kommen
ein Buch, das auch die Kinder lesen sollen, von Dr. med. Max Hodann, mit 7 Bildern .... nur **0.60**

Bub und Mädel
dasselbe für die Jugend 160 Seiten **2.60**

Geschlecht und Liebe
für die Erwachsenen, 19 Bilder zirka 300 Seiten 7.50 gebunden **10.00**

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11

Biete billig an:
H.-Mäntel, Joppen Anzüge, Hosen Damen-Mäntel
von 8.— Mk. an
Zentral-Leihhaus
Klosterstr. 28

Kaufgesuche
Futterreste, Watte
aller Art kauft zu Höchstpreisen
Scholz, Herrenstr. 12
Ecke Matthiasstraße

Kleine Anzeigen
sind kompetente, preiswerte, einfältige Anzeigen von Vereinen, Kaufgesuchen u. a. aus der Volkswacht. Wer 3 Pfennige gibt, 6 Pfennige

---

Verkaufe ein noch sehr gutes Chaiselongue. Gneisenaustraße 17, 3 r. links. 5246

Seife und Seife verkauft billig Gräbschener Str. 64, 1

Welches armen Mädchen würde mir zu Nacht Weihnachten bei Gebäge fahren? Zuschr. an Alfred Schlesinger, Victoriastr. 10, b. Herrn Wolff

---

Sprechapparate • Schallplatten
Gegründet 1900
nur beste Fabrikate — Trompeten, Pfeifen, Violinen, Lauten, Gitarren, Ital. Mandolinen, Zithern, Harmonikas
Billigste Preise.
Musikhaus **Friedr. Meisel** Breslau Ziegenstraße 11

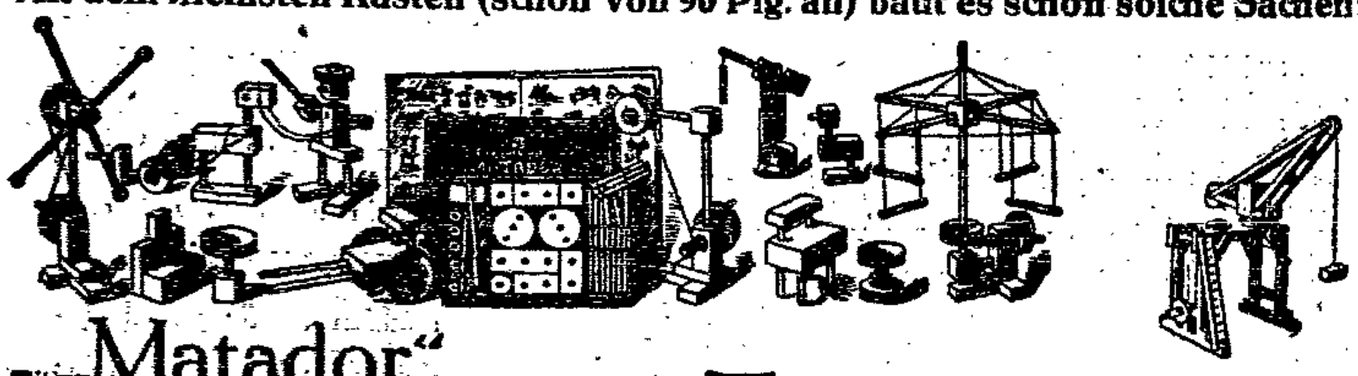
Arbeiter-Wohlfahrtslose
Darlehnsscheine bis 50 000 Mark 1 611
nur 50 Pf. das Los empfiehlt und versendet
C. Kreischmer Schmiedebrücke 29 b

Damenmäntel
reinwoll., auch in Fasonform, warm u. modisch, auch mit Pelzbesatz, bis zum Gegenwert ..... von **10 Mk.**
Urban Stoffgroßhandlung, Karlstraße Nr. 1, Ecke Schweidnitzer Straße.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Beschlüsse werden nur bei Einsendung dieses Blattes sowie vom Vorstehenden Referenten entgegengenommen.

Ab Weihnachten
weniger Aerger mit Kindern
wenn ihnen der Weihnachtsmann einen „Matador"-Baukasten gebracht hat!

Kein Kind hat dann noch Sinn für unnütze Dinge, denn es kann ja basteln u. bauen
Mit dem kleinsten Kasten (schon von 90 Pfg. an) baut es schon solche Sachen:



Mit „Matador" ist schon der Neunjährige imstande, fahrbare **Wagen**, lastenhebende **Krane**

fahrbare **Autos** und andere ähnliche Maschinen, wie **Kranensberge** usw. zu bauen. Der Vierzehnjährige findet mit „**Matador**" eine gefahrenfreie Beschäftigung. Er betätigt sich als kleiner Techniker und Erfinder von interessanten Maschinen und elektr. Apparaten.

Ing. Johann Korbulys Lehr-Baukasten „Matador"

bestehen aus hölzernen, gebohrten kurzen Brettchen, Rollen u. Stäben, welche mittels Stäbchen verbunden werden. Aus diesen Bestandteilen lassen sich unbegrenzt Konstruktionen nachbilden. Alle mit „Matador" gebauten Sachen halten fest zusammen, sind jedoch wieder leicht auseinander zu nehmen. — Aus ein und demselben „Matador"-Baukasten sind immer wieder andere neue Sachen zu bauen.

„Matador" ist Spiel u. Lehrmittel zugleich,
weil es Freude und Lust im Spiele mit der Jugend verbindet und Geschicklichkeit

Vom Einfachsten bis zum Schwierigsten

1. Grundkästen:

00	mit 100 Vorlagen	Mk.	0.90
0	„ 150 „	„	2.70
1	„ 190 „	„	4.50
2	„ 222 „	„	7.50
3	„ 254 „	„	11.00
4	„ 258 „	„	18.00
5	„ 270 „	„	25.00
6	„ 290 „	„	46.00
7	„ 360 „	„	72.00

2. Ergänzungskästen:

0 a	ergänzt Nr. 0 auf Nr. 1	Mk.	1.60
1 a	„ „ 1 „ „ 2	„	3.00
2 a	„ „ 2 „ „ 3	„	3.50
3 a	„ „ 3 „ „ 4	„	5.00
4 a	„ „ 4 „ „ 5	„	9.00
5 a	„ „ 5 „ „ 6	„	21.00
6 a	„ „ 6 „ „ 7	„	26.00
7 a	„ „ 7 „ „ 8	„	28.00

Ersatzstäbchen in Säckchen zu **Mk. 0.40, 0.70** und **1.20.**
Jeder „Matador"-Bestandteil ist einzeln erhältlich.
Man verlange die Einzelteil-Liste!

Buchhandlung Volkswacht, Breslau
Neue Graupenstraße 5 — Neue Taschenstraße 11

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Tasche. — Redaktion: Breslau 2, Gartenstraße 4. — Geschäftsstelle: Breslau 2, Gartenstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Dezember.

Erwachsenenbildung.

Im Volksbund für neue Erziehung hat Herr Professor Dr. Rosenstock-Huessy einen Vortrag über „Erwachsenenbildung" gehalten, der einen größeren Kreis von Hörern, die sonst dem Volksbunde fernstehen, angezogen hatte. Der Vortragende ist seit Jahren auf dem Gebiete der Volksbildung, diesen Begriff im weitesten Sinne genommen, tätig, und es war darum für den Volksbund, der sich nicht nur mit Fragen der Erziehung von Jugendlichen befaßt, von Wert, seinen Freunden und Mitgliedern Gelegenheit zu einer Aussprache über diese Probleme zu geben.

Der Vortragende ging bei seinen Ausführungen davon aus, daß die Notwendigkeit des Aufbaus einer Erwachsenenbildung vornehmlich in den Kreisen der Lehrer und Erzieher erkannt worden sei, weil diese empfinden, daß Erziehungsaufgaben von den Lehranstalten aller Art allein nicht mehr gelöst werden können, nachdem die Unterstützung durch die Familie mehr und mehr versagt, die ihrem Charakter als Lebens- und Arbeitsgemeinschaft im modernen Produktionsprozeß verloren hat, und die Kinder nicht mehr das Vorbild allseitiger Lebensleistung und Lebensgestaltung im Elternhause vor Augen haben. Die Erziehung kann nur dann wirklich lebendigen Einfluß auf die menschliche und seelische Entwicklung der Jugend gewinnen, wenn sie nicht mehr, wie bisher, als isolierter Pflichtenkreis von Fachkräften, sondern als allgemeine Aufgabe der Erwachsenen, die in Haus und Beruf mit der Jugend in lebendiger Berührung stehen, aufgefaßt und mitgetragen wird. Die Erwachsenen brauchen jedoch, um als Laienvolksbildner wirken zu können, den Gedankenaustausch mit den Vertretern anderer Berufskreise, um aus ihrer heutigen geistigen engen Bindung an ein fachliches Spezialistentum und Verknöcherung und Verhärtung in eng begrenzten Berufsbahnen herauszuwachsen, und wieder ursprüngliche Gestaltungskraft, oder, wie es Oesterreich nennt, menschliche Totalität zurückzugewinnen. Der Nur-Fachmann kann auf allen Lebensgebieten heute für die junge Generation nicht mehr Vorbild und Wegbahner sein, weil er durch seine begrenzten, fachlichen Leistungen der Jugend nicht zur Verkörperung von Idealen und Wunschbildern, denen sie nachzustreben wünscht, wird.

Der Vortragende betonte weiter, welche seelische und geistige Not aus der Unmöglichkeit beruflichen und geistigen Aufstieges für die erwachsenen Arbeiter und Angestellten unserer modernen Großbetriebe erwächst, in denen der Einzelne ein Leben lang nicht nur zu Teilarbeiten verpflichtet ist, sondern geistig unmündig bleibt und sich immer nur nach Weisung und Vorschrift betätigen muß. Für diese Erwachsenen besteht ein Bedürfnis nach selbständiger, geistiger Betätigung, um dem Gefühl der Herabwürdigung und Verkümmerung der eigenen Persönlichkeit durch die Unselbständigkeit der Berufsarbeit entgegenzuwirken. Es soll durch Freizeiten, Arbeitsgemeinschaften und freie Veranstaltungen aller Art, in denen Erwachsenen Gelegenheit gegeben wird, sich über Berufs- und Lebensfragen mit Angehörigen anderer Berufskreise auszusprechen und diesen menschlich näher zu kommen, der allgemein empfundenen frühzeitigen Ueberalterung und Versteifung der Erwachsenen vorgebeugt werden. Bei allen Erwägungen wird von den Bedürfnissen des Einzelnen ausgegangen und es werden die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten nach den jeweiligen Verhältnissen versucht.

Die Erörterungen waren durch ihre geistvolle, neuartige Problemstellung anregend, wenngleich viele Schlußfolgerungen nicht als allgemein gültig angesehen werden können. Der Hauptwert dieser Bestrebungen liegt nicht in den praktischen Vorschlägen und Versuchen, sondern in der Hinlenkung weiterer Kreise auf die Aufgaben der Erwachsenenbildung, die sich nicht, wie die Volksbildungsarbeit vor dem Kriege, darauf beschränken darf, Kenntnisse zu vermitteln, sondern die bestrebt sein muß, den Menschen für eine Selbstbetätigung im Kreise von Gesinnungs- und Berufsgemeinschaften zu gewinnen. — Wir glauben allerdings, daß dieses Erziehungsziel nicht durch das künstliche Zusammenbringen von Menschen verschiedener Lebenssphären, sondern nur aus der Eigentätigkeit und dem lebendigen Bedürfnis der Volksgenossen erreicht werden kann. Eine geistige Erneuerung ist nicht durch Erziehungsbestrebungen einer müden, überalterten, gebildeten Oberschicht, sondern aus der unverbrauchten, aufstrebenden Kraft des Proletariats zu erreichen, das nicht in der Nachahmung bürgerlicher Bildungsideale, sondern im Erarbeiten eigener Kulturziele seine Aufgabe sieht.

Die bürgerliche Erwachsenenbildungsbewegung, in der Professor Rosenstock weitgehenden Einfluß hat, kann sich vor allem dadurch ein Verdienst erwerben, daß sie in ihren Kreisen Verständnis dafür verbreitet, daß es nicht darum gehen darf, nach altbekanntem Vorbild durch scheinbar neutrale Bildungsbestrebungen und Erziehungseinrichtungen eine Bevormundung und Beschränkung der Arbeiterbildungsarbeit zu erreichen und die Bestrebungen der Gewerkschaften und Parteien zu erschweren und zu verwirren, sondern, daß es den Verfechtern einer Erwachsenenbildung mit der Freimachung aller Kräfte zu eigner Entwicklung auch dann Ernst sein muß, wenn der tiefgehende Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialistischer Weltauffassung zum Austrage kommt. Dabei muß als erste Vorbedingung für die Ermöglichung irgendwelcher Bildungsarbeit für die werktätige Bevölkerung die Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund aller praktischen Bestrebungen gestellt werden. Der Ausgang des gegenwärtigen Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie ist, so will es uns dünken, von viel größerer Bedeutung für die Freimachung von Kräften von Tausenden von Arbeitern für geistige und gemeinschaftliche Ziele, als die Veranstaltung von noch so gut gemeinten Aussprachen zwischen Angehörigen verschiedener Berufe, die ihrer Klassenlage nach verschiedene Lebensbedürfnisse und Ideale haben. — Wir erwarten, daß auch die bürgerlichen Pioniere einer Volkserneuerung durch Erwachsenenbildung nicht verfehlen werden, ihre Stimme im gegenwärtigen Kampfe um Gewinnung von Freizeit zu erheben und sich als mahnendes Gewissen den Auswüchsen kapitalistischer Produktionsweise entgegenzustellen.

Wenn sich Professor Rosenstock und seine Gesinnungsgenossen als Mitstreiter für die geistige Befreiung der Arbeiterklasse in dem jetzigen Ringen in diesem Sinne erweisen, so wollen wir das dankbar begrüßen und seinen Bestrebungen die Anerkennung nicht versagen, wenn wir auch sonst in vielen der angeschnittenen Fragen getrennte Wege gehen wollen und müssen. Wir sind uns darüber klar, daß alle Bildungs- und Kulturfragen letzten Endes nur im Machtkampfe vom Proletariat gelöst werden können, und daß die von dem Vortragenden und anderen Ideologen so viel geschmähte Arbeit des Politikers das Mittel ist, zur Schaffung der materiellen und rechtlichen Grundlagen für eine Volksbildungsarbeit, die um der Masse des Volkes willen und nicht zur Befestigung der Vormachtstellung der herrschenden Gesellschaftsschicht betrieben wird.

An den Vortrag schloß sich eine angeregte Aussprache, in dem die abweichenden Auffassungen deutlich zum Ausdruck kamen.

M. E. P.

---

* **Luftpost zur Weihnachts- und Neujahrszeit.** Wegen Einstellung des Flugdienstes am 24. und 26. Dezember ruht außergewöhnlich auch der Luftpostverkehr an diesen Tagen. Es verkehren daher keine Luftposten vom 24. bis 26. Dezember. Am 31. Dezember wird der Luftpostverkehr wie an den übrigen Werktagen durchgeführt.

Rede des Genossen Deutsch aus Wien

In der Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

In der Versammlung des Reichsbanners am Freitag im großen Saale des „Schießwerders" führte Genosse Deutsch, der Gründer und Führer des österreichischen Schutzbundes, etwa folgendes aus:

Als im November 1918 die österreichisch-ungarische Monarchie zusammenbrach, schuf sich das Volk nach seinem Willen eine Verfassung. An deren Spitze stellte es den Satz: Oesterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches. Ein alter Traum der deutschen Demokratie sollte sich erfüllen. An die besten Traditionen der Revolution von 1848 wurde angeknüpft, die durch den Traum von einem großen, einigen deutschen Reiche beseelt war. Wiener Studenten kämpften 1848 unter den Farben schwarz-rot-gold, hunderte, ja tausende tapferer Studenten und Arbeiter sind in diesem Zeichen gefallen. Nach der Revolution wurde es still, bis die erwachende Arbeiterbewegung wieder ihre Fahnen für eine Vereinigung von Deutschland und Oesterreich erhob.

Wilhelm Liebknecht und August Bebel

haben ihr Leben hindurch für dieses große, einige Deutschland gekämpft. Als Bebel zum letzten Male in Wien war, sprach er in einer Riesenversammlung die Hoffnung aus, daß die Grenzen bald fallen mögen, die beide Länder trennten. Er sprach das unter dem Jubel aller Hörer aus, und wie er, so hat bei uns Viktor Adler sein ganzes Leben hindurch für die Vereinigung der beiden Länder gekämpft.

Der Friede von St. Germain und Versailles

machte die Vereinigung unmöglich. Durch Diktat wurde Deutschösterreich zu einem selbständigen Staate gemacht. Wir wollen keine Selbständigkeit dieser Art, doch wissen wir leider, daß wir zu schwach sind, den Anschluß durchzusetzen.

Nach dem Friedensvertrage sind wir ein Staat von 6½ Millionen Einwohnern, nicht ein großes Land, aber 6½ Millionen sind ein Zehntel der Einwohner des Deutschen Reiches. Wien hat fast 2 Millionen Einwohner, außerhalb Wiens sind also nur noch 4½ Millionen. Das ist ein starkes Mißverhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, aber der Schluß daraus, daß Oesterreich deshalb nicht lebensfähig wäre, hat sich nicht als richtig erwiesen. Wir hatten gefürchtet, unsere liebe und schöne Stadt würde zusammenbrechen, doch hat sich ihre Lage im Mittelpunkt Europas selbst in dem kleinen Staate bewährt. Wien hat Jahrzehnte nicht so gelitten als nach dem Kriege, aber heut ist unsere Stadt wieder

ein aufblühendes Gemeinwesen.

Als der Zusammenbruch kam und das neue Staatswesen aufgebaut wurde, war bei uns die Not größer als in irgendeinem anderen Staate Europas. Wir haben gehungert und beispielloses Elend erduldet, doch in gemeinsamer Zusammenarbeit unserer Partei mit den Bauern haben wir die Krise ohne große Erschütterungen überstanden. Als die Sozialdemokraten nicht mehr in der Regierung waren, begann

der Verfall der Währung.

So lange wir in der Regierung waren, trat der Verfall nicht ein, er kam erst, als eine Regierung der Reaktion den Staat beherrschte. Die Sozialdemokraten haben die Ansicht vertreten, den Staat durch die Kräfte der Bürger unter schwersten Anstrengungen zu retten, dagegen sagten die Vertreter der Reaktion, daß unser Volk sich aus eigener Kraft überhaupt nicht retten könne. Statt der eigenen Kraft des Volkes nahmen sie fremdes Kapital zu Hilfe. Seipel wollte das angebotene Opfer der Arbeiter nicht annehmen, denn er wußte, daß die Herrschaft des Bürgerblocks unmöglich wäre, wenn die Arbeiterschaft den Staat gerettet hätte. Die Sanierung ist deshalb nur zum gewissen Teil gelungen, die Währung ist stabil, aber die Wirtschaft ist krank geblieben. Auf dem Wege der Reaktion ist eine dauernde Sanierung überhaupt unmöglich.

Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten

bestehen darin, daß wir Kohle zu 29/30 aus dem Auslande beziehen müssen. Wir haben zwar in den Alpen einen Schatz von Wasserkräften in einer Jahresmenge von 3½ Millionen Pferdekräften, aber wir haben nicht das Kapital, um diese Kräfte nutzbar zu machen. Wenn deutsches Kapital und Tatkraft den Ausbau der Wasserkräfte betriebe und wir Elektrizität nach Deutschland liefern könnten, wäre beiden Teilen gedient. Wir leiden ferner darunter, daß wir für unser Land eine viel zu große Industriebevölkerung haben, als daß die Landwirtschaft sie ernähren könnte, so daß wir sehr viel Lebensmittel aus dem Auslande beziehen müssen. Doch dieses Bild bessert sich durch den

großen Fremdenverkehr.

Wir hatten in Wien im Jahre 1926 488 780 Fremde, davon 300 000 aus dem Auslande. Viele kommen wegen unserer alten Kultur, aber auch die Stadt des neuen Werdens lockt hunderttausende an. Im ganzen sind jedoch die Entwicklungsmöglichkeiten nicht so groß, daß wir zur wirtschaftlichen Blüte kommen könnten. Abwegig ist der Gedanke eines Zusammenschlusses mit Ungarn oder der Tschechoslowakei, nur im Zusammenschluß mit Deutschland ist ein Ausgleich der wirtschaftlichen Kräfte möglich.

Redner wendet sich dann den politischen Verhältnissen seines Landes zu. Es gibt nur zwei große Parteien, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten. Ursprünglich waren die Christlichsozialen eine Kleinbürgerpartei, heute umfassen sie zugleich die Großbourgeoisie und verkörpern die gesamte Reaktion. Ihr Gegengewicht findet sie in der Sozialdemokratie. Bei den letzten Wahlen erhielten die Christlichsozialen 1 753 000 Stimmen, die Sozialdemokraten 1 539 000. Daneben kommen der Landbund mit 229 000 und die Kommunisten, die von 25 000 auf 16 000 zurückgegangen sind, gar nicht in Betracht. Die Sozialdemokratie hat 42½ Prozent aller Stimmen und rückt der Mehrheit immer näher.

Unser größtes Glück

ist, daß wir ohne Spaltung der Arbeiterschaft aus dem Kriege herausgekommen sind und die Revolution einig durchfechten konnten. Unaufhörlich geht der Aufstieg unserer Organisation vor sich. Die Sozialdemokratische Partei hat 600 000 Mitglieder, davon in Wien 350 000. Jeder dritte erwachsene Einwohner von Wien ist politisch organisiert. Die Gewerkschaften im Lande haben 600 000 Mitglieder, also sind fast alle zugleich Mitglieder der Partei. Natürlich haben wir auch Genossenschaften, Kulturorganisationen, eine Kinderfreundebewegung und eine gewaltige Sportorganisation. Aber es genügt nicht, daß sich das Proletariat nur auf seine geistigen Waffen verläßt. Das Proletariat muß sich gelegentlich auch auf seine Fäuste besinnen können. So haben wir unseren Republikanischen Schutzbund gegründet, ehe in Deutschland das Reichsbanner entstand. Wir lieben nicht die Gewalt, wir bedrohen weder Bürger noch Bauern, wir wollen keinen Bürgerkrieg, aber es kann einen Punkt in der Entwicklung geben wo wir Gewalt nötig haben. Denn was nutzt die Erkenntnis, daß die demokratische Republik der beste Kampfboden für eine gewaltlose Austragung von Klassengegensätzen ist, wenn wir nicht bereit sind, uns diesen Kampfboden mit allen Mitteln zu sichern?

In Oesterreich haben wir uns mit anderen Parteien nicht zusammentun können, denn es gibt z. B. kein Zentrum, dem erhebliche Teile demokratisch gerichteter Elemente angehören. Es gibt nur eine reaktionäre Partei und eine Sozialdemokratie. Nun

ein Wort zu unserer Taktik.

In Wien hat die Sozialdemokratie eine Zweidrittelmehrheit und sie ist immer stärker geworden. Manche Leute meinen, das komme daher, weil wir radikale Reden gehalten hätten. Das tun wir zwar auch, aber ich glaube, es kommt nicht minder auf die Taten der österreichischen Sozialdemokratie an. Wir haben Wien in einem Zustand völliger Verwahrlosung durch den Krieg und die bürgerlichen Parteien übernommen. Kühn sind wir an das Werk des Aufbaues gegangen. Dazu brauchten wir Geld, doch wir wußten, daß wir es aus der breiten Masse des Proletariats nicht holen konnten. Wir haben ein Steuersystem eingeführt, wonach

die Besitzenden das Schwergewicht der Last

zu tragen haben. Wir hatten eine riesige Wohnungsnot und die denkbar niedrigste Wohnkultur. Um das zu ändern, haben wir eine Wohnbausteuer eingeführt. Sie ist so gestaffelt, daß der Arbeiter im Monat einen Schilling, also etwa 60 Pf., zu zahlen hat. Das macht im Jahre 12 Schillinge, während die Bewohner der Paläste bis zu 100 000 Schillingen zu zahlen haben. Herrn Rothschild paßte das nicht und er bekam einen Wutanfall. Anderen Reichen ging es ähnlich. Dann haben wir eine Hauspersonalabgabe eingeführt, die bei zwei Bediensteten beginnt. Herr Rothschild hat ihrer siebenundvierzig und dafür muß er gehörig bezahlen. Dann haben wir die Luxusgaststätten kräftig versteuert, die einfachen Wirtschaften aber freigelassen. Mit dem so gewonnenen Gelde haben wir

40 000 Wohnungen und 5000 Siedlungshäuser

gebaut. Die Wohnungen sind mit elektrischem Licht, Gasheizung und mechanischen Wascheinrichtungen versehen. Letzteres bedeutet für die Frauen ein Stück Befreiung! Wie hoch sind nun die Mieten in den Gemeindehäusern? Die kleinste Wohnung von drei Räumen kostet monatlich 5 Mark. Eine Wohnung von vier oder fünf Räumen etwa 10 Mark. Dabei enthalten die Gemeindehäuser Spielsäle für Kinder, Turnsäle für die heranwachsende Jugend, Spielgärten und Bedienstete der Gemeinde, die sich um die Kinder kümmern. Hier wächst ein Geschlecht heran, das bereit sein wird, diese Errungenschaften zu verteidigen. Alle Schulkinder erhalten die Lernmittel gratis. Jedes arme Kind hat ein Recht auf Frühstück und Mittagessen. Ja selbst um das noch ungeborene Kind kümmert sich die Gemeinde. Eine zu erwartende Niederkunft ist vorher anzuzeigen und daraufhin erscheint bei jeder Frau, ob arm oder reich, ein Beamter der Gemeinde mit einer guten Ausstattung für das Kind. Die Kindersterblichkeit ist auf einen Bruchteil von früher gesunken.

Auf das Proletariat mußte das begeisternd wirken. Die besitzenden Klassen und ihre Zeitungen aber toben. Man sehnt

die Kommunisten zur Rettung herbei.

Wenn es den Kommunisten gelänge, die Arbeiterschaft zu zersplittern, dann wäre man die Herrschaft der Sozialdemokraten los. Das Wiener Beispiel macht bereits im Lande Schule. Unter diesen Umständen neigt das Bürgertum zur Gewalt, und dieser Gewaltneigung sind die blutigen Vorfälle vom 15. Juli zuzuschreiben, bei denen 85 Menschen getötet wurden. Damals lag die Gefahr des Faschismus nahe, aber die österreichische Arbeiterschaft ist zu kampfgewohnt, als daß es gelingen konnte, sie zu schlagen. Wir sind einig geblieben.

Wir danken dem Reichsbanner,

es war in diesen Tagen für uns ein Labsal, daß es sich an die Seite des Republikanischen Schutzbundes stellte. Heut ist für uns die größte Gefahr hinter uns, jetzt gilt es, uns für den Kampf um den Anschluß zu stärken. Manche Kreise in Deutschland sträuben sich gegen den Anschluß, weil sie die österreichische Sozialdemokratie mit bekämen. Aber der Gedanke marschiert, weil er eine innere Notwendigkeit ist. Der Anschluß dient der Befriedung Europas. Im nächsten Jahre sind

Wahlen in England, Frankreich und Deutschland.

Wir Oesterreicher sehen mit klopfenden Herzen diesen Wahlschlachten entgegen, wissen wir doch, daß, wenn die Demokratie siegt, der Anschluß näher rückt, der Rechtskurs uns aber in unseren Hoffnungen zurückwirft. Darum vorwärts auch im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold für Frieden und Demokratie! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Mittwoch, den 21. Dezember,

begeht die Breslauer Arbeitersportler-Jugend die Feier der Wintersonnenwende im großen Saale des Gewerkschaftshauses, wozu sie die Breslauer Arbeiterschaft als die Freunde und Förderer der Arbeitersportbewegung aufs herzlichste einladet. Ferner sind die Eltern und Erziehungsberechtigten unserer Jugend- und Kindermitglieder, die Funktionäre der Arbeiterbewegung, die Lehrerschaft, sowie die gesamte Arbeitersportlerschaft eingeladen.

Die Kundgebung verspricht sehr eindrucksvoll zu werden. Neben rezitatorischen, musikalischen und sportlichen Darbietungen steht die Feierrede unseres Freundes und Beraters, Genossen Eggers, im Mittelpunkt des Abends.

Als Unkostenbeitrag werden 25 Pfg. für Erwachsene und 15 Pfg. für Jugendliche erhoben.

Alle Arbeitersportler-Jugendlichen bringen vor allem ihre Lehrkolleginnen und Lehrkollegen mit, um ihnen die Möglichkeit eines Einblickes in unsere Bewegung zu geben.

Der Arbeits-Ausschuß.

Die schwarze Ehrlichkeit.

Zentrum und Gemeindearbeiterlöhne.
Eine Geschichte in drei Tagen.

Am Mittwoch voriger Woche teilten wir mit, daß das Zentrum im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung gegen die Erhöhung der Gemeindearbeiterlöhne.

Am Donnerstag beschwerte sich Herr Brandilla in der Stadtverordnetenversammlung über die „Volkswacht". Das Zentrum sei nicht gegen die Erhöhung der Gemeindearbeiterlöhne, und bei der Abstimmung stimmte man für die Erhöhung.

Am Freitag war Magistratssitzung. Hier stimmte Bürgermeister Dr. Herschel mit allen Zentrumsstadträten gegen die Erhöhung der Arbeiterlöhne.

Das Zentrum kann so und kann so, je nachdem eine Sitzung geheim oder öffentlich ist. Die Ausschußsitzung war geheim, deshalb mit den Deutschnationalen gegen die Gemeindearbeiter. Die Stadtverordnetensitzung war dann öffentlich, deshalb mit den Sozialdemokraten für die Gemeindearbeiter. Der Magistrat tagt wieder, für die Oeffentlichkeit unzugänglich, also konnte das Zentrum auch wieder mit den Deutschnationalen gegen die Gemeindearbeiter stimmen.

Das Zentrum rühmt sich gewundert der konsequenten Linie seiner Politik, aber es hat zwei dieser konsequenten Linien. Eine für das Licht der Oeffentlichkeit, und eine für das Dunkel der vertraulichen Sitzungen.

Der goldene Sonntag

hat seinen „silbernen" Vorgänger zweifellos übertroffen. Wenigstens was den Verkehr betrifft. Aber auch die Einnahmen sind, so weit wir hören konnten, besser gewesen als vor acht Tagen. Ein großer Menschenstrom durchwogte die Hauptgeschäftsstraßen und wohl jedes Geschäft hatte Käufer aufzuweisen, am meisten natürlich die Konfitüren-Geschenkartikel- und Spielwarenläden. Vor dem Warenhaus am Ringe mußten am Eingang zwei Schupos Dienst tun, daneben noch ein Portier des Warenhauses, denn hier herrschte riesiger Andrang. Im Warenhause selbst waren sämtliche Fahrstühle außer Betrieb, um bei dem großen Verkehr einer Ueberlastung und sonstigen Unleidlichkeiten vorzubeugen.

Auf dem Blücherplatz und dem Ringe arbeiteten zahlreiche Straßenhändler mit Hochdruck. Als neuester Weihnachtsschlager wurde der „Klettermax" angepriesen, der über eine Stubenleiter vor der Polizei flüchtet. Durch eine recht einfache aber sinnreiche Konstruktion hüpft Klettermax tatsächlich völlig selbsttätig von der obersten Sprosse einer kleinen, zusammenlegbaren Leiter, bis zur untersten. Preis eine Reichsmark. Ein Händler bot den sogenannten Zentrifugalkreisel an, der in der Schachtel tanzt — „ein Mittel, die böse Schwiegermutter damit zu erschrecken."

Weihnachtsbäume wurden am goldenen Sonntag natürlich auch stärker begehrt, als vor acht Tagen. Da aber die Preise dieses Jahr verhältnismäßig hoch sind, wartet mancher doch noch mit dem Kauf des Baumes, in der Hoffnung, daß am 24. Dezember „der letzte Rest zu Ramschpreisen" abgegeben wird. Manch einer fabriziert sich auch selbst seinen Baum, indem er in ein Stämmchen die nötigen Zweige hineinzapft. Zum Bestande des Breslauer Weihnachtstrubels gehört auch der Zappelmann, den geschäftstüchtige Schuljungen schon wochenlang vorher mit Hilfe von Kleister, Scheere und Pappe selbst herstellen. Leider steht der Zappelmann auf dem Aussterbeetat, wie so vieles andere auch, was in früheren Jahren gern begehrt und gekauft wurde.

Die Wildgeschäfte haben gewiß sehr schöne Einnahmen am goldenen Sonntag gehabt, denn die Nachfrage nach Gänsen, Hasen und auch Fasanen war stark. Freilich, Proleten können sich keinen Fasanen leisten, dieser Vogel bildet vielmehr eine Lieblingsspeise vieler Feinschmecker, die auch über einen gut gefüllten Beutel verfügen. Den Armen genügt oft als „Ersatzhase" das Kaninchen, das sich sehr gut zu einem Weihnachtsbraten eignet und zudem nicht teuer ist. Oderbrucher Mastgänse sind am teuersten, trotzdem wurden sie viel verlangt. Ein Teil der Mastgänse stammt übrigens aus Rußland, Polen und Galizien.

Groß war die Zahl derer, die mit Paketen beladen zum Hauptbahnhofe eilten. Die Wartesäle waren in den Spätnachmittagsstunden wie belagert mit auswärtigen Einkäufern, die auf ihre Züge warteten.

Die Verkehrsposten der Schupo hatten an den bekannten Kreuzungsstellen und Verkehrsschnittpunkten, wie man sich denken kann, ihren schweren Tag. Großes Interesse erregt immer noch, besonders bei den Fremden, die neue Signallicht-Anlage an der Kornecke.

Nach 6 Uhr erlosch der prunkende Glanz in den Straßen, der Verkehr ebbte ab, und das Personal der Geschäfte war froh, den abspannenden und ermüdenden Hauptsonntag vor Weihnachten glücklich hinter sich zu haben. Bis zum Fest gibt es aber noch allerhand zu tun.

Breslau wächst.

Nachdem sich der Staatsrat für die Eingemeindung eingesetzt hat, ist zu erwarten, daß mit dem 1. April 1928 endlich Groß-Breslau verwirklicht sein wird.

Ueber die Eingemeindungspläne ist die letzten Jahre hindurch schon so viel geschrieben worden, daß eine Rechtfertigung der Wünsche Breslaus kaum mehr nötig ist. Man weiß, daß Breslau in seiner jetzigen Gestalt den Rekord an Ueberfüllung an schlechten Wohnungen, an nicht vorhandenen Heimstätten unter den deutschen Großstädten seit langem hält. Hier wohnen auf einem Hektar bebauter Fläche 368 Einwohner, in Berlin sind es immerhin nur 300, in Frankfurt am Main nur 214 und in der Industriestadt Essen nur 170. Noch viel ungünstiger wird für Breslau das Bild, wenn man die Einwohnerzahl mit der gesamten Fläche der Stadt vergleicht. Dann entfallen auf einen Hektar 112 Menschen, in Berlin nur 45, in Frankfurt am Main 34.

Dabei beträgt der jährliche Gesamtzuwachs der Breslauer Bevölkerung durchschnittlich 9400 Köpfe. Zurzeit sind rund 575 000 Einwohner auf 4920 Hektar Gesamtfläche zusammengedrängt. Die 470 000 Frankfurter haben 13 475 Hektar zur Verfügung. Die Stadt Köln umfaßt 25 119 Hektar mit 710 000 Einwohnern. 12 500 Wohnungen müssen in Breslau unbedingt in allernächster Zeit entstehen. Das jetzige Stadtgebiet aber hat nur noch 450 Hektar Baugelände zur Verfügung, und die „Lungen der Großstadt", Grünanlagen und luftige Plätze, sind wirklich höchst kümmerlich entwickelt.

Nach dem neuen Gesetz soll Breslau um 12 600 Hektar erweitert werden, etwa 40 Gemeinden und Gutsbezirke sollen in der Stadt aufgehen. Bezeichnend für die Besitzverteilung im Osten ist, daß über die Hälfte der Erweiterungsflächen, nämlich 6600 Hektar, heute noch als Gutsbezirke mit einer entsprechend geringen Besiedlung verzeichnet sind. Der Bevölkerungszuwachs der Stadt wird rund 30 000 Einwohner betragen, so daß Breslau vom nächsten Frühjahr ab mit rund 600 000 Einwohnern einige Plätze unter den deutschen Großstädten vorrücken wird. Von dem neuen Eingemeindungsgebiet sollen zunächst etwa 1950 Hektar neu besiedelt werden und die unbedingt aus dem jetzigen engen Stadtgebiet auszusiedelnde Bevölkerung aufnehmen. Die übrigen 10 000 Hektar werden als Grünflächen, als Waldbestand, als landwirtschaftliche Nutzfläche die dringend notwendige Ergänzung zu den jetzt kaum vorhandenen Volkserholungsstätten bilden.

Von dem ursprünglich von der Stadt aufgestellten Eingemeindungsplan ist im Laufe der Verhandlungen einiges abgestrichen worden, so daß im Regierungsentwurf beispielsweise im Osten Krachenbrunn, Lanisch, Pleßnowitz, im Süden Woischwitz, Ottaschin, Kundschütz, Weißig, Bettlern, Klettendorf, im Südwesten Groß-Mochbern und Opperau nicht an Breslau fallen. Immerhin ist es ein ganz stattliches Gebiet, über das sich Groß-Breslau ausdehnen wird. Die weiteste Ausdehnung bekommt die Stadt nach Westen, wo sie bis über die Grenze der etwa 15 Kilometer vom Stadtkern entfernten Stadt Deutsch-Lissa hinausgreift. Im Nordwesten bekommt die Stadt unmittelbaren Anschluß an den großen städtischen Grundbesitz um Weidenhof und Sandberg und wird von der Weide begrenzt. Im Gegensatz zu anderen Städten hat Breslau im Westen nicht vornehme Wohnviertel, sondern hier sind die industriellen Unternehmungen mit allen ihren ungesunden Ausdünstungen massiert. Man mußte also diesen Industriegürtel überspringen, um in gesunde Wohngegenden zu kommen, und tatsächlich können sich jetzt im Weistritz-Tal, kurz vor der Einmündung des Flusses in die Oder in besonders schöner Lage und guter Luft neue Siedlungen aufbauen.

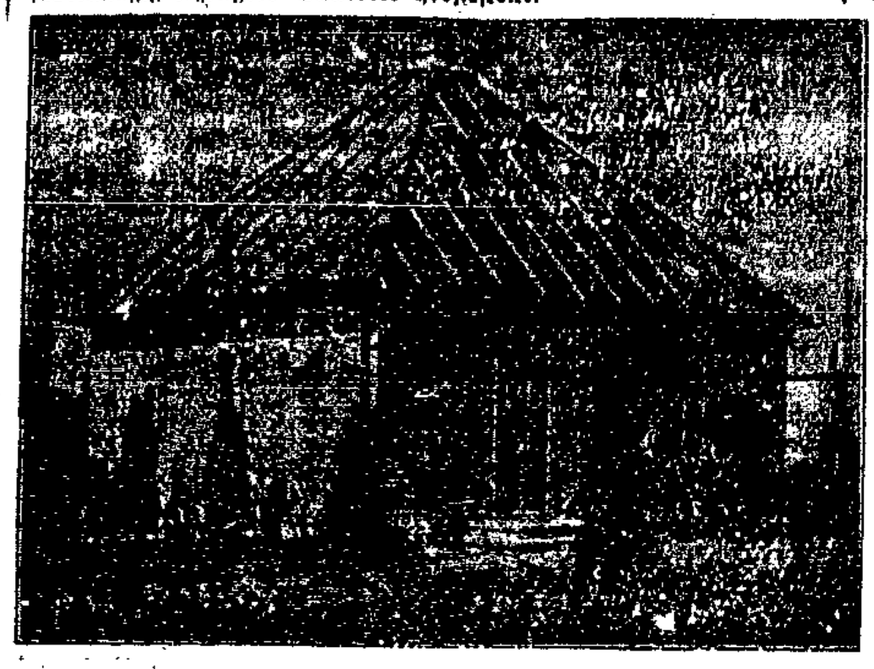
Natürlich kostet dieses ganze große Eingemeindungs- und Siedlungsprogramm der Stadt Breslau ein gehöriges Stück Geld. Aus eigenen Mitteln wird sie die erforderlichen großen Summen sicherlich nicht aufbringen können und deshalb ist man auf den Anleihewege angewiesen. Und wenn vor einigen Wochen der Breslauer Oberbürgermeister mit dem Reichsbankpräsidenten einen energischen Strauß auszufechten hatte, dann gewinnen unter dem Gesichtspunkt der mit der Eingemeindung zusammenhängenden Pläne diese noch außen hin vielleicht etwas [illegible] erscheinenden Auseinandersetzungen über die Frage der Rentabilität von Auslandsanleihen zum Zwecke des Wohnungsbaues für die Breslauer eine sehr praktische Bedeutung.

Andere [illegible] viele Leser. Im Anschluß an die Veröffentlichung der Pläne der für 1928 vorgesehenen Reisemessen fragen viele Leser nach der genauen Adresse des Reichsausschusses für technische Bildungsarbeit. Die Stelle des Reichsausschusses [illegible] Oberbaurat [illegible]

Häuser aus Stahl.

Ein neues Mittel zur schnelleren Behebung der Wohnungsnot.

Ehemals errichteten die Menschen ihre Behausungen aus Holz, Lehm und Stroh. Später kam der Stein hinzu, als dessen Bindemittel Sand, Kalk und Zement dienen. Stein, aus den Erdvorräten gewonnen und aus Lehm und Ton gebrannt, bildet neben Holz bis auf den heutigen Tag das herrschende Baumaterial. Die Grundformen des Bauens sowie die Arbeitsmethoden blieben immer dieselben. Erst allmählich machte sich in jüngster Zeit eine gewisse Umwandlung bemerkbar. Der Eisenbeton kam auf, der ganze Bauten wie aus einem Guß erstehen ließ und hinsichtlich der Bauformen zu ganz neuen Entwicklungsmöglichkeiten geführt hat. Die Nachkriegszeit brachte uns die sogenannte Ersatzbauweise, andere Baustoffe wurden erzeugt, die auch in ziemlich umfangreichem Maße Verwendung gefunden haben. Die große Werkbundausstellung in Stuttgart zeigt, was auf diesem Gebiete alles erstanden ist. Ganze Häusergruppen, in den verschiedensten Formen und nach neuen Wohngrundsätzen errichtet, sind mittels fabrikmäßig erzeugter Bauteile hergestellt.



Zur Behebung der Wohnungsnot genügt der Bau von neuen Wohnungen aber nur dann, wenn die Baukosten unter Benutzung einfachster Bauweisen und Verwendung billigster, jedoch nicht minderwertiger Baustoffe eine für die arbeitenden Volksschichten tragbare Miete ermöglichen.

Die neuen Bauweisen und neuen Baustoffe haben, soweit sie bisher zur Anwendung gekommen sind, zu einem solchen Resultate nicht geführt. Immer kam eine Miete heraus, die im Verhältnis zum Arbeitereinkommen zu hoch ist. Auch der in Massen errichtete Typenbau hat hieran kaum etwas geändert.

Vielfach wird der Einwand erhoben, die Baukosten seien zu hoch und der oberflächliche Beurteiler führt dies auf „die hohen Bauarbeiterlöhne" zurück. An zahlreichen praktischen Beispielen ist aber das Gegenteil bewiesen worden. Ueberall dort, wo die Bauarbeiter bei Errichtung von Wohnungen den Bauunternehmer ausschalteten, ergab sich überraschenderweise eine Verbilligung der Baukosten um 30 bis 40 Prozent. Die Ursache der Bauverteuerung sind also nicht die Bauarbeiterlöhne.

Das Problem ist und bleibt:

wie schaffen wir mehr und billigere Wohnungen,

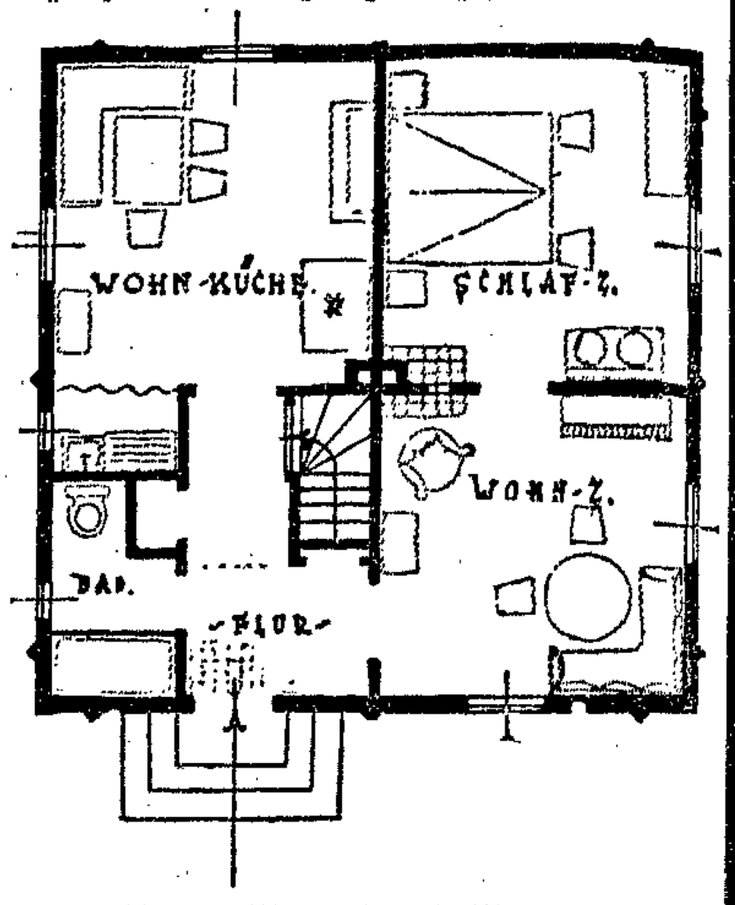
um der Wohnungsnot schneller Herr zu werden? Nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 beträgt die Zahl der fehlenden Wohnungen in Deutschland weit über 600 000. Verschiedentlich wird als Fehlziffer sogar eine Million genannt. Die Wohnungsnot ist sehr groß, besonders groß aber ist sie bei uns in Breslau. Dabei erstehen bei uns kaum soviel Neubauwohnungen als nach dem Bevölkerungszuwachs erforderlich sind. Von einer Behebung der Wohnungsnot ganz zu schweigen. Bei den vorhandenen Geldmitteln ist eine Mehrerstellung an Wohnungen nur durch eine Bauverbilligung zu erzielen. Wie ist das möglich?

Ein geeignetes Mittel hierzu glaubt die Vereinigte Stahlwerke-A.-G. Duisburg-Meiderich gefunden zu haben in der

Herstellung von Stahlhäusern.

Das Stahlhaus wird sich im allgemeinen auf den Flachbau beschränken, damit geht es mit den Bestrebungen unserer neuzeitlichen Wohnungsfachleute einig, die einerseits aus gesundheitlichen Rücksichten ein möglichst aufgelockertes Wohnen fordern und andererseits den Grund und Boden der spekulativen Ausnutzung durch den Kasernenbau entziehen wollen. Infolgedessen wird der Platz des Stahlhauses nicht im Herzen der Städte, sondern in deren Peripherien und hauptsächlich auf dem flachen Lande sein. Demzufolge wird sich auch der Bauplan im großen und ganzen dem des einfachen Landhauses anpassen. Da die Stahlbauweise erst über dem gewachsenen Boden, also über Sockel einsetzt, wird dieser und alles, was unter Sockeloberkante liegt, in der bisherigen Bauart in Backstein oder Beton ausgeführt, dabei kann die Grundrißfläche ganz oder teilweise unterkellert werden.

Die Stahlwand besteht aus den äußeren drei Millimeter starken Blechlamellen, welche an den Kanten so umgebördelt sind, daß sie hier mit der gleichen Umbördelung der Nachbarlamelle zu einem festen Gefüge verschraubt werden können. Mit der gleichen Schraube wird an diesem Stoß ein Holzpfosten befestigt, der als Halt für die darauf genagelte Innenwand aus Leichtdielen dient. Zwischen Stahlwand und Leichtdiele bleibt ein Luftzwischenraum. Die Leichtdielen, auch Tektondielen genannt, sind infolge ihrer Beschaffenheit aus Holzwolle und Zement in hervorragendem Maße geeignet, die Wärme und Schallsicherung zu übernehmen. Sie dienen außerdem als Putzgrund oder zur Aufnahme jeder beliebigen anderen Wandverkleidung. Die so in kürzester Zeit zusammengestellte Wand entspricht in ihrer Wärmehaltigkeit einer Backsteinwand von 50 Zentimeter, erfüllt also weit über Bedarf die notwendigsten wärmetechnischen Erfordernisse. Fenster und Türen werden in den Werkstätten fertig in die Eisenlamellen eingebaut, so daß an der Baustelle nur das Aufstellen dieser Lamellen zur fertigen Hauswand auf dem Sockel erforderlich ist. In dem so nach allen Seiten wärme- und schallsicheren Viereckraum werden die Zwischenwände eingezogen, so daß nach dem jeweiligen Bauplan eine beliebige Anzahl von Räumen entsteht. Die tragende Mittelwand wird beiderseits ebenfalls mit Leichtdielen verkleidet. Das Dach besteht wie die Wände aus Blechlamellen, die an den Kanten keilförmig umgebördelt sind. Die Länge des Hauses ist unbeschränkt, jede weitere Zulage von Wandlamellen gestattet eine weitere beliebige Vergrößerung des Grundrisses zu einer beliebigen Zimmerzahl.



Das im Bilde gezeigte Stahlhaus

hat eine Grundrißfläche von 8 × 8 = 64 Quadratmeter. Es enthält zwei Zimmer, eine Küche, Abort, Baderaum und Diele. Bei völliger Unterkellerung verfügt der Bewohner außerdem über große Kellerräume, die beliebig verwendet werden können. Dazu kommt der Dachraum. Die Zimmerhöhe beträgt 2,75 Meter. Balkenlagen und Fußböden sind aus Holz, als Fußbodenbelag zum Beispiel für Baderaum, Flur, Küche können auch Fliesen verwandt werden. Nach der Fertigstellung macht das Innere den Eindruck eines massiven Hauses, Wände und Decke sind sämtlich mit Kalkmörtel verputzt.

Die Kosten für ein Dreizimmerhaus werden mit 6000 Mark angegeben, dazu kommen die Grundstücks- und Straßenbaukosten mit etwa 2000 Mark, so daß also für rund 8000 Mark ein solches Stahlhaus zu erstellen ist. Bei einer einigermaßen günstigen Finanzierung ergibt sich eine Monatsmiete von zirka 35 Mark. Die Bauzeit beträgt etwa sechs Wochen. 59 Prozent des Baumaterials bestehen aus Metall, 41 Prozent aus Holz, Stein, Zement, Mörtel usw. Der Bauarbeiter ist also auch bei Errichtung von Stahlhäusern nicht gänzlich auszuschalten, der Fachmann ist in keiner Weise zu entbehren, soll eine geordnete und dauerhafte Bauweise erzielt werden.

Das Verwendungsgebiet des Stahlhauses ist ein außerordentlich großes. Grundsätzlich hat es weder die Absicht noch die Fähigkeit, dem städtischen Steinbau Konkurrenz zu machen, vielmehr soll es hauptsächlich da gebaut werden, wo wegen zu hoher Kosten, zu langer Bauzeit, Mangel an gelernten Bauarbeitern oder schwieriger Transportverhältnisse usw. an ein Steinhaus nicht gedacht werden kann. Es wird besonders am Platze sein, wo in offener Bauweise in grüner Natur mit bescheidenen Mitteln ein kleines, aber eigenes Heim gebaut werden soll, also insbesondere als Haus des Arbeiters oder Kleinrentners.

Die Häuschen bieten nach der Fertigstellung einen freundlichen Anblick, besonders wenn eine kleine gärtnerische Anlage damit verbunden ist. Die Außenwände und das Dach sind in lebhaften, sicheren Farben, einem sogenannten Rostschutzanstrich gehalten. Die größere Sicherung gegen Rost jedoch bildet die Kupferlegierung der Stahlplatten. Die Verwendungsmöglichkeit des Stahlhauses ist zweifellos in jeder Beziehung gegeben. Die Frage ist, ob das Stahlhaus sich, wie in England, auch bei uns in Deutschland durchsetzen wird. Die Widerstände werden keine geringen sein.

Sache des Städtebauers ist es, das Stahlhaus dort, wo es in größerer Anzahl errichtet wird, so in den Bebauungsplan einzufügen, daß dadurch keine Beeinträchtigung des Städtebildes entsteht. Eine ganze Reihe Kommunen hat bereits den Bau von Stahlhäusern in Auftrag gegeben. So haben u. a. Hagen 200, Hamm 340, Hamborn 230, Berlin 50 Stahlhäuser bestellt. Die Stadt Bochum will sich vorerst mit zehn Stahlhäusern begnügen. Holland und Südslawien haben je 1000 Stahlhäuser bestellt. In den Betrieben der Vereinigte Stahlwerke-A.-G. in Duisburg-Meiderich wird sich also in aller Kürze eine umfangreiche Stahlhausfabrikation entwickeln.

* **Die Sonderzahlungen für Dezember** (Barempfänger) werden in Höhe des Vorschußbetrages für Oktober an Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger und Empfänger von Hinterbliebenenbezügen (einschließlich Volksschullehrpersonen und Hinterbliebenen) am Mittwoch, den 21. d. Mts., vormittags 8½ bis 12 Uhr auf der Regierungshauptkasse geleistet.

* **Bankenschluß am 24. Dezember.** Die der Breslauer Bankiervereinigung angehörenden Banken und Bankfirmen geben bekannt, daß ihre Kassen und Wechselstuben am Sonnabend, den 24. Dezember, bis 1 Uhr mittags geöffnet sind. Die Büros und Kassen der Reichsbank bleiben am genannten Tage, von mittags 12 Uhr ab, für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Dienstag, den 27. Dezember, findet unverkürzter Geschäftsverkehr statt.

* **Vom Postscheckamt.** Zur ordnungsmäßigen Abwicklung des besonders starken Postscheckverkehrs zur Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel wird beim Postscheckamt in Breslau die Einlieferungsstunde für Einzelaufträge vom 20. Dezember bis einschließlich 14. Januar von 11 Uhr ausnahmsweise auf 10¾ Uhr festgesetzt.

* **Breslauer Lederdiebinnen auf Reisen.** Am Sonntag wurden vier bekannte Lederdiebinnen aus Breslau, die wegen dieses Deliktes schon mehrfach vorbestraft sind, in Geschäften in Waldenburg i. Schles. bei Ausübung ihres Gewerbes auf frischer Tat ertappt. Umfangreiches Gut aller Art konnte ihnen bei ihrer Festnahme abgenommen werden.

FILIALE BRESLAU.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Esst mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!

Die reaktionäre Strafrechtsreform.

Eine entscheidende Erklärung des Genossen Rosenfeld.

Berlin, 16. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Strafrechtsausschuß des Reichstages setzte am Freitag seine Beratungen mit dem § 72 über die Einführung der neuen Strafart der Einschließung fort. Im Verlaufe der Debatte erklärte der Abg. Rosenfeld (Soz.), **daß die Gestaltung dieses Paragraphen von entscheidender Bedeutung für die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem ganzen Gesetzentwurf sei, und seine Partei niemals einem Gesetzentwurf zustimmen könne, der den § 72 in der Fassung der Regierungsvorlage enthalte.** Der Ausschuß lehnte trotz dieser Erklärung alle Abänderungsanträge ab und verabschiedete den umstrittenen Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage.

Anschließend wurde nach längerer Aussprache der § 73 des Strafgesetzentwurfes in folgender Fassung angenommen: „Wird die ordentliche Strafe nach einer der Vorschriften, die eine Milderung vorschreiben oder zulassen, gemildert, so tritt an die Stelle von Todesstrafe lebenslanges Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter drei Jahren, an die Stelle von lebenslangem Zuchthaus Zuchthaus nicht unter drei Jahren, an die Stelle lebenslanger Einschließung Einschließung nicht unter drei Jahren. Ist eine zeitige Freiheitsstrafe angedroht, so darf höchstens auf drei Viertel des angedrohten Höchstmaßes erkannt werden. Ist ein erhöhtes Mindestmaß angedroht, so kann auf das gesetzliche Mindestmaß herabgegangen werden. An Stelle von zeitigem Zuchthaus kann auf Gefängnis nicht unter drei Monaten, an Stelle zeitiger Einschließung bei Verbrechen auf Einschließung nicht unter drei Monaten erkannt werden. Bei Vergehen hat das Gericht an Stelle einer verwirkten Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten auf Geldstrafe zu erkennen, wenn sie genügt, um den Strafzweck zu erreichen."

Immer neue Enthüllungen.

Das bayrische Reichswehrkontingent bespitzelt die übrige Reichswehr.

München, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

In der außerordentlichen Fülle neuen Aktenmaterials, das der sozialdemokratische Berichterstatter im Untersuchungsausschuß des bayrischen Landtags, Dr. Hoegner, am letzten Dienstag vortrug, fanden sich u. a. auch hochinteressante Dokumente, die ganz neues Licht auf die Umtriebe der Kahr-Lossow-Seißer werfen. Hierzu gehören Aktenstücke, durch die einwandfrei nachgewiesen ist, **daß das Wehrkreiskommando der VII. (bayrischen) Division von Ende Oktober bis Anfang November 1923 eine wohlorganisierte Bespitzelung der außerbayrischen Reichswehr eingerichtet hatte,** die dem General Lossow für den „Marsch nach Berlin" offenbar sehr zweckdienlich und wichtig erschien.

Empfohlen durch den sogenannten Präsidenten der Vaterländischen Verbände Bayerns, den Professor Bauer, kam der wegen politischer Betätigung aus der Schweiz ausgewiesene Kampfbundangehörige Max Gräßer am 28. Oktober ins Münchener Wehrkreiskommando, wo er nach Rücksprache mit dem Major im Generalstab Baumann den Auftrag erhielt, dem Wehrkreiskommando Nachrichten über die sächsische und außerbayrische Reichswehr zu verschaffen. Versehen mit einem von Baumann ausgestellten Ausweis reiste Gräßer sofort nach Sachsen, um dort an Ort und Stelle die Stimmung in der Reichswehr zu erkunden und nach München auf folgende Fragen Antwort zu geben, denen Baumann ausdrücklich hinzufügte, daß mit einem Einmarsch nach Sachsen gerechnet würde:

1. Welche Haltung nimmt die außerbayrische Reichswehr Bayern gegenüber ein?
2. Ist die R.W. durch schwarze R. W. verstärkt? In welchem Ausmaße?
3. Aus was für Organisationen setzt sich die schwarze R. W. zusammen?
4. Wie ist die Haltung der vaterländischen Organisationen gegenüber Bayern?
5. Sind sozialistische Organisationen zur Verstärkung der R. W. aufgeboten?
6. Wie ist die Haltung der bei Hof zusammengezogenen Truppen der 5. Division?
7. Finden Truppentransporte statt? Stärke? Woher? Wohin?
8. Wird die Schupo verstärkt?
9. Sabotageobjekte.
10. Skizze über militärische Telephon- und Telegraphenleitung. Kabel- und Funkstationen.

Bereits unter dem Datum des 1. November schickte Gräßer an Baumann folgende Antworten aus Leipzig: Zu 1. Die R. W. ist im ganzen sehr national und Bayern absolut nicht unfreundlich gesinnt. Die Mannschaft steht teilweise unter Hitler. Das Offizierkorps begrüßt das Vorgehen Bayerns, solange es schwarz-weiß-rot bleibt. Ein Einsetzen der außerbayrischen R. W. gegen Bayern wird nach Ausspruch eines Oberleutnants für unmöglich gehalten. Ein Teil der älteren Offiziere steht jedem Schritt, der ein Risiko in sich schließt, abgeneigt gegenüber, weil sie um ihre Stellung bange sind. Zu 2. Etwa in Leipzig 800 Mann. Zu 3. Die Einstellung erfolgt durch Oberland, das hier 700 Mann stellte, 100 Mann gehören dem jungdeutschen Orden an. Zu 4. Stehen in der Mehrzahl fest hinter Hitler. Im übrigen wie zu Nr. 1. Die Führung der meisten nationalen Organisationen besteht aus Preußen, z. B. Oberland, Stahlhelm, Jungdo. Zu 5. Nein. Zu 7. Nein, für das aus Leipzig abgerufene Bataillon 6 rückt Bataillon Nr. 11 ein. Zu 8. Nein. Sie untersteht der R. W., um so zu verhindern, daß dieselbe durch Hundertschaften usw. verstärkt wird. (Ist in Thüringen zum Teil geschehen.) Haltung: jüdisch-demokratisch und würde sich im Ernstfalle zur stärkeren Partei halten.

Allgemeine Lage: Sämtliche nationale Kreise hoffen auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Bayern und Sachsen. Die erste Frage ist überall: „Wann marschiert Bayern?" Selbst die R. W.-Offiziere rechnen damit. Die hinter Oberland stehenden Kampfverbände arbeiten mit fieberhafter Anstrengung auf dieses Ziel hin. Ein Hinausschieben hält man für verhängnisvoll. Das Zögern vor einem Weg, der doch einmal gegangen werden muß, wirkt auf eine nationale Volksbewegung sehr demoralisierend.

Für diese Spitzeltätigkeit versprach ihm der Major Baumann brieflich die Summe von 50 Schweizer Franken (am 6. November 1923). Aber auch dieses schöne Verhältnis zerstörte der Hitlerputsch jäh, denn am 10. November teilte Baumann seinem Spitzel mit, daß er ihm die fünfzig Franken nicht senden könne, sondern daß er sich mit den beigelegten 2 Billionen begnügen müsse. Schon am 17. November teilte aber Baumann dem Gräßer mit, er sei nach Regensburg versetzt, sein Nachfolger im Generalstab sei der Herr Rüdel; zugleich dankte er für die selbstlose Mitarbeit und wertvolle Unterstützung im vaterländischen Interesse. Daraufhin sandte Gräßer dem Rüdel weitere Nachrichten aus Sachsen mit der Bitte um Geld; Rüdel aber schrieb unter dem 3. Dezember zurück, daß zu seinem großen Bedauern dem Wehrkreiskommando keine Mittel zur Nachrichtengewinnung inbezug auf innere Politik zur Verfügung stehen.

Damit hatte die Bespitzelung der sächsischen und außerbayrischen Reichswehr durch das bayrische Wehrkreiskommando offenbar ihr Ende gefunden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 26
Telefon: Olte 5487

Wo ruft in dieser Woche die Pflicht?

Weibliche Funktionäre. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 6, Zusammenkunft. Niemand darf fehlen.

Distrikt 23. Heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshause, kleiner Saal, Weihnachts- und Jubiläumsfeier.

Distrikt 36. Mittwoch, den 21. Dezember, 8 Uhr, wichtige Funktionärversammlung bei Hartmann, Lehmgrubenstraße 60. Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist Pflicht.

Achtung, Abteilungsleiter!

Seht sofort dem Sekretariat Nachricht, wann die Abteilungs-Funktionärversammlungen stattfinden.

Abteilung Grüdschen-Kleinburg (Distrikt 2, 35, 38, 28). Mittwoch, abends 8 Uhr, wichtige Abteilungs-Funktionärversammlung bei Radicke, Grüdschener Straße 113. Auf der Tagesordnung stehen Vorschläge für die Neuwahlen zur Generalversammlung.

Abteilung Innere Stadt (Distrikt 19 34). Mittwoch, den 21. Dezember, abends 19,30 Uhr, findet bei Krause, Neue Weltgasse, eine Funktionärsitzung statt. Die Sitzung ist so wichtig, daß jeder Funktionär erscheinen muß.

Abteilung Ohlauer Tor. Dienstag, den 20. Dezember, abends 20 (8) Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses Abteilungs-Funktionärversammlung der Distrikte 26, 27, 28 und 29 mit wichtiger Tagesordnung.

Abteilung Sandior. Morgen abend 8 Uhr wichtige Abteilungs-Funktionärversammlung bei Klenner, Kreuzstraße 44. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig. Vollzähliges Erscheinen ist erforderlich.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Jeden Mittwoch, 20 Uhr. Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Straße, Schule. — Gruppe Pöpelwitz, Nikolaitor, Krischkestraße, Schule. — Gruppe Scheitnig-Sandior-Odertor, Benderschule. Vortrag des Genossen Reventlow über „Der Leipziger Parteitag". — Gruppe Strehlener Tor fällt aus.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Engerer Vorstand. Unsere Sitzung muß aus technischen Gründen auf Montag, den 2. Januar, verschoben werden.

An alle Heime. Setzt alle Kräfte daran, alle Karten für die Jahresschlußfeier zu verkaufen. Abrechnungstermin am 30. Dezember. Die Feier muß ein Erfolg für uns werden.

Sprechchor. Generalprobe Mittwoch um 8 Uhr in der Viktoriaschule. Alles ist wieder zur Stelle.

Sozialistischer Jungordnerdienst.

Heute Montag, abends 20 Uhr, im Zimmer 18 des Gewerkschaftshauses, Sitzung der S.J.O.-Exekutive.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Holzarbeiterjugend. Jugendkollegen! Wir treffen uns heute abend 19,30 Uhr im Galeriezimmer des Gewerkschaftshauses zu unserem Unterhaltungsabend, der von Brettspielen, Rezitationen und Liedern ausgefüllt wird. Alle Volksbühnenmitglieder müssen unbedingt anwesend sein, da die Eintrittskarten zur Dezembervorstellung ausgegeben werden.

Wochenzettel der Arbeiterkinderfreunde.

Gruppe 1. Montag, 5 Uhr, treffen wir uns zum Baden am Webskyplatz. Jeder bringt 30 Pf. sowie das Badezeug mit. Seid pünktlich. Mittwoch, 5 Uhr, sind alle im Heim. Donnerstag, 5 Uhr, Aelteren-Gruppe Unterhaltungs- und Leseabend.

Gruppe 2. Montag haben wir Fragenachmittag, dazu wollen wir alle unsere Fragen mitbringen, damit der Nachmittag voll ausgefüllt wird. Dienstag kommen wir wieder zum Basteln zusammen. Diejenigen Kinder, die Weihnachten mitfahren, sollen ihren Eltern sagen, daß sie Dienstag 8 Uhr im Heim sein sollen zu einer kurzen Besprechung wegen dieser Fahrt. Sie müssen aber bestimmt da sein. Mittwoch kommen alle Kinder zusammen, die die Weihnachtsfahrt mitmachen, da wir verschiedenes zu besprechen haben. Donnerstag haben wir eine Unterhaltung über das Weihnachtsfest.

Gruppe 3. Dienstag ½6 Uhr Tanzprobe für Schneeglöckchentanz zur Distriktsfeier. Mittwoch, ½6 Uhr, Mitgliederversammlung. Grüne Mitgliedskarten sind mitzubringen. Wir besprechen die Falkenarbeit und das Elternfest.

Gruppe 4. Montag, 5 Uhr, Winter im Heim. Alle müssen kommen. Dienstag, 5 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung. Große und kleine Aussprache über Gewesenes und Kommendes.

Gruppe 5. Montag, 5 Uhr, sind die Musiker bei Geppert. Jeder bringt sich den Haustürschlüssel mit. Wir gehen zum Distrikt 34 spielen. Mittwoch, 5 Uhr, im Heim, Aelteren-Gruppe. Wir unterhalten uns über unsere Gruppenordnung. Donnerstag, 5 Uhr, Sprechchorprobe und Probe des Liedes im Heim. Freitag, 5 Uhr, Jüngerengruppe, wir basteln wieder.

Gruppe 6. Montag, 5 Uhr, treffen sich alle Kinder, die beim Distrikt mitwirken, pünktlich an der Baracke. Dienstag, 5—7 Uhr, Basteln der Jüngeren. Mittwoch, 5—7 Uhr, Basteln der Aelteren. Donnerstag, 5 Uhr, treffen sich wieder alle, die im Distrikt mitgewirkt haben, an der Baracke; wir gehen ins Montessoriheim, Anderssenstraße. Freitag sind wir pünktlich 6 Uhr in der Baracke zu unserer Sonnenwendfeier.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Montag 20 Uhr als 9. Abonnements-Vorstellung der Serie D Smetanas komische Oper „Die verkaufte Braut". Dienstag, 20 Uhr: „Der Liebestrank". Mittwoch, 20 Uhr: „Die Schneider von Schönau. — Spielplan der Weihnachtsfeiertage: Sonntag, 25. Dezember, 19 Uhr: „Tannhäuser". Montag, den 26. Dezember, Nachmittagsvorstellung zu den ermäßigten Preisen der Gruppe 2: „Hoffmanns Erzählungen"; abends 20 Uhr in vollständiger Neuinszenierung: „Die Prinzessin von Trapezunt", Operette von Offenbach. Der Vorverkauf für die beiden Weihnachtsfeiertage beginnt am Dienstag, den 20. Dezember, an der Theaterkasse und den Vorverkaufsstellen.

Thaliatheater. Heute abend 20 Uhr und täglich „Anatol" von Arthur Schnitzler. Freitag, den 28. Dezember, Erstaufführung von Bruno Frank's Schauspiel in drei Akten: „Zwölftausend", in der Inszenierung von Dr. Franz Joseph Engel. Dekorationsentwurf Harry Wilke.

Schauspielhaus. Heute und die folgenden Tage: „Eine Frau von Format" von Rudolph Schanzer und Ernst Welisch, Musik von Michael Krauß. — Spielplan der Weihnachtsfeiertage: Nachmittags: Sonntag: „Die Förterchristel"; Montag: „Gräfin Mariza"; Dienstag: „Das Dreimäderlhaus". Abends: Sonntag, Montag und Dienstag: „Eine Frau von Format".

Letzte Wetternachrichten.

Datum 19. 12. 27	Temperatur gest. Min	Temperatur Max. letzt. 24 Stunden	Temperatur Min letzt. 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Brauenberg	−11	−6	11	bedeckt Schnee	NW 7	0,1	4
Görlitz	−11	−8	−11	Nebel	OSO 2	0,7	17
Hoyerswerda	−10	−9	−15	bedeckt	N 1	gering	12
Bad Flinsberg	12	−10	−15	Schnee	N 1	1,1	20
Heufuderbaude	−14	−14	−19	Nebel	W 2	0,2	47
Obertschreiberhau	−13	−12	−14	Schnee	N 1	0,5	44
K. Schles. Baude	17	−17	−21	Nebel	NW 6		61
Reifträgerbaude	−19	−19	−20		N 5		50
Schneekoppe	−21	−20	23	Schnee	N 8	4	76
Hermsdorf	−10	−10	−15	bedeckt	S 8		13
Krietern	−12	−9	−16	Schnee	NW 5	ger.	
Jobten							
Bad Salzbrunn							
Friedland (Bez. Breslau)	−14	−11	−14	bedeckt	NO 5	0,1	31 30
Reinerz	−13	−12	−15	heiter	NO 2	0,4	29
Landeck	14	−12	14	bedeckt	NO 4	0,1	22
Reichenstein	−9	−9	−16	Schnee	NW 1		4
Gelbenberg	−17	−11	−19	heiter	NW 2	0,2	10
Neiße	−17	−11	−17		NW 2	0,2	8
Proskau	−17	−11	−17	Nebel	NW 3	1,5	10
Kreuzburg							
Gleiwitz	−16	−13	−16	bedeckt	N 5	ger.	11
Beuthen	−16	−8	−17		NW 2	0,9	

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Im Bereiche polarer Kaltluftmassen, die über **Mitteleuropa** mit großer Intensität nach den **Mittelmeerländern vorgedrungen** sind, hält in den Sudetenländern die **winterliche Witterung mit** strengem Frostwetter weiter an. **Stauwirkung führt zu zeitweiligen Schneefällen. Die Kaltluft hat Süditalien erreicht und** auch von der Riviera wird strenger Frost gemeldet.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Bei böigem nordöstlichem Winde wolkig, zeitweise Schnee, strenger Frost.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Stürmischer nördlicher Wind, Schnee und Nebeltreiben, sehr strenger Frost.

Das Wetter im Gebirge:

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneebeschaffenheit, Sportmöglichkeit.

Heufuderbaude: 47, 1—2, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Bad Flinsberg: 30, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Schreiberhau: 44, 3—5, Pulverschnee, Ski gut, Rodel mäßig. Neue Schlesische Baude: 50, 3—5, Schneedecke stark verweht, Ski und Rodel gut. Reifträgerbaude: 50, 3—5, Schneedecke stark verweht, Ski und Rodel gut, Rauhreif. Alte Schlesische Baude: 50, 3—5, Schneedecke stark verweht, Ski und Rodel gut. Teichmannbaude: 42, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Seidorf: 42, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Krummhübel: 29, 1—2, Schneedecke gekörnt, Ski und Rodel gut. Hampelbaude: 55, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Brückenberg: 43, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Schlingelbaude: 46, 1—2, Pulverschnee, Ski gut, Rodel mäßig. Prinz-Heinrich-Baude: 25, Schneedecke stark verweht, Ski mäßig, Rodel gut. Grenzbauden: 48, 3—5, Schneedecke etwas verweht, Ski gut, Rodel mäßig. Peterbaude: 35, 3—5, Schneedecke stark verweht, Ski und Rodel gut. Peterbaude: 18. Görbersdorf: 32, 1—2, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Silberberg: 25, 16—20, Schneedecke stark verweht, Ski gut, Rodel mäßig. Hohe Eule: 45, 3—5, Pulverschnee, Ski gut, Rodel mäßig. Zimmermannsbaude: 34, Schneedecke etwas verweht, Ski und Rodel gut. Bad Reinerz: 30, 1—2, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Bad Landeck: 29, 3—5, Schneedecke etwas verweht, Ski und Rodel gut. Wölfelsgrund: 18, Schneedecke etwas verweht, Ski und Rodel gut. Hochschaar: 35, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Glatzer Schneeberg: 65, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Roteberg: 40, Schneedecke stark verweht, Ski und Rodel gut.

Breslauer Filmkritik.

„Bett und Sofa". Dieser in seinem Inhalt hier schon näher besprochene Film will als Zeitbild einen Einblick in die Moral und Ehe des heutigen Rußlands geben. Wir halten einen solchen Versuch für gewagt. Und das nicht aus Prüderie, sondern der Mißverständnisse halber, die aus dem Film resultieren. Denn der Beschauer wird nicht an die neuen Probleme und „Wege der Liebe" herangeführt, sondern sieht eher das Ringen dieser drei Menschen als eine Folge der in Moskau herrschenden Wohnungsnot an. „Bett und Sofa" ist von der Sewkino gedreht, das bedeutet, daß wir gute künstlerische Filmarbeit vor uns haben. Die vielen Teilblicke in das Getriebe heutigen Lebens geben davon Zeugnis. Auch sonst verschafft der Film einen guten Einblick in die Regsamkeit des heutigen Moskaus und will nicht unbeabsichtigt, für das neue Rußland werben. Das Nebenprogramm ist mit zwei Groteskfilmen, einem Kulturfilm und der Emelka-Wochenschau reichlich und gut beschickt. (Zentral-Theater.)

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Kleine Breslauer Nachrichten.

* **Die Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten** für den Neubau einer Hauptfeuerwache und eines Verwaltungsgebäudes für die Betriebswerke am Lessingplatz eingegangenen Entwürfe erfreut sich eines regen Besuches. Mit Rücksicht hierauf wird die Ausstellung bis zum 26. Dezember dieses Jahres einschließlich verlängert. Sie ist im Ausstellungsgebäude (Poelzig-Halle) in Scheitnig untergebracht und täglich von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

* **Das städtische Jungmädchenheim** ist dieser Tage vom Schulgebäude Lehmgrubenstraße 30 nach Sternstraße 40, Gartenhaus, 1. Stock, verlegt worden. Es hat dadurch an Raum gewonnen, und auch die innere Ausstattung ist den Zwecken des Heimes besser angepaßt worden, als es an der alten Stelle möglich war. Das Heim umfaßt vier Zimmer, von denen eines als Lehrküche, ein weiteres als Nähstube und zwei als Unterhaltungsräume eingerichtet sind. Es dient sowohl als Lehrheim für erwerbslose junge Mädchen, die darin kostenlosen Unterricht im Nähen, Kochen und Singen erhalten, als auch zur Sammlung erwerbstätiger Mädchen, die das Bedürfnis haben, ihre freie Zeit im Kreise von Altersgenossinnen zuzubringen. Beiden Gruppen stehen Nähmaschinen und eine Bücherei zur Verfügung, die noch im Aufbau begriffen ist. Die Erwerbslosen erhalten täglich eine kostenlose Speisung und haben außerdem Gelegenheit, einmal wöchentlich in der Frauenhalle des Hallenschwimmbades ein Bad zu nehmen. Im letzten Sommer haben mehrfach Wanderungen stattgefunden; es ist beabsichtigt, bei genügender Beteiligung sie auch im Winter durchzuführen. Das Heim ist für Erwerbslose von 8½ bis 13½, für Erwerbstätige von 19½ bis 21½ Uhr geöffnet. Anmeldungen neuer Besucherinnen werden täglich von 14 bis 19 Uhr im Heim entgegengenommen.

* **Wegen der Einebnung oder weiteren Erhaltung alter Grabstätten** auf dem jetzt städtischen Friedhofe der ehemaligen Dorfgemeinde Dyrrgoy an der Bernhardinstraße wird in besonderer Bekanntmachung des Magistrats in Nr. 53 des Breslauer Gemeindeblattes sowie durch Aushängen auf dem Dürrgoyer Friedhofe näher angegeben, wo etwaige Anträge auf Verlängerung des in 25jähriger Ruhezeit erloschenen Anrechts anzubringen sind. Auch die Pfarrämter der beteiligten Kirchengemeinden, St. Salvator und St. Heinrich, werden entsprechende Auskunft erteilen.

* **Zum Abladen von Schnee** stehen diesen Winter die Morgenauer und Zedlitzer Wiesen sowie die Jankholzwiese — Dreieckplatz — Privaten zur Verfügung.

* **Die Feuerwehr** wurde am Sonnabend kurz vor 9 Uhr zur Hilfeleistung nach Hirschstraße 51 gerufen. In einem Fleischereikeller war der Flansch einer Kühlanlage undicht geworden, so daß Ammoniak ausströmte und die Umgebung vergaste. Kurz vor 22 Uhr erfolgte ein Alarm nach Vinzenzstraße 20. Durch Lagerung brennbarer Stoff an einer Schornsteinreinigungstür war in einem Vorratskeller Heu und Stroh in Brand geraten. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden. Gestern kurz vor ½1 Uhr erfolgte von drei Stellen aus ein Alarm nach Klosterstraße 46. Im ersten Stock des Postamtes war durch einen schadhaften Schornstein ein umfangreicher Balkenbrand ausgebrochen, so daß zwei Oefen abgetragen werden mußten. Das Feuer konnte noch mit der Eimerspritze gelöscht werden. Kurz vor 15 Uhr war Klosterstraße 75 durch Aufbewahren von Holz hinter einem geheizten Ofen dieses in Brand geraten. Kurz vor 22 Uhr mußte die Feuerwehr nach Neuschestraße 24 ausrücken. Hier brannte in einer im vierten Stock gelegenen Wohnstube eine Bettstelle. Heute nacht kurz nach 1 Uhr mußte die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach Schweidnitzer Straße 16a ausrücken. Hier war ein Mann in einem Fahrstuhl eingeschlossen. Durch Durchschneiden des Schutzgitters wurde der Mann befreit. Kurz nach 4 Uhr erfolgte ein Alarm nach dem Konsum-Lagerraum Ottostraße 3. Hier hatte ein Kohlenkasten und der Fußboden gebrannt. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht.

* **Taschendiebstähle.** In der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes wurden zwei auswärtigen Frauen die Portemonnaies mit 105 und 36 Mark aus den Handtaschen entwendet. — Einem Manne von auswärts wurden ebenfalls 90 Mark aus der Westentasche und acht Paar Strümpfe aus der Aktentasche gestohlen. — Eine Brieftasche mit 70 Mark nahmen zwei unbekannte Frauen einem Mann in der Großen Groschengasse aus der inneren Jackettasche.

* **Raub.** Am Sonnabend, gegen 12,15 Uhr, wurde ein 76 Jahre alter Kassenbote der Firma Leopold Goldenring, Albrechtstraße 16, auf dem Hofe des Postzollamtes in der Graupenstraße überfallen und ihm eine Aktentasche entrissen. In der Tasche befanden sich 1500 Mark in 100-, 20- und 10-Markscheinen, ein rotes Zollstundungsbuch und ein Zollstundungsanerkenntnis der Firma Goldenring. Nach der Tat flüchtete der Täter in Richtung Sonnenplatz auf einem Fahrrade. Der Täter soll 20—26 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß und schlank sein, schwarze Haare, blasses schmales Gesicht und keinen Bart haben. Die geschädigte Firma hat für Wiedererlangung des Geldes 200 Mark ausgesetzt.

* **Auf frischer Tat ertappt.** Zwei Männer, die in der Nacht zum Sonntag in das Hauptgewerbe von Schreiber einzubrechen versuchten, konnten bei ihrem Vorhaben überrascht und festgenommen werden.

* **In einem Lokal bestohlen.** Aus der Rocktasche wurde einem Arbeiter eine Geldtasche mit 50 Mark gestohlen, als er sich in einem Schanklokal in der Weißgerbergasse aufhielt.

Schenkt praktische Waren und kauft sie in dem bekannten Spezialgeschäft für Eisen- und Stahlwaren aller Art, Werkzeuge, Oefen, Herde, Haus- und Küchengeräte **Eisen-Brandt** Inhaber: Fritz und Max Brandt **Breslau,** Nikolaistraße 53a Ecke Neue Weltgasse.

Er marschiert doch!

Fortschritt des Achtstundentages. — Neue Erhebungen des ADGB.

Ueber den Umfang der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine neue Erhebung vorgenommen, die für die Zeit vom April bis zum Oktober dieses Jahres eine kräftige Verkürzung der Arbeitszeit aufweist. Die Erhebung erstreckt sich auf die Betriebe des Bau-, Buchdruck- und Holzgewerbes, der chemischen, Metall-, Schuh- und Textilindustrie. Der Zweck der Erhebung liegt vor allem in den Feststellungen über die Auswirkung des Arbeitszeitgesetzes vom 9. April dieses Jahres. Erfragt wurde wiederum der Umfang der tatsächlichen Arbeitszeit unter Einschluß der in der Berichtswoche über die normale Arbeitszeit hinaus geleisteten etwaigen Ueberarbeit. Der Umfang der Erhebung ist größer als der früheren Statistiken; denn es liegen Angaben für 67 099 Betriebe und 2 904 849 Beschäftigte aus dem Bereich von 565 Ortsausschüssen vor.

Das Ergebnis zeigt einen starken Ruck in der Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Ruck ist umso bemerkenswerter, als die neue Erhebung in eine ausgesprochene Konjunktur-Periode fiel. In einigen der erfragten Industrien bestand sogar eine Hochkonjunktur mit starkem Antrieb zur Ueberarbeit.

Der Anteil der kurzarbeitenden Arbeitnehmer ist von 4,6 auf 1,7 gesunken. Bis 43 Stunden arbeiten 55,6 Prozent der erfaßten Personen gegenüber 47,4 Prozent im April. Die Zahl der mehr als 48 Stunden wöchentlich Arbeitenden ist von 48 Prozent auf 42,7 Prozent gesunken. Von diesen arbeiteten im April noch 12,3 Prozent mehr als 54 Stunden, bei der neuen Erhebung ist der Anteil auf 6,2 Prozent gesunken. Die Zahl der normal weniger als 46 Stunden Arbeitenden (ohne Kurzarbeiter) beträgt rund 174 000 gegen 159 000 im April dieses Jahres. Anteilmäßig ist allerdings infolge des größeren Gesamtumfanges der letzten Erhebung diese Gruppe von 6,3 auf 6,0 Prozent gesunken.

Die Verschiebung zugunsten der kürzeren Arbeitszeit zeigt sich mit geringen Ausnahmen in fast allen erfaßten Industriegruppen und Bezirken. Nach Industriegruppen geordnet, zeigt sich die erfreuliche Wandlung vor allem in den Gruppen mit typisch langer Arbeitszeit. Während in der Metallindustrie im Mai 1924 nur 25,4 Prozent und im April 1927 erst 35,5 Prozent der Erfaßten bis zu 48 Stunden arbeiteten, ist die Zahl nunmehr auf 45,9 gestiegen. Zugleich ist die Zahl der mehr als 54 Stunden Arbeitenden von 21,1 bzw. 21,8 auf 9,5 Prozent gesunken. Eine bescheidenere, aber trotzdem sehr beachtliche Besserung zeigt auch die Textilindustrie. Hier ist die Gruppe „bis zu 48 Stunden" von 22,9 auf 31,0 Proz. gestiegen, die Gruppe „über 48 Stunden" von 75,2 auf 68,2 Proz. gesunken. An der Spitze stehen nach wie vor: Baugewerbe, Holzgewerbe, Schuhindustrie und Buchdruckgewerbe. Bei diesen ist zwar die Zahl der länger als 48 Stunden Arbeitenden gegen April von 9,5 auf 19,4 Prozent und der davon mehr als 51 Stunden Arbeitenden von 2,0 auf 2,1 Prozent gestiegen. Die Ursache hierfür liegt jedoch unverkennbar darin, daß Ende Oktober im Buchdruckgewerbe eine zur vermehrter Ueberarbeit führende Hauptsaison herrscht.

Wertet man die Ergebnisse nach Bezirken, dann ist für Berlin-Brandenburg ein starker Rückgang der Kurzarbeit von 10,7 auf 1,0 Prozent während des letzten Halbjahres bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitszeit von über 48 Stunden festzustellen. Eine äußerst erfreuliche Verbesserung zeigt sich im Bezirk Rheinland. Hier ist insbesondere der starke Rückgang der Gruppe „über 54 Stunden" von 41,8 Prozent auf 13,1 Prozent zu beachten. Nicht so stark hat sich die Arbeitszeit in Westfalen verbessert. Hier ist die Zahl der über 48 Stunden Arbeitenden von 29,0 auf 22,0 gesunken. Aber immer noch bleibt dieser Bezirk infolge der langen Arbeitszeit in der westfälischen Schwerindustrie der ungünstigste Bezirk Deutschlands. Ein Zeichen, wie notwendig eine durchgreifende Verbesserung der zurzeit hart umkämpften Arbeitszeitbestimmungen für die Hüttenindustrie ist. Eine Verschlechterung der Arbeitszeit ist im Bezirk Ostpreußen festzustellen; die dortigen Arbeitszeitverhältnisse verlangen dringende Beachtung der Verbände.

Das erstemal seit 1924 arbeitet mehr als die Hälfte der erfaßten Arbeitnehmer nur bis 48 Stunden wöchentlich; die Zahl der mehr als 54 Stunden Arbeitenden ist von 13 auf 6,2 Prozent gesunken. Ein unleugbar großer Erfolg der Gewerkschaften im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit! Der Achtstundentag marschiert, er wird sich durchsetzen trotz aller Widerstände des Unternehmertums. Auch die rheinisch-westfälische Schwerindustrie wird den Siegeszug des Achtstundentages nicht aufhalten.

Unannehmbar!

Die Funktionäre des deutschen Metallarbeiterverbandes in Bochum und Essen lehnen den Schiedsspruch ab.

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahmen am Sonnabend in Bochum in einer stark besuchten Versammlung zu dem Schiedsspruch für die Gruppe Nordwest Stellung. Nach einem ausführlichen Bericht des Vorsitzenden, des ersten Bevollmächtigten Bührig-Bochum, und eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Schiedsspruch für den Lohn und die Arbeitszeit der nordwestlichen Gruppe ist für den Deutschen Metallarbeiterverband unannehmbar. Der Schiedsspruch sieht in der Arbeitszeitfrage für die Walz-, Hammer- und Blechwalzwerke eine über die durch Verordnung vom 16. Juli 1927 vorgesehene Arbeitszeit hinaus gehende Dauer vor. Die Regelung der Sonntagsarbeit für die Stahlwerke ist für die in Betracht kommende Arbeiterschaft untragbar. Auch sie überschreitet die durch Verordnung vom 16. Juli vorgesehene Dauer der Arbeitszeit. Auf das schärfste zu verurteilen ist das vom Christlichen Metallarbeiterverband in dieser Frage wie überhaupt ganz allgemein bei dieser Bewegung gezeigte Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeitgeber. Für die in kontinuierlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, soweit für sie nicht der Achtstundentag vorgesehen ist, bedeutet dieser Schiedsspruch sogar eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Tarifzustand. Für zehntausende von Hüttenarbeitern und für die gesamte weiterverarbeitende Industrie soll ein weiteres volles Jahr die Arbeitszeit unverändert bleiben. Die Gewährung von 1 bzw. 2 Pfennig Lohnzulage ist eine vollkommen unzulängliche Regelung des Lohnausgleichs für die Verkürzung der Arbeitszeit und muß als eine bewußte Provokation der Arbeiterschaft angesehen werden. Die Vertrauensmänner der Verwaltungsstelle Bochum weisen bereits heute darauf hin, daß dieser Schiedsspruch nicht geeignet ist, Ruhe und Wirtschaftsfrieden im Bezirk herbeizuführen, vielmehr muß er zwangsläufig, auch wenn er verbindlich werden sollte, eine Reihe schwerer Auseinandersetzungen und Beunruhigungen in den Betrieben zur Folge haben."

Auch die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch abgelehnt, und zwar beide Teile des Schiedsspruches, den über Lohn und den über Arbeitszeit. Die Ablehnung der Unternehmer ist nur ein Komödienspiel. Sie sind ja mit dem Schiedsspruch, vor allem dem Lohnschiedsspruch, sehr wohl zufrieden. Deshalb haben sie ja auch ihre Kündigungsdrohungen nicht wahr gemacht. Dem Deutschen Metallarbeiterverband dagegen ist es mit der Ablehnung des Schiedsspruches tiefernst. Der Schiedsspruch ist keine Lösung des Konflikts, denn was der Reichsarbeitsminister an mageren Zugeständnissen in der Arbeitszeitfrage gegeben hat, das hat der Schlichter wieder weggenommen. So schafft man keine Ruhe in der Großeisenindustrie, und wenn der Reichsarbeitsminister glaubt, mit der Verbindlichkeitserklärung den Konflikt gewaltsam beenden zu können, dann gibt er sich einer argen Täuschung hin. Der Reichsarbeitsminister mag noch mit einer Verbindlichkeitserklärung so energisch kommandieren: „Das Ganze Halt!" — die Bewegung um die Herstellung des vollen Achtstundentages und um wirklich menschenwürdige Löhne in der Großeisenindustrie ist damit noch lange nicht zu Ende.

Ablehnung in Essen.

Essen, 19 Dezember. (Eigener Funkbericht.) **Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen nahmen am Sonntag ebenfalls zu den Verhandlungen und den Schiedssprüchen für die Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe Stellung. Referent war der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Wilhelm Wolf, der an den Tarifverhandlungen teilgenommen hatte. Er führte u. a. aus:**

„Ein besonderes Merkmal, das die Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ganz erheblich erschwert, war die Uneinigkeit der drei Gewerkschaftsrichtungen in der Aufstellung ihrer Forderungen. Wir wollen gern anerkennen, daß zwischen dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und dem DMV. nur einige kleinere im Wortlaut der Forderungen liegende Differenzen ohne Belang bestanden, aber mit dem Christlichen Metallarbeiterverband war es unmöglich, auf eine Linie zu kommen. Seit 1924 forderten die Gewerkschaften aller drei Richtungen bei jedem Kündigungstermin die Wiedereinführung der drei geteilten achtstündigen Wechselschicht und den allgemeinen Achtstundentag. Dieser Boden wurde diesmal vom Christlichen Metallarbeiterverband glatt verlassen. Man beschränkte sich vornehmlich auf die Verteidigung der Verordnung und die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit für einige andere Arbeitergruppen. Man betonte positiv, daß sie nicht die Absicht hätten, den sogenannten schematischen Achtstundentag zu fordern. In dem Punkte der Schlichtungsverhandlungen gab es infolge dieser Tatsache recht unangenehme Szenen zum Schaden der Arbeiterschaft."

Am Schluß der Konferenz wurde eine Entschließung angenommen, in der der Schiedsspruch als unbefriedigt erklärt wird. In bezug auf den Lohnausgleich betrachtete die Konferenz eine Ablehnung des Schiedsspruches sogar als ein Gebot der Selbstachtung.

Die Christen sagen ja und nein.

Mülheim (Ruhr), 18. Dezember. Hier fand heute eine von hundert Delegierten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte Konferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes statt, um zum Schiedsspruch für die Großeisenindustrie Stellung zu nehmen. Nach Entgegennahme der Berichte der Verbandsunterhändler Schmitz und Burgartz über die Essener und Düsseldorfer Verhandlungen und eingehender Aussprache, die insgesamt acht Stunden in Anspruch nahm, beschloß man die Ablehnung des Lohnschiedsspruches. Dagegen wurde der Schiedsspruch über die Arbeitszeit angenommen.

Tagung der Behördenangestellten.

Eine wichtige Reichskonferenz der Angestellten bei Reichs- und Staatsbehörden und -betrieben.

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltete am Sonntag, den 11. Dezember, in seinem Erholungsheim Bad Finkenmühle in Thüringen eine Reichskonferenz der Angestellten bei Reichs- und Staatsverwaltungen. Diese Tagung ist für alle Behördenangestellten des Reiches und der Länder von außerordentlichem Interesse. Es konnten nicht nur wichtige Gegenwartsfragen, sondern auch Angelegenheiten, die für die geplante Verwaltungsreform unter anderem Erörterung finden. Die Tagung hat sich mit wichtigen Fragen aus dem Anstellungsverhältnis sowohl als auch mit der Uebertragung der neuen Besoldungsregelungen des Reichs und der Länder auf die Angestellten-Tarifverträge beschäftigt. Auch die Frage der Ueberführung von Tarifangestellten ins Beamtenverhältnis sowie die Tätigkeit der Hauptbetriebsräte in den Verwaltungen des Reichs und der Länder konnten behandelt werden. Die Tagung hat sich außerdem mit der sehr wichtigen Frage der Sicherung und des Ausbaues der Existenz der Behördenangestellten, insonderheit mit der Schaffung der Versorgungsanstalt für alle Angestellten des Reichs und der Länder beschäftigt und dahin zielende Entschließungen angenommen.

Verstärkte Arbeitslosigkeit in Berlin.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist ein neuer erheblicher Zugang an Arbeitsuchenden zu verzeichnen. Nachdem in der vergangenen Woche die Arbeitslosenziffer um etwa 7000 Köpfe zurückgegangen war — in der vorvorigen Woche war sie um 18 000 gestiegen — ist sie in der letzten Berichtswoche wieder um 9300 Köpfe in die Höhe gegangen. Bei den Arbeitsnachweisen sind insgesamt 169 000 Personen eingetragen, darunter befinden sich 110 456 männliche und 58 953 weibliche Personen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich allerdings eine Verminderung um rund 91 000. Der Zugang an Arbeitsuchenden während der letzten Woche umfaßt männliche und weibliche Arbeitskräfte fast gleichmäßig. Der scharfe Frost, der neuerdings eingesetzt hat, führte zu einer stärkeren Einschränkung der Außen- und Bauarbeiten. Aus der Metallindustrie stammen 600 neue Arbeitsuchende; ferner kamen im Bekleidungs- und Gastwirtsgewerbe vor allem weibliche Kräfte zur Entlassung.

Wirtschaft.

Preußens Wohnungsbau 1928.

Der preußische Staatsrat für die Aufnahme einer Auslandsanleihe zum Wohnungsbau.

Dem Plenum des preußischen Staatsrates wird in seiner nächsten Sitzung eine Entscheidung vorliegen, in der die preußische Regierung ersucht wird, sich für die Aufnahme von Auslandsanleihen zu Zwecken des Wohnungsbaues einzusetzen. Die Entschließung enthält folgende Begründung:

„Infolge der gänzlichen Stockung des Pfandbriefabsatzes im Laufe des verflossenen Jahres haben die Sparkassen unter Anspannung aller Reserven einspringen müssen, um wenigstens die angefangenen Bauten zu Ende zu führen. Einer auch nur annähernd so großen Leistung sind die Sparkassen im nächsten Jahr nicht mehr fähig. Wenn also der Pfandbriefmarkt im nächsten Jahr nicht wieder auflebt, ist damit zu rechnen, daß nicht einmal die Hauszinssteuermittel ausgeschöpft werden können, weil die ersten Hypotheken nicht zu beschaffen sind."

* * *

Hoffentlich trägt diese Entschließung, die vom preußischen Staatsrat angenommen werden dürfte, dazu bei, daß die kommende Bausaison gründlicher vorbereitet wird als im Vorjahr. Notwendig erscheint vor allem die Aufstellung eines großzügigen Bauprogramms und die Sicherung der Finanzierung. Im Vorjahr hat man sich durch die Flüssigkeit des Geldmarktes täuschen lassen und legte der Aufstellung eines einheitlichen Bauprogramms und dessen Finanzierung wenig Bedeutung bei, weil man annahm, daß sich die Dinge von selbst entwickeln würden. Heute sind die Aussichten angesichts der Lage auf dem Geldmarkt viel ungünstiger als vor einem Jahr. Deshalb ist größere Sorgfalt als je nötig, die Bausaison 1928 vorzubereiten und beizeiten für die Bereitstellung von Mitteln durch Aufnahme von Auslandsanleihen zu sorgen.

Die Forderung der Braunkohlenindustrie auf Verteuerung der Kohle unberechtigt.

Die vor Wochen vom Reichswirtschaftsminister zur Ueberprüfung der Gestehungskosten in der Braunkohlenindustrie eingesetzte Kommission, an deren Spitze Prof. Schmalenbach von der Universität Köln steht, wird, wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, ihre Schlußsitzung am 19. Dezember in Köln abhalten.

Das von der Kommission ausgearbeitete Gutachten dürfte dem Reichswirtschaftsminister wahrscheinlich Anfang Januar zugehen. Die Arbeit der Kommission hat wichtige Beanstandungen der Verdienstspannen im Groß- und Kleinhandel ergeben. Deshalb nimmt man an, daß die Braunkohlenindustrie auf neue Preiserhöhungsanträge verzichtet. Das Gutachten der Kommission weist auch auf die Notwendigkeit weiterer Rationalisierung in der Braunkohle hin.

Der Höchstbetrag des Notenumlaufs der Bank von Danzig. Nach dem Notenprivileg der Bank von Danzig vom 20. November 1923 darf der Höchstbetrag der in den Verkehr gebrachten Noten der Bank von Danzig 100 Gulden auf den Kopf der im Gebiete der Freien Stadt Danzig dauernd ansässigen Bevölkerung nicht übersteigen. Falls der Notenumlauf der Bank von Danzig diese Grenze überschreitet, muß die Mehrausgabe voll in Goldmünzen oder in Noten der Bank von England oder täglich fälligen Forderungen gegen diese Bank, die über englische Pfunde lauten, gedeckt sein. Von der Mehrausgabe der Banknoten ist eine Steuer von jährlich 5 Prozent an die Freie Stadt Danzig zu zahlen. Da die letzte Volkszählung vom 31. August 1924, die eine ortsanwesende Bevölkerung von 383 995 Köpfen ergab, als überholt angesehen werden kann, andererseits nach dem Ausweis der Bank von Danzig vom 31. Oktober 1927 bereits mehr als 38,3 Millionen Gulden Noten im Umlauf waren, schien es erforderlich, eine zahlenmäßige Festsetzung des Höchstbetrages des Notenumlaufes der Bank von Danzig vorzunehmen. Durch Verordnung vom 12. November dieses Jahres gibt der Senat der Freien Stadt Danzig soeben bekannt, daß der Höchstbetrag des Notenumlaufs der Bank von Danzig auf 40 Millionen Gulden festgesetzt wird.

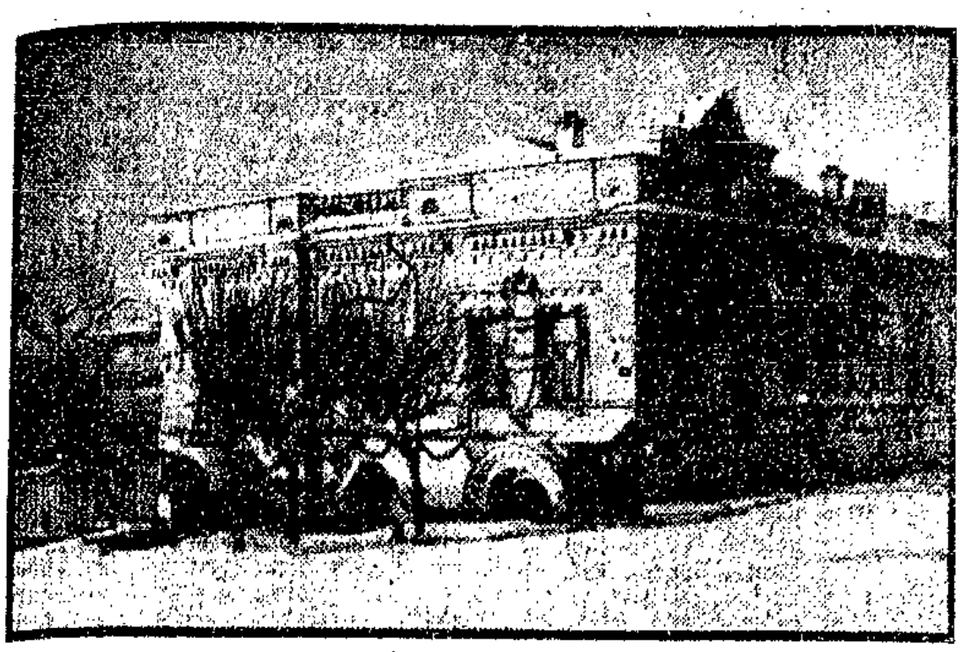
Die Zollsätze für Wein auf deutschen Zollägern. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Preußische Staatsregierung beschlossen, einer im Reichsrat von den Hansestädten eingebrachten Verordnung zuzustimmen, durch die für die etwa 94 000 Doppelzentner betragende Menge bereits auf deutschen Zollägern lagernden Weine aus Billigkeitsgründen dieselben Zollsätze festgesetzt werden, die für das im Handelsvertrag mit Frankreich vereinbarte Weinkontingent gelten. Nach der Sachlage tritt eine Schädigung des deutschen Weinbaues durch diese Maßnahme nicht ein, weil vom 15. Dezember 1928 ab der lagernde Wein ohnedies nach dem Handelsvertrag mit Frankreich dem vertragsmäßigen Weinzoll unterliegt, ohne das noch ein Kontingent besteht, dagegen würde deutsches Kapital zwecklos noch über ein Jahr in den Weinzollägern festgelegt sein, wenn der lagernde Wein jetzt nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann.

Das polnische Einfuhrverbot für Weizen und Weizenmehl ist nunmehr durch die soeben im „Dziennik Ustaw" (Nr. 102) veröffentlichte Verordnung des Warschauer Ministerrats für die Zeit vom 4. bis 31. Dezember dieses Jahres erneuert worden. Ein solches Verbot bestand bereits für die Zeit vom 5. Juli bis 31. August dieses Jahres (vgl. „OWZ." Nr. 16, S. 280/281). Diesmal wird aber dem Finanzminister ausdrücklich die Ermächtigung erteilt, im Einvernehmen mit dem Handelsminister gewisse Mengen dieser Waren hereinzulassen, die im übrigen ohne besondere Erlaubnis des Ministers innerhalb von fünf Tagen nach Inkrafttreten der Verordnung importiert werden dürfen, wenn sie mit Schiff oder Bahn nach dem polnischen Zollgebiet spätestens am Tage vor der Veröffentlichung der Verordnung (24. November) aufgegeben wurden oder bereits am 24. November unter polnischem Zollverschluß lagerten.

Diskontherabsetzung in Finnland. Die Bank von Finnland setzte den Diskontsatz von 6½ auf 6 Prozent herab.

Lettlands Rußlandgeschäft und die deutsche Industrie. Wie zu erwarten war, ist die verhältnismäßig entwickelte lettländische Industrie doch nicht in der Lage, die Bestellungen, die sie infolge des kürzlich zustandegekommenen lettländisch-russischen Handelsvertrages erhalten wird bzw. zum Teil schon erhalten hat, in ihrem Gesamtumfange selbständig zu erledigen. Im Hinblick hierauf haben zunächst Rigaische Firmen der Bekleidungsbranche die ersten Aufträge nach Deutschland, dessen Textilindustrie in diesem Falle hier einzig maßgebend ist, vergeben. Nun sind weitere, größere Bestellungen auf bessere Web- und Strickwaren von hier zu erwarten, nachdem das Finanzministerium die Gesuche der Importeure dahin entschieden hat, daß der Zoll auf die zur Erledigung der russischen Aufträge bestimmten Importtrikotagen bei deren Weiterversand nach Rußland vom Staat den Transitlieferanten zurückerstattet werden soll, allerdings zunächst nur bis zum 1. Juli 1928. Alsdann wird man weiter sehen, wie sich das Geschäft anläßt. Wie sich das neue Lieferungsgeschäft mit anderen Waren abwickeln wird, die der lettländisch-russische Vertrag vorsieht, während Lettland diese Artikel nicht oder nur in unzulänglichem Maße erzeugt, bleibt noch abzuwarten.

Aus aller Welt.



Das Mordhaus als Museum.

Das Haus Ipatew in Jekaterinenburg (Swerdlowsk), in dem am 16. Juli 1918 die Zarenfamilie ermordet wurde, soll von den Sowjets jetzt zu einem Museum der Revolution ausgebaut werden.

Ein schweres Brandunglück

ereignete sich in Weimar in der Dachwohnung eines alten kleinen Hauses in der Friedensgasse. Der Kanarienvogelzüchter Ballon-Georgi ging am Freitag abend in eine Versammlung von Berufsgenossen, seine Frau in die Nachbarschaft zu Bekannten. Spät abends bemerkte eine Nachbarin Brandgeruch bei der Wohnung des Kanarienvogelzüchters. Die Polizei, die rasch mit einem Minimax-Apparat herbeieilte und die Tür einschlug, hielt die Wohnung für leer, da kein Laut ertönte. Erst von der später verzweifelt herbeistürzenden Mutter erfuhr man, daß sich drei Kinder in der Wohnung befanden. Die Feuerwehrleute konnten bisher nur die Leichen eines 1½ Jahre alten Mädchens und eines dreijährigen Knaben bergen, während ein siebenjähriger Knabe bis jetzt noch nicht gefunden werden konnte, da über den Kindern der brennende Dachstuhl zusammengestürzt war.

Das amerikanische Unterseeboot S. 4 untergegangen.

Das amerikanische Unterseeboot S 4 wurde am Sonnabend auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paulding"" gerammt. Wie Augenzeugen berichten, war der Zerstörer „Paulding" gerade im Begriff, in den Hafen einzulaufen, als das Unterseeboot plötzlich vor ihm emportauchte. Da er seine Fahrtrichtung nicht mehr ändern konnte, stießen die Schiffe zusammen. Der Zerstörer „Paulding" erreichte den Hafen mit Wasser im unteren Schiffsraum. S 4 war der Unterseebootsbasis von Newlondon zugeteilt und gehörte zur gleichen Klasse wie das im September 1925 auf der Höhe von Blocksland vom Dampfer „City of Rome" gerammte Unterseeboot S 51, das mit 33 Offizieren und Mannschaften unterging. Von der aus vier Offizieren und 35 Mann bestehenden Besatzung S 4 konnte bisher niemand gerettet werden. Doch scheinen noch einige der Mannschaften am Leben zu sein. Das Marinedepartement wurde benachrichtigt, daß Taucher feststellten, daß sich in dem Torpedoraum des Unterseebootes S 4 sechs Mann am Leben befinden. In das Unterseeboot wurde Luft gepumpt und zwischen den Tauchern und den Leuten im Torpedoraum durch Klopfzeichen eine Verständigung herbeigeführt.

Der Reparationsagent Parker Gilbert,

der die endgültige Festsetzung der deutschen Gesamtschuld verlangt.

Das Versteck für die Beute der Brandenburger Raubmörder

ist von der Berliner Mordkommission bei einer kleinen Birke am Sielow-Kanal aufgefunden worden. Man fand eine Aktenmappe, die 15 Bündel in Zehn- und Zwanzigmarkscheinen, zu je 1000 Mark enthielt. Das 16. Bündel hatten die Verbrecher bei sich behalten. Im ganzen hatten die verhafteten Raubmörder Erich und Willi Schmidt aus der Wohnung des ermordeten Brauereibesitzers Julius Freydank 16 000 M. geraubt. Die Verbrecher haben nunmehr zugegeben, daß es sich um einen wohlüberlegten Plan handelte.

Spurlos verschwunden

ist ein Berliner Juwelier, der in der Friedrichstraße ein Juwelen- und Uhrengeschäft betrieb. Man vermutet, daß er wegen hoher Schulden flüchtete. Der Juwelier, namens Solna, hat in den letzten Tagen eine Reihe von fälligen Wechseln nicht eingelöst. Als ein Gläubiger Solnas Wohnung aufsuchen wollte, war diese verschlossen. Der Gläubiger erfuhr von Frau Solna, daß ihr Mann mit unbekannten Zielen verreist sei. Es heißt, der Juwelier sei mit einer halben Million ins Ausland geflüchtet.

Wie durch ein Wunder dem Tod entronnen

ist der Chauffeur eines Autos auf der Station Rehbrücke bei Potsdam. Am Freitag abend gegen acht Uhr fuhr in dem Augenblick, als der Beamte der Station Rehbrücke die Schranken herunterließ, der Chauffeur Alois Hertwig aus Potsdam in scharfer Fahrt durch die erste Schranke. Das Auto blieb zwischen den Schranken auf dem Gleis stehen. In demselben Augenblick nahte der Personenzug. Das Auto wurde erfaßt und vollständig zertrümmert. Der Chauffeur blieb auf seinem Sitz unverletzt sitzen, obwohl hinter ihm das Auto weggerissen und zerstört worden war.

Flammentod in einer Notwohnung.

Sonnabend nachmittag wurde in Stolp (Pommern) die Feuerwehr zu einem Schuppenbrand gerufen. Nach Beendigung der Löscharbeiten fand man die vollständig verkohlte Leiche eines 65 Jahre alten Schlossers unter dem Brandschutt. Der Schlosser hatte in dem Schuppen eine Notwohnung. Die Ermittlungen ergaben, daß er nachmittags betrunken nach Hause gekommen war. Dabei muß er eine an der Wand hängende Stallampe heruntergerissen haben, die das Strohlager des Schlossers und den ganzen Schuppen in Brand gesetzt hat.

Unglück auf dem Mustiner See.

Am Freitag ereignete sich auf dem Mustiner See ein schweres Unglück, dem ein Fischer mit seinem Gehilfen zum Opfer fielen. Der Fischereipächter Jantzen hatte sich mit seinem Gehilfen an den See begeben, wo am Tage vorher auf dem Eise gefischt worden war. Beide kehrten am Abend nicht mehr zurück. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie in den Eislöchern ertrunken sind. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden. Der Fischereipächter hinterläßt seine Frau und drei unmündige Kinder.

Ein gräßliches Unglück

ereignete sich am Sonnabend gegen 8 Uhr früh auf dem Bahnhof Pyritz in Pommern. Dort war der 18jährige Molkereilehrling Sperling mit dem Verladen von Milchkannen beschäftigt. Als der Molkereilastwagen beim Anfahren gegen die Tür des Güterwagens fuhr, schlug die Tür zu und quetschte dem hinausschauenden Lehrling den Kopf ab. Der Verunglückte war auf der Stelle tot.

Ein Kapitalverbrechen

wurde in der Nacht zum Freitag in Greifenhain (Niederlausitz) nahe bei Calau verübt. Der 82jährige Landwirt und Uhrmacher Friedrich Lieske, der seit einem Jahre allein in seinem Hause wohnte, wurde gegen Mitternacht von bisher unbekannten Tätern aus seinem Bett geschleift und erdrosselt. Die Verbrecher plünderten das ganze Haus. Die Tat wurde erst jetzt von einem Briefträger entdeckt, der dem alten Mann eine Geldsendung zustellen wollte. Er fand den Greis, an Händen und Füßen gefesselt, auf dem Fußboden liegend vor. Ueber den Kopf war ihm ein Sack gezogen. Der Briefträger benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei. Von der Berliner Kriminalpolizei hat sich der Kriminalkommissar Draeger nach Greifenhain begeben. Der ermordete Landwirt besaß ein großes Vermögen.

Für 4000 Mark Schmucksachen gestohlen.

Sonnabend morgen gegen 2 Uhr haben mehrere Einbrecher die Schaufensterscheibe des Uhren- und Goldwarengeschäftes H. Ritter in der Friedrichstraße 11 in Stuttgart eingedrückt und die dort ausliegenden Schmucksachen, in der Mehrzahl Damen- und Herrenuhren, im Werte von 4000 Mark gestohlen. Die mit den Verhältnissen anscheinend vertrauten Diebe konnten unerkannt entkommen, da der Einbruch erst gegen 5 Uhr bemerkt wurde.

Zwei Fabriken abgebrannt.

Im Mischraum der Firma Textilindustrie Niederrhein, A.-G., in der Körmonderstraße in München-Gladbach entstand aus bisher unbekannter Ursache ein Großfeuer, das an den Baumwollvorräten reiche Nahrung fand und sehr schnell um sich griff, so daß der ganze Mischraum, in dem sich noch viele Arbeiter befanden alsbald in hellen Flammen stand. Alle Arbeiter retteten sich bis auf einen, der von den Flammen eingeschlossen war und gellende Hilferufe erschallen ließ. Er wurde schließlich von der Feuerwehr durch ein Fenster aus seiner gefährlichen Lage befreit. Der Brand wurde nach längerer Tätigkeit der Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt. Der Schaden, der sehr groß ist, ist durch Versicherung gedeckt.

In der Räucherei der Firma H. Pferdemenger jr., A.-G., an der Schloßmühle in Rheydt-Gewicken brach aus unbekannter Ursache Feuer aus, das in kurzer Zeit auf die Gerberei übergriff. Der Brand, der bedenkliche Ausdehnung anzunehmen drohte, wurde auf seinen Herd beschränkt. Halbfabrikate, eine Anzahl Maschinen und Gebäudeteile wurden von dem Feuer zerstört, so daß der Schaden sehr groß ist. Der Betrieb wird jedoch weiter geführt.

Liebestragödie.

In Neuen bei Pawonkau unterhielt die achtzehnjährige Landwirtstochter Gawlitta mit einem aus Kempen (Posen) stammenden jungen Mann ein Liebesverhältnis. Da ihre Eltern gegen eine Heirat waren, beschloß sie aus dem Leben zu scheiden. Am Sonntag abend entfernte sie sich aus dem Elternhaus. Am Montag früh fand man sie im Garten tot liegen. Mit ihrem Einverständnis hat ihr Geliebter zuerst sie und sich selbst erschossen.

Ueber den gewaltsamen Tod des Habsburger Kronprinzen Rudolph

hat in der Wiener „Neuen Freien Presse", Professor Dr. Gärtner neues Material veröffentlicht, worin er gegenüber der Darstellung, der Kronprinz sei von dem Rennstallbesitzer Baltazzi durch Kolbenschläge auf den Kopf getötet worden, zu einer völlig entgegengesetzten Auffassung kommt. Die Aerzte, die den Leichnam Rudolphs obduziert hatten, sollten auf Geheiß des Hofes Herzschlag als Todesursache angeben. Sie weigerten sich jedoch, eine Lüge mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen, denn die Obduktion hatte, wie aus dem Protokoll der Aerzte hervorgeht, ergeben, daß sich der Kronprinz durch einen Schuß des dicht an die Schläfe angesetzten Jagdstutzens entleibt hatte.

Einen bösen Reinfall

erlebte dieser Tage in Wien ein ungetreuer Ehemann. Seine Frau hatte in Erfahrung gebracht, daß er sie mit einer Nebenbuhlerin betrüge. Eines schönen Morgens begab sich die betrogene Frau in Begleitung ihrer Schwiegermutter zur Wohnung der Nebenbuhlerin. Diese öffnete im tiefsten Negligee. Die beiden Besucherinnen stürzten an der überraschten Nebenbuhlerin vorbei in die Wohnung und fanden hier den ungetreuen Ehegemahl in einer Toilette, die jede weitere Erklärung überflüssig machte.

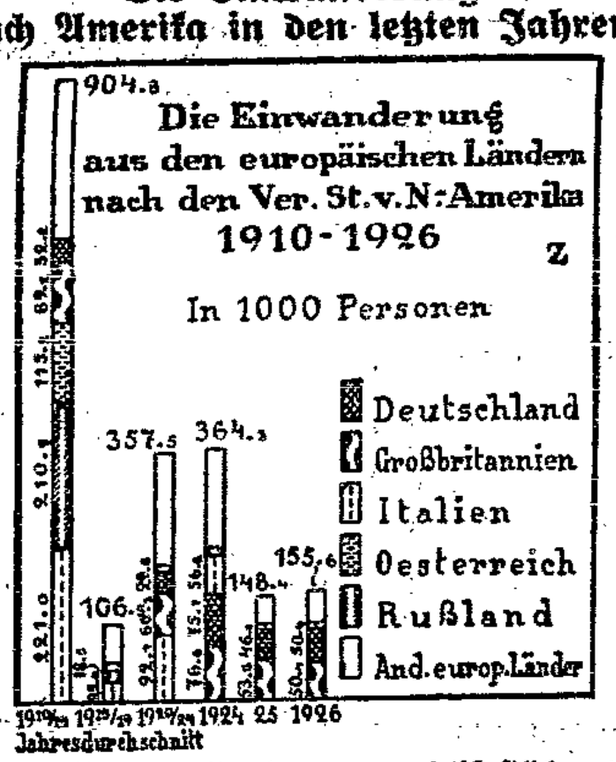
Einstellung der Schiffahrt auf der Zuidersee.

Wegen des starken Frostes und Eisgangs ist die gesamte Schiffahrt auf der Zuidersee eingestellt worden. Die Fischerei wurde ebenfalls völlig eingestellt. Auch in der gesamten Binnenschiffahrt sind infolge starken Eisganges große Störungen zu verzeichnen.

Autozusammenstoß bei Paris.

Sonntag vormittag stießen im Bois de Vincennes bei Paris zwei in rasender Geschwindigkeit fahrende Automobile zusammen. Der eine der Wagen ging in Flammen auf. Seine Insassen, ein Ehepaar, verbrannten vor den Augen der herbeigeeilten Spaziergänger, ohne daß ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Die Einwanderung nach Amerika in den letzten Jahren.



In der Vorkriegszeit, als es uns wirtschaftlich gut ging, war die Einwanderung aus Deutschland gering, damals standen Italien und Rußland an erster Stelle. In der Kriegszeit gab es natürlich keine deutsche Einwanderung, doch stieg sie in der Inflationszeit wieder rasch. Nun ist sie stabil geworden und steht neben der englischen Einwanderung an erster Stelle, während Italiener und Russen, die als Faschisten und Kommunisten in Amerika nicht beliebt sind, kaum noch hingelassen werden.

Eröffnung der größten Steinbrüche Europas.

Ein Viadukt über die Ravennaschlucht.

Zum ersten Male ist der Höllentalzug Freiburg-Donaueschingen über das Viadukt dieser Bahnlinie bei der Station Höllsteig gefahren. In starker Steigung verbindet die neue Linienführung ohne Kurve einen Berg mit dem andern. Auf neun gewaltigen Stützungen aus Granit von je 20 Meter Spannweite überschreitet die Brücke das tief unten liegende Tal des Ravennabaches. Die Baukosten beliefen sich auf 1,5 Millionen Mark.

Aus Schlesien.

Ergötzlicher Aerger!

Nachklänge zur Oppelner Bürgermeisterwahl.

In Oppeln wurde am Freitag der Genosse Dr. Berger gegen die Stimmen des Zentrums zum Oberbürgermeister gewählt. Dabei hat sich die dortige kommunistische Stadtverordnetenfraktion von einer erfreulichen, aber leider sonst sehr seltenen realpolitischen Einsicht geleitet, für den sozialdemokratischen Kandidaten eingesetzt und damit eine wesentliche kommunalpolitische Position dem Einfluß der Arbeiterklasse erhalten. An dieses Eintreten haben die Kommunisten einige „Bedingungen" geknüpft — wie hätten sie sonst diese parlamentarisch-reformistische Taktik auch ihren Parteimitgliedern gegenüber rechtfertigen sollen? — denen unsere Genossen um so leichter zustimmen konnten, als sie lediglich Selbstverständlichkeiten sozialistischer Kommunalpolitik aussprechen. Bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen waren wohl im wesentlichen die persönliche Qualifikation des Kandidaten und ihre oppositionelle Stellung zu dem in Oberschlesien allmächtigen Zentrum für die Stimmabgabe maßgebend, was den beiden bürgerlichen Parteien — nicht zu Unrecht — bittere Vorwürfe der oberschlesischen Zentrumspresse über mangelndes bürgerliches Klassenbewußtsein einträgt.

Die sich hierbei entspinnende Polemik zwischen der deutschnationalen „Oberschlesischen Morgenpost", die natürlich die Haltung ihrer Parteifreunde zu decken gezwungen ist, und der katholischen „Oberschlesischen Volksstimme" ist ebenso ergötzlich wie der unverhehlte Aerger der „Oppelner Nachrichten" über diesen unerwarteten Ausgang der Bürgermeisterwahl. Die „Oppelner Nachrichten" veröffentlichten schon am Sonnabend unter der vielsagenden Ueberschrift „Ein teurer Kaufpreis" die von der Sozialdemokratie den Kommunisten gegenüber abgegebene Erklärung und behaupten, die Deutschnationalen seien „einem schlauen Vogelsteller ins Garn gegangen, während die „Oberschlesische Volksstimme" nicht weniger als 2½ Spalten ihrer Sonntags-Nummer darauf verwendet, einesteils den aus der Front des Bürgerblocks ausgebrochenen Deutschnationalen und anderenteils den bösen Sozialdemokraten die Leviten zu lesen. Gegen einen Sozialdemokraten an sich und gegen die sachliche Qualifikation Dr. Bergers im besonderen hätte das Zentrumsorgan nichts einzuwenden, nein, nur wenn Genosse Dr. Berger eben nicht auf einer kommunistischen Brücke in das Oppelner Rathaus einzuziehen verschmäht hätte. Dieser fürchterliche Verstoß gegen den gottgewollten Zentrumswillen nimmt die genannte Zeitung so übel, daß sie in folgenden Worten mit dem Bruch der preußischen Koalition droht:

> Wir halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Sozialisten in Preußen nicht vermöge ihrer eigenen Stärke regieren und daß die oberschlesischen (!) Zentrumsabgeordneten des Preußischen Landtages für sich allein zahlenmäßig so stark sind, um eine Koalition ein Ende zu machen, die im Lande ihren eigenen Grundsätzen ins Gesicht schlägt.

* * *

Wir sind weit davon entfernt, diese Ankündigung des Disziplinbruchs in der Zentrumsfraktion des Landtags besonders ernst zu nehmen, denn der autoritative Geist dieser Partei ist stark genug, um die Einflüsse oberschlesischer Kirchtumspolitik zum Schweigen zu bringen, wenn das sonstige Interesse an der Koalition mit uns noch stark genug ist, aber wir stellen diesen Liebenswürdigkeiten gegenüber fest, daß die preußische Koalition weder den proletarischen Klassencharakter der Sozialdemokratie zu verändern imstande ist, noch etwa besagt, daß man sich in Oppeln oder in Posemuckel in jeder Beziehung nach dem Willen der Zentrumspartei zu richten habe.

Freispruch im Prozeß Krause.

Im Sommer dieses Jahres war der Rechtsanwalt und Notar Dr. Krause vom Großen Schöffengericht in Schweidnitz zu acht Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Man hatte ihn in einem sensationellen Verfahren Konkursvergehen, Untreue, Betrug und Unterschlagung gegenüber einigen Leuten, die bei ihm Hilfe suchten, zur Last gelegt. Dr. Krause legte gegen das Urteil Berufung ein. Unter Aufgebot eines ungeheuren Zeugenapparates wurde nun die ganze Angelegenheit nochmals vor der Großen Strafkammer in Schweidnitz verhandelt, wobei der Angeklagte im wesentlichen freigesprochen und lediglich wegen einem Konkursvergehen zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Die Kosten dieses Riesenprozesses trägt die Staatskasse.

Wild-West in Beuthen.

Am Sonnabend abend wurde ein Wechselstubenbesitzer in der Krakauer Straße in Beuthen auf der Treppe zu seiner Wohnung von zwei Banditen überfallen, die ihn mit vorgehaltenem Revolver aufforderten, seine Kasse abzuliefern. Der Ueberfallene schlug dem einen der beiden Räuber geistesgegenwärtig die Waffe aus der Hand, worauf sich zwischen ihm und den beiden Männern ein heftiges Ringen entspann, in dessen Verlauf er und seine Frau die Treppe hinuntergestoßen wurden. Durch die aufmerksam gewordenen Hausbewohner wurden die beiden Banditen schließlich zur Flucht gezwungen. Die sofort benachrichtigte Polizei hat bisher noch keine Fährte der Entflohenen feststellen können. Das überfallene Ehepaar mußte wegen der durch den Kampf erlittenen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Zabrze. **Durch Kohlenoxydgase vergiftet.** In der Wohnung des Kaufmanns Ulbrich strömten nachts aus dem Ofen Kohlenoxydgase aus, wodurch vier Mitglieder der Familie betäubt wurden. Man fand sie am Morgen im bewußtlosen Zustande in ihren Betten liegend auf. Bei der Mutter und bei einem Kinde sind die Folgen der Gasvergiftung nicht schwerer Natur, während der Kaufmann Ulbrich noch in bedenklichem Zustande im Krankenhause liegt. Der neunjährige Sohn der Familie starb noch bei der Behandlung durch den Arzt.

Tworkau. **Brutale Lehrlingsbehandlung.** Der Lehrling Heim, welcher in einer hiesigen Stellmacherei arbeitete, hatte einen Geldbetrag entwendet. Aus diesem Grunde wurde er so verprügelt und besonders auf den Kopf geschlagen, daß er nach ärztlicher Untersuchung in die Bunzlauer Irrenanstalt überführt worden ist, da er Anzeichen geistiger Gehörtheit aufwies.

Bolkenhain. **Eine Belehrung des Landrats durch den Oberpräsidenten.** Vor einiger Zeit wählte der Kreistag des Kreises Bolkenhain den Gemeindevorsteher Müller in Wernersdorf zum Amtsvorsteher für den Bezirk Mergdorf und zu seinem Stellvertreter den [illegible] Kreisvertreter, Gerichtsmann Fröhlich aus Mergdorf. Der Landrat Dr. Kiesebusch führte jedoch den Beschluß nicht durch, sondern erreichte, daß während der Erkrankung des Oberpräsidenten Zimmer die Bestätigung der beiden Gewählten nicht erfolgte. Daraufhin wurde in einer außerordentlichen Kreistagssitzung von der Mehrheit der Kreisvertreter das Mißtrauen ausgesprochen und die Wahl von Müller und Fröhlich noch einmal vorgenommen. Jetzt hat der Oberpräsident die Gewählten bestätigt und damit dem Herrn Landrat bewiesen, daß er sich den Beschlüssen des Kreistages zu fügen hat.

Liegnitz. **Petrie in die Irrenanstalt überführt.** Auf Veranlassung des Kreis-Medizinalrates Dr. Straube ist der ehemalige Primaner Petri, der die Unterprimanerin Hanke erschossen hat, aus dem hiesigen Untersuchungsgefängnis in die Provinzialheilanstalt Lüben gebracht worden. Nach Ansicht Dr. Straubes handelt es sich bei Petri um einen gemeingefährlichen Geisteskranken. Von dem Ergebnis der Beobachtung in Lüben wird es abhängen, ob überhaupt eine Anklage auf Mord vor dem Jugendgericht wird erhoben werden können.

Primkenau. **Bei der Arbeit tödlich verunglückt.** Der hier wohnhafte Installateur Hermann brachte am Hause eines Fleischermeisters in Henriettenhütte eine Antenne an. Dabei arbeitete der 16jährige Klempnerlehrling Senftleben auf dem Dachfirst. Durch einen Fehltritt stürzte er plötzlich herunter und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Oppeln. **Bestialischer Raubmord.** Sonnabend nacht wurde in Ellguth-Proskau der Gastwirt Laz von unbekannten Tätern überfallen und auf bestialische Weise ermordet. Der Kopf war gespalten und der Leichnam noch an einem Strick aufgehängt. Dem Ermordeten wurden 600 Mark geraubt.

Der Bezirksvorstand beruft hiermit zu

Sonntag, den 29. Januar 1928, vormittags 10 Uhr,

nach Breslau ins Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, eine

Bezirks-Frauen-Konferenz

ein.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Reichstagsabgeordneten Genossin Marie Juchacz-Berlin, Mitglied des Parteivorstandes, über: **„Erwerbsarbeit — Hausfrauenarbeit — ihre Bedeutung für Wirtschaft, Politik und Sozialismus".**
2. **„Wie werben wir unter den Frauen für die Partei und bei den Wahlen."** Referentin: Stadtverordnete Genossin Zils-Eckstein.

Der Bezirksvorstand hat sich dem vielfachen Verlangen nach einer besonderen Frauen-Konferenz für den Bezirk nicht verschließen können. Die Wahlen im kommenden Jahre erfordern auch die aktivste Mitarbeit der Genossinnen. Den Vorbereitungen hierzu soll auch diese Konferenz dienen. Jede Ortsgruppe sollte zu derselben wenigstens eine Genossin, größere mehrere delegieren. Mindestens aber ist die Vertretung jedes Kreises erforderlich. Anmeldung der Delegierten muß bestimmt bis 20. Januar 1928 an das Bezirks-Parteisekretariat, Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 37, erfolgen.

Als Gäste zu dieser wichtigen Tagung sind alle Genossinnen aus Stadt und Land eingeladen. **Der Bezirksvorstand.**

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Stützen der Gesellschaft!

Ein Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher unterschlägt Erwerbslosengelder und sitzt über andere zu Gericht.

Merkwürdig still ist es stets im nationalen Blätterwald der Provinz, wenn irgendwo einer ihrer Gesinnungsgenossen mit den Strafgesetzen in Konflikt kommt, während ihre Empörung stets in hellen Flammen lodert, wenn etwa ein armer Teufel, dem die kapitalistische Gesellschaftsordnung des moralischen Halts beraubt hat, etwas ausgefressen hat. So ist auch in den örtlichen Blättchen nichts von jenem Fall zu lesen, der sich kürzlich in Bischdorf, Kr. Neumarkt, zutrug. Dort hat der Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Richter sich der Erwerbslosenfürsorge bedient, um seine Einnahmen zu stärken, Namen gefälscht und Ausgeschiedene in den Listen weitergeführt.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß noch ergänzend mitgeteilt wird, hat dieser saubere Herr, obwohl das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet ist, am vergangenen Sonnabend bei einer Tagung des Erweiterten Schöffengerichts in Breslau als Schöffe fungiert. Wir sind wirklich gespannt, ob die bekannte Rührigkeit und Strenge unserer Justiz hinreicht, gegen diese geradezu ungeheuerliche Frechheit entsprechend vorzugehen.

Jannowitz. **Untergang eines Schleppdampfers.** Am 14. Dezember, nachts 3 Uhr, ging hier der Seitenrad-Schleppdampfer „Irma" aus noch nicht geklärten Ursachen unter. Menschenleben sind erfreulicherweise nicht zu beklagen. Die Bergungsarbeiten werden durch den Eisgang stark behindert.

Canth. **Den Kameraden vom Tode gerettet.** Auf dem Gutsteich von Groß-Schottgau spielten zwei kleinere Knaben, als plötzlich die sehr dünne Eisdecke einbrach. Während der eine Junge einbrach, legte sich der andere kleine Kerl ganz sachgemäß flach auf das Eis und zog mit großer Anstrengung den Freund heraus. Der kluge kleine Lebensretter ist der erst vierjährige Sohn des Schaffners Hielscher aus Groß-Schottgau.

Klein-Brein. **Ein Fuhrwerk vom Zuge erfaßt.** Unglaublichen Leichtsinn legte der Führer eines Fuhrwerks an den Tag, als er die geschlossene Bahnschranke selbst öffnete. Im gleichen Augenblick fuhr der Zug gegen das Fuhrwerk, seine zwei Pferde wurden sofort getötet und der Wagen zertrümmert. Der Führer des Gespanns kam mit dem Schrecken und dem Schaden davon.

Werbt

Das Blatt der Werktätigen

monatlich 2,10 frei ins Haus

für die Volkswacht

Soziales.

Arzneimittelunwesen und Krankenkassen.

Gegen gewisse Maßnahmen der Krankenkassen zum Schutz gegen Auswucherung durch gerissene Spekulanten, und besonders durch das in der chemischen Industrie arbeitende Groß-Kapital, laufen die Interessenten in der bürgerlichen Presse gewaltig Sturm. Besonders die Eigenbetriebe der Krankenkasse (Selbstabgabe von kleinen Heilmitteln, Licht- und Wasserbehandlungsinstitute, Zahnkliniken u. dgl.) sind Gegenstände schwerster Angriffe, der Profit ist bedroht.

Leider lassen sich, wie die „Welt am Abend" in einem Artikel durchaus richtig feststellt, sehr viele Kassenmitglieder von jenen Interessenten für deren höchst eigennützige Interessen einfangen, weil sie die Bestimmung und den Nutzen der Eigenwirtschaftsbetriebe der Krankenkassen wie aller sonstigen Abwehrmaßnahmen nicht erkennen. Beispielsweise erblicken viele Versicherten auch hinter dem seit Jahren von einer Kommission von Aerzten, Apothekern und Krankenkassenvertretern für Groß-Berlin herausgegebenen Arzneiverordnungsbuch fälschlich eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Interessen.

Dieses Arzneiverordnungsbuch hat aber durchaus nicht den ihm angedichteten Zweck, den behandelnden Arzt daran zu hindern, wirklich notwendige Medikamente zu verordnen. Es will aber verhindern, daß Patienten und Krankenkassen von den Arzneimittelfabrikanten schamlos ausgebeutet werden. Zurzeit existieren nach vorsichtigen Schätzungen etwa 20 000 „Spezialitäten", die von der chemischen Industrie in Tablettenform, Tuben oder ähnlich hergestellt werden und die die Medikamente in flüssiger oder pulverisierter Form, wie sie in den Apotheken hergestellt werden, ersetzen sollen. Für diese Spezialitäten wird eine ungeheure und überaus kostspielige Reklame gemacht, die Aerzte werden mit Gratissendungen bedacht und durch Angebot von Vorteilen an der massenweisen Verordnung solcher Spezialitäten zu interessieren versucht. Diese Spezialitäten aber kosten das Vielfache der wirklichen Herstellungskosten und betreffen unter allerhand irreführenden und bombastischen Bezeichnungen oft ein und dasselbe. Hier greift nun das Arzneiverordnungsbuch ein, indem es nur wirklich erprobte und anerkannte Heilmittel zuläßt, für deren Heilwirkung die Sachkunde der prüfenden Fachleute birgt. Selbstredend ist dem behandelnden Arzt freigestellt, unter einer Reihe von gleichwertigen Arzneimitteln nach eigenem Ermessen eine Wahl zu treffen.

Um welche Riesenprofite es sich aber bei dem sehr durchsichtigen Kampf des Großkapitals gegen die Abwehrmaßnahmen der Krankenkassen handelt, erfährt man aus folgenden Bekundungen:

Professor Finger in Wien machte kürzlich in einem Vortrage in der Gesellschaft der Aerzte in Wien darauf aufmerksam, daß ein Kilo Salvarsan den fabrizierenden „Höchster Farbwerken" etwa 200 Mark Herstellungskosten verursache, aber von den Fabrikanten an die wieder verkaufenden Apotheken mit 8000 Mark abgegeben und von diesen zum Preise von 16 000 Mark an die Krankenkassen bzw. an die Kranken weiterverkauft wird.

Der Vorsitzende des Deutschen Apothekerkammer-Ausschusses, Dr. Th. Meinecke, kritisierte diese Zustände kürzlich in einem vielbemerkten Artikel in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift", indem er darauf hinwies, daß beispielsweise eine Mixt. Kalium Jodata, durch die Apotheken hergestellt, 2 Mark kostet und sieben Gramm Jod enthält. Dieselbe Menge Jod, in Form einer bekannten Tablettenspezialität (wozu sieben Röhrchen Jod à 2 Mark verordnet werden müssen), kostet dann aber 14 Mark, das heißt das Siebenfache.

Herr Dr. Meinecke berichtet auch, daß ihm aus der Kalkulation einer Firma bekannt geworden sei, daß die Herstellungskosten einer bestimmten Tablettenspezialität 300 000 Mark betragen hätte, für Propaganda seien jedoch allein 1 500 000 Mark aufgewendet und schließlich ein Reingewinn von 200 000 Mark erzielt worden, sodaß auch hier wiederum eine Verfiebenfachung des Preises erfolgte sei.

Ein anderes fabrikmäßig hergestelltes Mittel „gegen Rheumatismus und alle möglichen Krankheiten" muß der Apotheker allein im Einkauf mit 2 Mark bezahlen, während er selbst das Mittel für 20 Pfennige herzustellen in der Lage sein würde. Weitere Verteuerungen aller solcher Spezialitäten treten in den Fällen ein, wo Patente, Muster- und Namensschutz eine Rolle spielen. Gegen solche Auswucherung der Krankenkassen schützt kein Staatsanwalt, sondern nur die Selbsthilfe der Krankenkassen und ihre einsichtsvolle Unterstützung durch die Versicherten. M.

Breslauer Produktenbörse vom 17. Dezember.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 17. Dezember 1927 gezahlten Preise in Reichsmark per Doppelzentner (nur für Kartoffeln mit der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz: Getreide Freundlicher. — Mehl: Freundlich. — Sämereien: Rotklee matter.

Amtliche Notierungen (100 kg).

Getreide	17	16	Oelsaaten	17.	16.
Weiz. 74 kg G.G.*	25.60	25.60	Winterraps*	—,—	34.00
Roggen 71 kg*	25.40	25.20	Leinsamen*	—,—	37.00
Hafer*	20.10	20.00	Senfsamen*	—,—	23.00
Braugerste, gute	27.00	27.00	Hanfsamen*	—,—	36.00
Braugerste*	25.00	25.00	Blaumohn*	—,—	66.00
Industriegerste einschl. Winterg.*	22.00	22.00	* Mittlere Art und Güte.		

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	17.	16.		17	16.
Weizenmehl	36.00	36.00	Auszugmehl	41.75	41.75
Roggenmehl	35.75	35.50			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., feinere Sorten werden höher bezahlt.

Sämereien, Landware (für 50 kg).

	Durchschnittsware (Landware)	Durchschnittsware (gereinigt)		Durchschnittsware (Landware)	Durchschnittsware (gereinigt)
Rotklee	55.00	85.00	Timothe	15.00	25.00
dto. poln.	—,—	—,—	Tannenklee	—,—	—,—
Weißklee	—,—	—,—	Luzerne, Prov.	—,—	—,—
Schwedenklee	70.00	90.00	Raygras	—,—	—,—
Gelbklee	—,—	—,—	Serradello	—,—	—,—
Inkarnatklee	—,—	—,—			

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Keimfähigkeit entsprechend höher.

Alles letzte Ernte und in ändische Saaten, außer Luzerne.

Wasserstand

19. Dezember

Ratibor	1.60	Ranern (Unter-Pegel)	1.94
Neiße (Stadt) vom 18. 12.	0.78	Dyhernfurth	1.06
Reissemündung (Unter-Pegel)	0.88	Abflußmenge sekundlich 57 cbm	
Brieg (Malzenkran)	2.02	Fürstenberg vom 18. 12.	0.53
Trebchen	1.22	Wassertemperatur + 0°	

Eure Filmberichterstattung

ist die

„Volkswochenschau"

aktuell, interessant, unterhaltend, wichtig und belehrend. Aufnahmen aus aller Welt mit besonderer Berücksichtigung der sozialen, kulturellen und politischen Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung des In- u. Auslandes.

Fordert in allen Kinos die „Volkswochenschau". Begünstigt die Kinos, die die „Volkswochenschau" bringen

Filmgemeinschaft „Volkswochenschau", Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Arbeiter-Sportbewegung

Naturwissenschaftliche Arbeit der Naturfreunde.

Als vor mehr als 32 Jahren weitschauende Sozialisten in Wien den Touristenverein „Die Naturfreunde" ins Leben riefen, taten sie es in dem Bewußtsein, damit den Arbeitern kommender Zeiten reiche Naturerlebnisse und die Möglichkeit tiefschürfender Bildungsarbeit zu erschließen. Mit einfachen gesundheitlichen Werten wurden solche ästhetischer Natur verbunden. Mit der Heimatliebe zog zugleich der Erkenntniswille in die Arbeiterherzen. Das aber wurde beispielgebend für die Entwicklung der Naturfreundebewegung in allen Ländern.

Vielfältig war in drei Jahrzehnten das Leben in den Reihen der Naturfreunde, vielfältig wurde auch die Arbeit. Auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Tätigkeit war das Eindringen in die Probleme am schwierigsten. Dennoch sind im Laufe der Jahre prächtige Erfolge zu verzeichnen. Aus dem Erlebnis wuchs die Erkenntnis. Der tieferschürfende Drang gestaltete praktische Bildungstätigkeit in allen Gruppen und Gauen. Anfangs waren es nur einzelne, besonders Interessierte, denen Geologie und Botanik Inhalt ihrer Naturfreundebetätigung geworden war. Doch schon vor dem Kriege fanden sich auch in Deutschland kleine Gruppen zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Persönliche Sammlungen, an deren Hand sich Diskussionen aufbauten, förderten die Arbeitsfreude. Nach dem Weltkriege aber gab die Volkshochschulbewegung allerorten besondere Anregungen zu solcher Tätigkeit. Naturkundegruppen entstanden. Mühsam zusammengestellte Ausstellungen zeigten einiges von diesem Arbeitsfeld im Rahmen der gesamten Naturfreundearbeit. Besondere Behandlung fanden dabei Geologie, Botanik und Zoologie; Vorgeschichte fand sich dazu.

Erst die letzten vier Jahre haben das Bild abgerundet. Kultur- und Kunstgeschichte, soziales Wandern und die Fragen der soziologischen Gebundenheiten in Pflanzen- Tier- und Menschenwelt gestalteten die Erkenntnisse klarer. Hierfür bot geradezu die sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsforschung in der Arbeiterbewegung vorzügliche Unterlagen. In den zu Dutzenden in allen Gauen Deutschlands veranstalteten Ausstellungen der Naturfreunde fand diese Arbeit praktischen Niederschlag für die Oeffentlichkeit. Allgemeine Anerkennung fanden u. a. die Ausstellungen der rheinischen Naturfreunde, so eine große zoologische Ausstellung in Düsseldorf 1924 mit sämtlichen Arten der in Deutschland lebenden Lurche und Kriechtiere. Eine gleiche Veranstaltung lenkte im Juli in Neuß die Aufmerksamkeit auf sich. Ebenso prächtige Erfolge verzeichneten die Thüringer in Halle, Erfurt, Schmölln und anderen Orten. Im November erst konnte sich die Oeffentlichkeit an der großen Ausstellung der badischen Naturfreunde „Unsere Heimat" in Karlsruhe erfreuen. Die gleiche Anerkennung fand die Ausstellung in Frankfurt a. M. zur Arbeiter-Olympiade 1925. Was hier der Oeffentlichkeit in logischem Aufbau gezeigt wurde, konnte natürlich überall nur in mühseliger Forschertätigkeit nach des Tages Last und Mühen an den Gruppenabenden und bei den Wanderungen erarbeitet werden. Etwa 100 Naturkundegruppen und ähnliche Arbeitsgemeinschaften fördern heute in Deutschland diese wichtige Bildungstätigkeit der Naturfreunde. In den Gruppen wird leibig forschend und streng wissenschaftlich gearbeitet. Die Erkenntnisse aber finden dann in den allgemeinen Gruppenabenden der Naturfreundeortsgruppen eine populäre und doch tiefgehende Auswertung für die Gesamtmitgliedschaft. Zur besonderen Anregung konnten die rheinischen Naturfreunde in Haan, die badischen in Istein ein Ortsmuseum eröffnen. Den Rheinländern wurde darüber hinaus in Haan ein Naturschutzgebiet zur Erforschung der Sumpfflora überlassen. Auch die Vorgeschichte fand im Rheinland und in Thüringen (Neandertal und Weimar) vorzügliche Unterlagen für ihre Tätigkeit in der gegebenen Landschaft.

Wahre Zentren solcher wissenschaftlicher Arbeit in den Reihen der Arbeiter-Naturfreunde wurden dabei besonders Düsseldorf, Haan, Nürnberg, Gera, Jena, Weimar, Stuttgart, Karlsruhe und Istein. Auch zu einer Zusammenfassung der gesamten Arbeit auf diesem Gebiete kam man im letzten Jahre durch die Gründung einer Reichsarbeitsgemeinschaft für Natur- und Volkskunde. Die Zentralstelle befindet sich in Nürnberg. Ihre leitenden Mitglieder in Berlin, Düsseldorf, Ettlingen (Baden), Frankfurt a. M. und Gera halten die Verbindung zu den verschieden gearteten praktischen Arbeitsbedingungen in den einzelnen Landschaftsgebieten. Hier wird für die Zukunft das Sammelbecken der Arbeitsergebnisse sein, um zu läutern und zu sichten und allen Gebieten gleichermaßen den Gesamtüberblick über Werden und Vergehen in der Natur zu bieten. In der Auswirkung dieser Naturfreundearbeit aber haben wir den logischen Unterbau, aus der Naturerkenntnis heraus entwickelt, für die Bildungstätigkeit in der ganzen Arbeiterbewegung zu erblicken. In diesem Sinne dient die Naturfreundebewegung dem Aufstieg der naturgesetzlichen und soziologischen Erkenntnis der Dinge im Interesse der sozialistischen Weltanschauung.

Sport und Partei.

Das Askö-Ortskartell Wiener-Neustadt beschloß in seiner Hauptversammlung, daß alle Sport- und Kulturorganisationen am 1. Mai und 12. November, den Staatsfeiertagen, geschlossen bei den Parteiveranstaltungen mitwirken. Vertreten waren in der Hauptversammlung 15 Sportorganisationen.

Deutsch-russische Sportverhandlungen in Sicht.

Die letzte Bundesvorstandssitzung beschäftigte sich mit einer aus Rußland eingegangenen Antwort, die Aufklärung gibt über die Verzögerungen bei der Beantwortung der Schreiben des Bundesvorstandes. Die Schuldigen seien bestraft worden. Auch unliebsame Vorfälle beim Besuch der letzten Russenmannschaften werden, wie der Bundespressedienst mitteilt, zugestanden und Untersuchung sowie Bestrafung zugesagt. Sodann wurde die sofortige Wiederaufnahme von neuen Verhandlungen gefordert. Diese werden erfolgen, aber auch gründliche Garantie für Verhinderung zukünftiger Widerwärtigkeiten im gegenseitigen Sportverkehr gefordert werden.

Städtebau und Spielplatzfrage.

Auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen Spielplatztagung, an der Gemeindevertreter aus ganz Deutschland teilnahmen, wurde die Spielplatzfrage eingehend besprochen. Als wichtigstes Ergebnis der Beratungen sei genannt:

Der Bau von Spiel- und Sportplätzen wird zukünftig das äußere Bild jeder Stadt entscheidend beeinflussen. Die großen und schönen, seit dem Umsturz geschaffenen Sportplatzanlagen sind schon heute ein ganz bedeutender Schmuck deutscher Städte. Die Städteverbauung muß für Spiel- und Sportzwecke Dauergrundflächen vorsehen. Als Richtmaß kommen drei Quadratmeter pro Kopf der Bevölkerung als Spielfläche in Frage. Mehr als 25 deutsche Städte haben bereits mehr als drei Quadratmeter Spielfläche pro Kopf der Bevölkerung. Die Sportplatzanlagen sind möglichst in große Parkanlagen einzubauen. Notwendig sind kleine Uebungsstätten für Schulen und Vereine. Diese müssen günstig im Stadtgebiet verteilt sein und sollen durchweg Daueranlagen sein.

Deutsch-tschechische Arbeiterturner- und Sportlertagung in Prag.

1926 wurde in Prag die Zentrale der sozialistischen tschechischen und deutschen Turn- und Sportverbände gebildet. Gegenwärtig gehören ihr sieben Verbände mit 2000 Vereinen und mehr als 200 000 Mitgliedern an. Regelmäßig zwei- bis dreimal im Jahre sind die Vertreter der Verbände zu technischer und geschäftlicher Beratung zusammengekommen. So auch am 4. Dezember. Die Tätigkeitsberichte wiesen überall Zuwachs an Vereinen und Mitgliedern auf. 1929 sollen an einem „Tag der proletarischen Kultur" der Oeffentlichkeit Proben der Arbeiterkörperkultur gezeigt werden. Zum Verbandsfest des Aussiger Arbeiter-Turn- und Sportverbandes (deutsch) 1930 haben alle Verbände ihre Beteiligung nachdrücklich zugesichert. Für das zweite Arbeiterolympia 1931 in Wien soll eine großzügige Propaganda einsetzen. Die Teilnahme an der Spartakiade in Moskau wurde abgelehnt. Klagen wurden geführt über mangelnde staatliche Unterstützungen und ungerechte Behandlungen der proletarischen Naturfreunde beim Grenzübertritt nach Polen. Um die breite Oeffentlichkeit mit den Grundsätzen des Arbeiterturnens und -Sports vertraut zu machen, werden die Verbände ausgiebig den Arbeiterrundfunk benutzen.

Höchstleistungen im Arbeitersport.

Die Idee des Arbeitersports gipfelt in der Ausbildung der Massen. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Leistungssport in den Arbeiter-Turn- und Sportverbänden keine Stätte hat. Der Leistungssport entwickelt sich in ihnen aus dem Massensport. Jede Leistung, sei sie körperlich oder geistig, soll seine Anerkennung finden. Deshalb registrieren die Arbeitersportler auch ihre Bestleistungen.

Höchstleistungsliste 1927
des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschland.

Sportart	Leistung 1926	Leistung 1927	Bundesmeisterschaftsleistung 1927	Bundeshöchstleistung
100 m Lauf	11,2 Sek.	10,8 Sek.	11,0 Sek.	10,8 Sek.
200 m Lauf	23,4 „	22,5 „	22,5 „	22,5 „
300 m Lauf	37,6 „	37,8 „		37,6 „
400 m Lauf	52,3 „	53,3 „	53,5 „	52,3 „
800 m Lauf	2:02,1 Min.	2:02,6 Min.	2:02,6 Min.	2:02,1 Min.
1000 m Lauf	2:43,9 „	2:42,2 „		2:42,2 „
1500 m Lauf	4:18,8 „	4:16,9 „	4:06,9 „	4:06,9 „
3000 m Lauf	9:00,5 „	9:02,4 „	9:02,4 „	9:00,5 „
5000 m Lauf	15:36,8 „	15:48,2 „	15:48,2 „	15:36,8 „
10000 m Lauf	33:50,0 „	34:22,0 „	34:25,1 „	33:41,0 „
25000 m Lauf				1:30:16,4 „
80 m Hürden		8,5 Sek.	8,5 Sek.	8,5 Sek.
110 m Hürden	17,0 Sek.	16,2 „	(!) 16,0 „	16,2 „
400 m Hürden		1:00,2 Min.	1:00,9 Min.	1:00,2 Min.
Weitsprung	6,38 m	6,93 m	6,93 m	6,93 m
Dreisprung	12,64 m	13,93 m	13,93 m	13,93 m
Hochsprung	1,75 m	1,76 m	1,70 m	1,76 m
Stabhochsprung	3,34 m	3,61 m	3,50 m	3,61 m
Diskuswerfen	33,88 m	37,15 m	33,59 m	37,15 m
Speerwerfen	49,97 m	50,01 m	47,36 m	50,01 m
Schleuderballwerfen	48,15 m	54,89 m	54,89 m	55,9[illegible] m
Hammerwerfen 7¼ kg	33,67 m	29,00 m	27,76 m	33,76 m
Hammerwerfen 5 kg	38,78 m	39,46 m		39,46 m
Kugelstoßen 7¼ kg	11,94 m	11,97 m	11,27 m	12,46 m
Kugelst. 7¼ kg beidarm.		20,61 m	20,64 m	20,61 m
3 x 200 m Stafette	1:12,3 Min.	1:10,7 Min.	1:10,7 Min.	1:10,7 Min.
4 x 100 m Stafette	46,4 Sek.	45,2 Sek.	45,2 Sek.	45,2 Sek.
4 x 400 m Stafette	3:37,3 Min.			3:37,3 Min.
1000 m Stafette		1:56,7 Min.	1:56,7 Min.	1:56,5 „
Schwedenstafette	2:12,1 Min.	2:08,0 „	2:08,0 „	2:08,0 „
Olympische Stafette		3:46,0 „	3:46,0 „	3:46,0 „
3 x 1000 m Stafette	8:48,3 „	8:20,4 „	8:20,4 „	8:20,4 „
Fünfkampf		425 Punkte	425 Punkte	436 Punkte
Zehnkampf		898½ „	898½ „	898½ „
Sportlerinnen:				
60 m Lauf		7,7 Sek.	7,7 Sek.	7,7 Sek.
100 m Lauf	12,6 Sek.	12,8 „	12,9 „	12,6 „
1000 m Lauf		3:29,6 Min.	3:29,6 Min.	3:29,6 Min.
4 x 100 m Stafette	57,4 Sek.	53,5 Sek.	53,5 Sek.	53,5 Sek.
fl. Olymp. Stafette	1:01,5 Min.	56,9 „	56,9 „	56,9 „
Hochsprung	1,40 m	1,44 m	1,44 m	1,44 m
Weitsprung	4,68 m	5,20 m	5,20 m	5,20 m
Diskuswerfen	23,99 m	24,17 m	24,17 m	24,17 m
Speerwerfen	29,08 m	31,95 m	29,68 m	31,95 m
Schleuderballwerfen	34,65 m			34,80 m
Kugelstoßen 5 kg	8,49 m	9,31 m	9,31 m	9,31 m

(!) Die Zeit kann nicht als Höchstleistung geführt werden, weil einige Hürden umgeworfen wurden.

Selbständige Arbeiter-Turnerorganisation in Belgien. Seit Beginn dieses Jahres sind die Arbeiterturnvereine in den belgischen Provinzen selbständig. Sie befürchteten, daß ihr Turnbetrieb benachteiligt werde, wenn er im Rahmen der Sportorganisation vor sich gehe. Augenblicklich zählen die Turner in 24 Gruppen 1200 Mitglieder. Es scheint nun, daß auch in Antwerpen diese Selbständigkeitstendenz an Boden gewinnt.

Werksportvereine in Frankreich.

Auch in Frankreich sind die Werksportvereine langsam in Schwung gekommen. Heute hat jede größere französische Firma ihren Sportklub, angefangen von den Kleinwerksbesitzern in Nordfrankreich über die Banken bis zu den großen Kaufhäusern in Paris. Auch die nordfranzösische Eisenbahngesellschaft hat für ihre Angestellten große Sportplätze erstellt, ebenso haben die Postverwaltungen in jeder größeren Stadt ihre Klubs. Das sind sozusagen die offiziellen Werksportvereine, die an der Firmenbezeichnung sofort als solche zu erkennen sind. Hinzu kommen aber die vielen anderen, die unter einem täuschenden Firmenschild sich aufgetan haben, aber finanziell abhängig sind von irgend einem Unternehmen. Die Gewerkschaften fangen an, diesen Werk-Sportvereinen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die einzige Gegenwehr wird die Stärkung der Arbeitersportvereine sein.

Vom faschistischen „Sport".

Nach Erklärungen faschistischer Sportführer sieht der Sportbetrieb im heutigen Italien so aus: Der Fußballsport wurde wiedererweckt, d. h. nach faschistischer Methode umgemodelt. Der leichtathletische Sport bekam in Bologna ein großes Stadion gebaut, wozu die Regierung die Hälfte der Kosten beisteuerte. Diese Stadt wurde außerdem zum Sitz des leichtathletischen Verbandes bestimmt, der ja „ohnehin schon ganz faschistisch" war. Ein Automobilklub wurde geschaffen, um den Absatz der Autos zu heben. Der Verband der Berufsradfahrer und Rennfahrer wurde offiziell anerkannt. Die Leiter der Sportverbände wurden dem faschistischen Regime geneigt gemacht. Wo bleibt der Amateursport?

Schlechte Lage des Schwimmsports in Belgien.

Das Schwimmen breitet sich in den belgischen Arbeiterkreisen nur langsam aus. Der Grund liegt in dem Fehlen von Schwimmanstalten. Ist es bekannt, daß in der Hauptstadt Brüssel sich nur eine Schwimmanlage befindet, und daß auch diese nur von April bis Oktober dem Publikum zugänglich ist?! Es gibt noch zwei private Schwimmanstalten, deren Besuch aber für die Arbeiter zu kostspielig ist. Trotz aller Bemühungen der sozialistischen Gemeindevertreter ist keine Besserung der Lage eingetreten. Das Baden und Schwimmen in Kanälen und Flüssen ist außerdem verboten. Man sollte annehmen, daß wegen Fehlens von geschlossenen Schwimmanstalten der Herrichtung von Flußbädern keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Im belgischen Arbeiter-Sportbund bestehen nur zwei Schwimmabteilungen, in Gent und Tournay. Deutsche Schwimmer aus Köln und Osnabrück beteiligten sich bereits an einem Schwimmfest in Gent. Diesen zwei Abteilungen wird sich bald eine dritte in Lüttich zugesellen. Es ist zu hoffen, daß hartnäckiger Wille auch in Belgien den Arbeiterschwimmsport bald vorwärts treibt.

Was sind Turnspiele und haben sie Anhänger?

Unter Turnspiele versteht man in der Luzerner Sportinternationale Handball, Faustball, Raffball, Schlagball, Trommelball, Korbball, Volleyball (Zusammensetzung von Hand- und Korbball), Hasenaball (Frauenhandball), Hockey, Eishockey und Tennis. Eine Statistik des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschland über ausgetragene Gesellschaftsspiele im Spieljahr 1926 bringt die große Bedeutung der Turnspiele und die Größe ihrer Anhängerschaft klar zum Ausdruck. Nach der Statistik beteiligten sich 6838 Mannschaften, die 47 966 Spiele austrugen (1925 = 41 929 Spiele). In den Spielen wurden rund 500 000 Spieler und Spielerinnen beschäftigt. Fragebogen von 3880 Vereinen (über 2000 haben nicht eingesandt), verzeichnen 58 724 Spieler und Spielerinnen über 14 Jahre. Den meisten Zuspruch hat Handball. Es ist das Spiel der Zukunft und weist im letzten Spieljahr teilweise bis 100 Prozent Zunahme auf. Das erst in letzter Zeit aufgenommene Tennisspiel verbreitet sich in den Arbeitersportkreisen immer mehr.

Der erste Kongreß der belgischen Arbeiter-Radfahrer in Les Flandres war von 17 Gruppen mit 30 Delegierten beschickt. Er war ein voller Erfolg. Bei der Besprechung des Programms für 1928 stand man vor einer großen Schwierigkeit, die man aber zu überwinden hofft. Es handelt sich um den Bau von Radrennbahnen in Mouscron und Gent. Man beschloß, für die Rennfahrer drei Klassen einzuführen: Amateure, Anfänger und Jugendliche. Dem Bundesvorstand wurde aufgetragen, die Möglichkeit der Herausgabe einer eigenen Arbeiter-Radfahrer-Zeitung zu prüfen. Von seiten der Arbeitersport-Föderation wohnte der Sekretär Genosse Vandermissen der Tagung bei.

Sport des Sonntags.

Breslau, den 19. Dezember 1927.

Handballspiele der Männer-C-Klasse.

Von den auszutragenden Spielen der Männer-C-Klasse stieg als einziges Spiel SWO. II gegen Nordost II. Mannschaft in Oswitz, das GWO. II nach interessantem Kampfe gewann. Mochbern II wurde kampflos Sieger über Neukirch II, da Neukirch nicht angetreten ist. Poseidon II gegen 2. Abteilung II und 4. Abteilung I gegen 1897/02 II konnten auf der Helmutwiese nicht steigen, da der Platz nicht spielfähig war, ebenso das Spiel 2. Abteilung II gegen 5. Abteilung II Jugend mußte ausfallen. Das Spiel im Eichenpark 1. Abteilung II gegen 7. Abteilung III Männer verloren beide Mannschaften kampflos. 7. Abteilung III Männer hat Protest erhoben. 3. Abteilung I gegen Mochbern Jugend verloren auch beide Mannschaften kampflos.

Resultate Männer C-Klasse:

GWO. II — Nordost II . . . 2 : 0 (0 : 0)
Mochbern II — Neukirch II . . kampfl. f. Mochbern
7. Abt. III — 1. Abt. II . . . kampfl. f. beide

Protestspiel

3. Abt. I — Mochbern I Jugend kampflos für beide.

Fußball.

Süd I Breslau — Fr. Sportfr. I Gleiwitz 4 : 2 (2 : 1). Der Anstoß Gleiwitz wird von Süd abgefangen. Der Durchbruch endet im Aus. Die folgende Viertelstunde stand ganz im Zeichen der Gäste. Es gelingt ihnen, nach einem gut eingeleiteten Angriff der Mitte, überraschend zum Führungstor einzusenden. Doch nicht lange währte die Freude und Süd hat den Ausgleich errungen. Kurz vor Halbzeit kann Süd durch Eigentor der Oberschlesier in Führung gehen. Nach Wechsel beherrscht Gleiwitz die Lage vollständig, ohne jedoch zahlenmäßige Erfolge zu erzielen. Allmählich macht sich Süd frei. Bei einem Gedränge vor dem Gästetor erzielen sie ein drittes, dem Gleiwitz durch Strafstoß ein zweites und letztes Tor entgegensetzt. Süd ist bis Schluß vollständig überlegen, aber nur ein Elfmeter, der sicher zum vierten Tore verwandelt wird, ist die Ausbeute. Der Schiedsrichter war gut und hatte das Spiel jederzeit fest in der Hand.

Arbeitsgemeinschaft der Funktionäre der dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Breslauer Vereine.

Der Kreisrat des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund hatte seine Breslauer Funktionäre zu einem Schulungskursus eingeladen, der sich über zwei Abende erstreckte und von 76 Teilnehmern besucht war. Als Thema war „Die kommenden Wahlen und deren Bedeutung für die Arbeiter-Sportbewegung gewählt und als Referent Bundesgenosse Paul Döblitz gewonnen worden. In einem fast dreistündigen Referat beleuchtete der Redner in ausführlicher Weise alle Fragen der Außen- und Innenpolitik und deren Bedeutung für die Arbeiterklasse. An unzähligen Beispielen wies Genosse Döblitz nach, wie unbedingt notwendig es war, daß die Arbeitersportlerschaft es sich seither zur Aufgabe gemacht hat, ihre Mitglieder auch in politischer Beziehung zu erziehen. Seine bis zum Schluß aufmerksam und mit sichtlichem Interesse verfolgten Ausführungen klangen aus in der Marschroute, die die Arbeitersportlerschaft bei den kommenden politischen Ereignissen einzunehmen gedenkt. Der Feind steht rechts! Jeder Richtungsstreit innerhalb der Arbeiter-Sportbewegung ist nur zum Schaden!

Eine sehr sachliche und fast 3½ Stunden in Anspruch nehmende Aussprache, an der sich ein sehr großer Teil der Arbeitsgemeinschaft beteiligte, brachte eine Fülle praktischer Vorschläge, die in der kommenden Zeit der Gesamtbewegung Richtlinien sein werden.

Die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft übernehmen die Verpflichtung, das zum Vortrag gebrachte in ihren Vereinen und Abteilungen anläßlich der Jahresversammlungen weiterzugeben. Es liegt an den Mitgliedschaften, Berichte zu fordern.

Allseitig wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, diese Schulungsabende vor einem noch größeren Kreise von Hörern zu wiederholen.

Notwendig ist es, daß sich die gesamte Arbeitersportlerschaft neben ihrer gewerkschaftlichen Organisation auch der politischen Organisation anschließt. Aber nicht nur Parteibuch-Mitglieder, sondern aktive Klassenkämpfer geben uns die Garantie, daß wir die kommenden Wahlen siegreich gestalten.

Eine durchgeführte Kontrolle ergab, daß von den 76 Teilnehmern 69 gewerkschaftlich und 57 politisch organisiert sind. 58 sind aus der Kirche ausgeschieden und alle lesen die Arbeiterpresse.

Spiel und Sport 1927 und Veranstaltungen 1928 der Freien Turnerschaft Breslau.

Aus dem in der letzten Sportleitersitzung gegebenen Tätigkeitsbericht der Vereinssportleitung ist zu ersehen, daß innerhalb der Spiel- und Sportbewegung im Jahre 1927 eine starke Aufwärtsentwickelung zu verzeichnen ist. Im Turnspielbetrieb ist Hand-, anschließend Faustball vorherrschend. Trommelball wurde von den Turnerinnen mit einer gewissen Unlust gespielt, sodaß diese Spielart 1928 wohl eingestellt werden wird.

An Handball sind 13 Männer-, 11 Jugend- und 3 Turnerinnenmannschaften beteiligt, im Faustball 5 Jugend-, 14 Männer- und 10 Turnerinnenmannschaften, Trommelball 6 Turnerinnenmannschaften. Während Handball in zwei Halbserien gespielt wird, mußte Faustball infolge Mangel an freien Sonntagen nur in einer Serie gespielt werden. — Auf leichtathletischem Gebiet sind zunächst 3 Vereinsveranstaltungen mit guter Beteiligung zu vermerken. Das Jugendsportfest wies 180 aktive Teilnehmer, das Vereinssportfest 285 Teilnehmer auf. Am Waldlauf waren zirka 70 Sportler beteiligt. Außerdem starteten unsere Leichtathleten noch bei einer großen Anzahl anderer Veranstaltungen. Bei den Bezirks-Ausscheidungskämpfen in Oels sowie den Kreis-Ausscheidungskämpfen in Waldenburg konnten sich etliche Mitglieder für Hannover zu den Bundesmeisterschaften qualifizieren. Zu erwähnen ist noch: Gruppenwaldlauf, Bezirksfest in Oels, Reichs-Arbeitersportfest im Stadion, Staffeln zum „Rast" usw., wo die Freie Turnerschaft Breslau immer stark vertreten war. Im allgemeinen stellte das Jahr 1927 mit seinen zahlreichen sportlichen Veranstaltungen ziemliche Anforderungen an unsere Turnspieler und Leichtathleten.

Der Jahres-Arbeitsplan 1928 muß infolge Stattfindens des Länderwettkampfes in Leichtathletik Lettland—Deutschland geändert werden. Anstatt der zwei vorgesehenen Sportfeste findet nur ein allgemeines Sportfest am 29. Juli oder 5. August, wahrscheinlich im Stadion, statt. Das Früherlegen des Sportfestes muß erfolgen, um genügend Zeit zum Einüben der Massen-Gymnastikübungen zum Länderwettkampf zu gewinnen. Außer dieser Veranstaltung ist vorgesehen: Ende März Geländelauf in Gräbschen; 6. Mai: Volkstümlicher Dreikampf für Schüler und Schülerinnen im Eichenpark und der Waldlauf am Totensonntag. Außerdem findet vom Kartell nächstes Jahr die offizielle Einweihung des Stadions statt. Ein Kursus für Sportler findet im Mai unter Leitung des Bundessportleiters, Bundesgenossen Buhren, im Stadion, statt. Die Faustballserienspiele beginnen am 22. April. Vorschläge zu den nächstjährigen Wahlen konnten nicht gemacht werden, da die Sitzung zu schlecht besucht war. Es ist aus diesem Grunde zu erwägen, ob für Abteilungen, deren Spiel- und Sportleiter fast ständig die wenigen Sitzungen schwänzen, Startverbot bei Vereinsveranstaltungen festgesetzt werden soll. Wer Aemter übernimmt, hat auch die Verantwortung zu übernehmen für die Durchführung der Veranstaltungen. Die Tagebücher müssen im Dezember in Ordnung gebracht werden.

Bezirksverwaltung, 1. Bezirk, 14. Kreis.

Die Spartenkassierer haben die für 1927 fälligen Spartengelder, 5 Pf. pro Kopf und Jahr, endgültig bis 1. Januar 1928 an untenstehende Adresse abzuführen: Josef Stempniewitz, Krietern bei Breslau, Johann-Wolfgang-Straße 7.

1. Bezirk, Fußballspartenkassierer. Die mit Zahlungen rückständigen Fußballvereine werden erneut aufgefordert, ihre Rechnung bis 24. Dezember zu begleichen, sonst Spielverbot.

Berichtigung für B.S.V. Oswitz. In der letzten Notiz soll es nicht heißen K.S.V., sondern B.S.V. Oswitz. Die Adresse des Vorsitzenden ist Heinrich Gruhn, Oswitz, Breslauer Straße 15.

Turnspieler des 1. Bezirkes.

Am Sonntag, den 8. Januar 1928, nachmittags 2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer siehe Tafel, der Bezirks-Turnspielertag statt. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Ausblick für das Jahr 1928. 3. Wahlen. 4. Anträge. 5. Verschiedenes. Anträge können bis 2. Januar beim Bezirksspielleiter eingereicht werden. Delegiertenrecht wie zum Bezirkstag. Bundesgenossen, da die Turnspielbewegung mächtige Fortschritte gemacht hat, und der Bezirksspieltag sehr wichtig ist, bitte ich, daß jeder Verein, sowie Abteilung und Mannschaften des 1. Bezirks vertreten ist.

Der Bezirksspielleiter.

Arbeiter-Turn- und Sportbund 1. Bezirk (14. Kreis).

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshause in Breslau:

Bezirkstag.

10,15 Uhr: Spartentagungen.
a) Turner; b) Fußballer; c) Wassersportler
2 Uhr: Bezirkstag.

Tagesordnung: 1. Berichte; 2. Anträge; 3. Wahlen; Verschiedenes.

Jeder Verein kann auf je 50 Mitglieder einen Delegierten entsenden. Alle Delegierten müssen mit Mandat und Mitgliedsbuch versehen sein, ebenso mit politischem und gewerkschaftlichem Ausweis.

Anträge müssen 14 Tage vor dem Bezirkstage zu Händen des Unterzeichneten eingereicht sein.

Rudolf Knobloch, Ohlau,
Bezirksvertreter.

Wintersonnenwendfeier der Sportlerjugend!

Zu dieser Feier sendet jede Abteilung der Freien Turnerschaft einen Ordner und der SV. Poseidon und die Freie Rudervereinigung zwei Ordner, diese treffen sich Dienstag, den 20. Dezember, 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zur Einteilung. Ebenso müssen zur selben Zeit alle Eintrittskarten abgerechnet werden.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau".

Die Vorstands- und Sportausschußsitzung findet Mittwoch, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von E. Böhm, Jahnstraße Ecke Lorenzgasse statt. Pünktliches Erscheinen der Funktionäre ist Pflicht.

Die fällige Monatsversammlung findet Mittwoch, den 28. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8 statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

4. Abteilung. Sonntag, den 1. Januar, findet im Lokal „Zum Lessing", Adalbertstraße ein Wintervergnügen statt. Mitglieder anderer Abteilungen herzlichst eingeladen. Der nächste Abteilungsabend ist nicht am 2., sondern am 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal, Bartschstraße 6. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

M. Pittke.

Fußballsparte, Schiedsrichtervereinigung. Sitzungen fallen aus, die nächste ist am 2. Januar 1928. Spiele können am Montag, den 19. Dezember, und Dienstag, den 27. Dezember, bei Genossen Sänger (Firla, Jahnstraße) abgegeben werden.

Fußballsparte, 1. Bezirk. Am Sonntag, den 29. Januar, Bezirks- und Fußballspartentag, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause (Zimmer siehe Tafel). Anträge bis 15. Januar an O. Neugebauer, Oppastraße 14.

Berichterstatter-Vereinigung. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung bei Firla, Jahnstraße. Jeder Verein ist verpflichtet, mit dem 1. Vorsitzenden und Berichterstatter anwesend zu sein.

Verein für Leibesübungen 1920, e. V. Generalprobe zur Weihnachtsfeier Mittwoch, den 21. Dezember, 20 Uhr, im Vereinslokal, Klein-Gandau. Am Freitag, den 25. Dezember, 20 Uhr, im Vereinslokal Weihnachtsfeier.

A.S.V. Wacker 1921. Freitag, den 23. Dezember, Vollversammlung bei Firla, Jahnstraße.

2. Männer-Abteilung Freie Turnerschaft Breslau. Donnerstag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr, Generalprobe im Gewerkschaftshause.

GENOSSE! Du verkümmerst unter der Arbeit Fron

Schaff Dir Erholung

und Kräftigung

im Arbeiter-Turn- und -Sportverein

Wintersonnenwende der Arbeitersportlerjugend. Alle Jugendmitglieder bringen ihre Eltern und Geschwister sowie vor allem ihre Jugend- und Lehrkolleginnen und Lehrkollegen zur Feier der Wintersonnenwende am Mittwoch, den 21. Dezember, im Gewerkschaftshause, mit. Der Unkostenbeitrag ist auf 15 Pf. festgelegt. Es ist selbstverständliche Pflicht der übrigen Arbeitersportlerschaft, diese Veranstaltung durch vollzähliges Erscheinen zu unterstützen und damit die Verbundenheit der Jugendlichen mit den Erwachsenen erneut zu bestätigen.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmhallen für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-,
Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation

Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Oesterreichs Arbeiterwassersport führend in der Luzerner Sport-Internationale.

Oesterreichs Arbeiterwasserballspieler, Schwimmer, Schwimmerinnen und Springer brachten vom 1. Arbeiterolympia in Frankfurt a. M. 1925 olympische Siegerehren mit nach Hause. Auch in der folgenden Zeit erwiesen sie sich ihrem stärksten Konkurrenten Deutschland überlegen, so beim großen internationalen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Prag und bei Wettkämpfen in Deutschland. Der Arbeiter-Schwimmverein Wien ist der Träger des österreichischen Arbeiterschwimmsports. Mit 11 000 Angehörigen kann er als größter Sportverein Europas gelten. Nicht die sportlichen Erfolge sind den österreichischen Arbeiterschwimmern das wichtigste, sondern die Pflege des Massensports. Mit berechtigtem Stolz weisen sie auf ihre Schwimmlehrer, die jährlich Tausende von Anfängern kostenlos unterrichten. Die Jugend stellt in immer größer werdendem Maße die Masse der Arbeiterwassersportler. Das bedeutet eine gesicherte Zukunft.

Ein ideales Standquartier für Wintersport in Oesterreich

ist die Steinplanhütte der Ortsgruppe Knittelfeld des Askö im Gebiete der Stub-Gleinalpe, die ganzjährig bewirtschaftet ist. Das schöne Haus im idealen Skigelände ist von Knittelfeld in dreieinhalb Stunden zu erreichen. Es liegt 1671 Meter hoch und bietet herrliche Skifahrten und Uebergänge, so zum Grazer Naturfreundehaus auf der Terenbachalpe, das ebenfalls ganzjährig bewirtschaftet ist.

Oesterreichischer Fußballbetrieb. Der Spielbetrieb in der Landesgruppe Nieder-Oesterreich war im abgelaufenen Jahre außergewöhnlich groß. Mehr als 800 Spiele wurden zwischen Wiener und Provinzmannschaften ausgetragen. In der Meisterschaft betrug die Zahl der Spiele 3000. An der Meisterschaft nahmen 112 Vereine teil.

II. Männer- und Jugendabteilung
Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Sonntag, den 25. Dezember, gr. Saal d. Gewerkschaftshauses
(1. Weihnachtsfeiertag) 6068

Große Bühnenveranstaltung

Konzert — Turne — Gymnastik

Erwachsene 60 Pf., Jugend 40 Pf., Kinder 20 Pf.

Kein föderalistischer Arbeitersportbund.

Bei der Behandlung der Spartenfrage in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes wurde die Forderung auf technische und geschäftliche Selbständigkeit abgelehnt mit der Begründung, daß dadurch aus dem zentralisierten Bund ein föderalistischer entstünde, was eine unerträgliche Schwächung bedeute. Den Sparten soll im Rahmen der heutigen Verfassung die denkbar größte Freiheit gewährt werden, aber Bundessportenvorstände werden nicht zugestanden. Dieser Beschluß wurde, wie der Bundespressedienst meldet, mit allen gegen eine Stimme gefaßt.

Die Entwicklung des Sports in den tschechoslowakischen Arbeiter-Turnvereinen.

Mit der Einführung des Sportes und der Spiele in die tschechoslowakischen Arbeiterturnvereine wurde erst im Jahre 1923 begonnen. Heute sind die leichtathletischen Sektionen bereits in 169 Vereinen tätig und haben im Laufe des Jahres 229 Wettkämpfe veranstaltet. Handballsektionen bestehen in 150 Vereinen und haben in diesem Jahre 1523 Wettkämpfe veranstaltet. Wollenball wird in 19 Vereinen gespielt und wurden im ganzen 92 Wettkämpfe ausgetragen. Auch Schwimmsektionen sind erst in diesem Jahre ins Leben gerufen worden durch Gründung neun Schwimmriegen. Die sportliche Betätigung erfreut unter der Mitgliedschaft der Arbeiterturnvereine immer größer Beliebtheit, so daß im nächsten Jahre mit einer bedeutenden Erweiterung der einzelnen Sektionen und mit einer Erhöhung ihrer Arbeit gerechnet werden kann.

Vorturner-Schulen im tschechoslowakischen Arbeiter-Turnverband.

Die fachliche Schulung der Vorturnerschaft besorgen regelmäßige Turnkurse. In Prag finden alljährlich Turnschulen für Männer und Frauen statt, denen sich ein selbständiger Kursus für die Führer der Jugendriegen angliedert. In diesem Jahre fand ein solcher Lehrgang für Böhmen, ein anderer in Mähren statt gefunden. Seit der Einführung im Jahre 1925 sind bereits 37 solche Kurse abgehalten worden. Zu diesen zentralen Verbandsschulen haben nur jene Vorturner und Vorturnerinnen Zutritt, die mit gutem Erfolg die Kreisschulen besuchten, die ebenfalls jährlich stattfinden. Zum Besuche der Kreis- oder Bezirkskurse wird wieder nur zugelassen, wer die Anfängerkurse im Bezirk seiner Organisation besucht hat. Es handelt sich hier um ein durchdachtes einheitliches System der Vorturnerschulung.

Gründung eines Gaues Frankreich der proletarischen Naturfreunde.

Die wachsende Ausbreitung der Naturfreunde-Bewegung ließ die Vertreter der französischen Ortsgruppen in Mühlhausen zusammenkommen und die Gründung eines eigenen Gaues beschließen. Als Sitz der Gauleitung wurde Mühlhausen bestimmt.

Wintersport im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Zur Förderung des Wintersports sind für die Arbeitersportler im kommenden Winter verschiedene Veranstaltungen vorgesehen, die nach den Meldungen der Kreise wie folgt stattfinden werden:

A. Kurse.

Vom 8. bis 14. Januar ein Kursus für die Kreis-Wintersportwarte auf dem Feldberg im Schwarzwald.

Vom 6. bis 8. Januar ein Kursus im Schneeschuhlaufen in Braunlage im Harz.

Vom 13. bis 18. Januar ein Schneeschuhkursus für die Bezirks-Wintersportwarte des 4. Kreises in Altenberg im Erzgebirge.

Vom 28. bis 30. Januar ein Kreiskursus für Anfänger und Fortgeschrittene in Winterberg (6. Kreis).

B. Wintersportfeste.

Am 26. und 27. Dezember Sonnenwendläufe der Arbeiter-Wintersport-Arbeitsgemeinschaft Berlin am Schmiedeberg Paß im Riesengebirge.

Am 14. und 15. Januar Kreis-Wintersportfest des 4. Kreises in Altenberg im Erzgebirge.

Am 14. und 15. Januar Kreis-Wintersportfest der 8. und 10. Kreises in Triberg im Schwarzwald.

Am 28. und 29. Januar bundesoffenes Kreis-Wintersportfest des 14. Kreises in Schreiberhau im Riesengebirge.

Nähere Auskunft über diese Kurse und Feste erteilt der Arbeiter-Turn- und Sportbund, Abteilung „Wintersport", Leipzig S. 3, Fichtestraße 32/34.

35 Jahre „Clarion" in England.

Die Zeitschrift der englischen Arbeiter-Radfahrer, „Clarion", hat sich von der bisherigen Wochenschrift in eine Monatsschrift umgewandelt. Geldmangel hat zu dieser Maßnahme geführt. Gleichzeitig ist die redaktionelle Leitung, die bis dahin Tom Groom inne hatte, an einen jüngeren Mitarbeiter übergegangen. Die Zeitschrift wurde im Jahre 1891 von Robert Blatchford gemeinsam mit noch drei Freunden gegründet. Die Arbeit der Clarionleute in den vergangenen drei Jahrzehnten für die politische und gewerkschaftliche Schulung der englischen Arbeiterschaft war von größtem Nutzen.

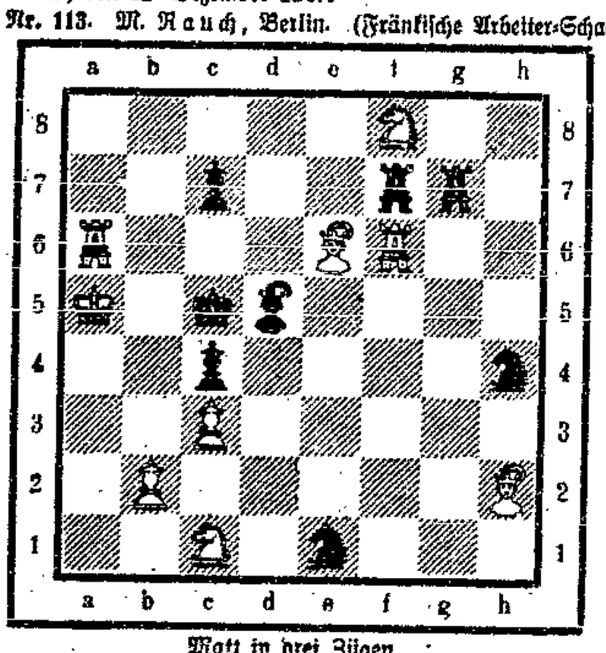
Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Zuschriften sind zu richten für Problemteil an: R. Rittner, Breslau 1, Pöpelwitzstraße 22; für Partieteil und Organisationsfragen an: P. Sterna, Breslau 3, Siebenhufenerstraße 72.

Breslau, den 12 Dezember 1927.

Problem Nr. 113. M. Rauch, Berlin. (Fränkische Arbeiter-Schachzeitung)



Matt in drei Zügen.

Weiß Ka5, Ta6, f6, Le6, h2, Sc1, f8, Bb2, c3.
Schwarz: Kc5, Tf7, g7, Ld5, Se1, h4, Bc4, c7.

Lösungen:

Problem Nr. 110. 1. f5—f6! Tg7. 2. Dg2. Lg6. 3. Dg3#. Eine schwarz-weiße Bahnung mit nachfolgender Verstellung. Leider ist die Aufgabe im zweiten Zuge dualistisch. Der Verfasser fügt deshalb einen schwarzen Springer auf c1 und einen schwarzen Bauern auf a5 hinzu.

Richtige Lösungen sandten ein: P. Fleischauer, P. Mitschke, M. Sänger, R. Sperlich, E. Wallasch.

Partie Nr. 41 Damenbauerspiel.

Gespielt am 10. November 1927 im Arbeiter-Schachverein Breslau.

Weiß: Züchner, Abt. West.		Schwarz: Lorenz, Abt. Nicolaitor.	
1. d2—d4	e7—e6	14. S2—c4[2])	a7—a6
2. c2—c4	c7—c5	15. a2—a4	Sd7×e5
3. d4—d5[1])	e6×d5	16. Sc4×e5	Se8—d6
4. c4×d5	d7—d6	17. f2—f4	La7—f6
5. e2—e4	Sg8—f6	18. Se5—c4[3])	Lf6—d4+
6. Sb1—c3	Sb8—d7	19. Kg1—h1	Tf8—f6
7. Sg1—f3	Lf8—e7	20. Sc4—e5	Dd8—e7[4])
8. Lf1—e2	0—0	21. Le2—c4?[5])	Tf6—h6
9. 0—0	Sf6—e8	22. Dd1—d3	Ld4×e5
10. Lc1—f4	Sd7—b6	23. Ta1—e1	De7—h4
11. Sf3—d2	f7—f5	24. Dd3—b3	Le5×f4
12. e4—e5	d6×e5	25. Db3×h4	Th6×h4
13. Lf4×e5	Sb6—d7	Aufgegeben	

[1]) Die Absicht des Schwarzen, in die Sizilianische Partie einzulenken, wird mit diesem Zuge gut widerlegt. Nach dem Abtausch steht der Bauer auf d5 sehr stark.

[2]) Die beste Verteidigung. Auf Lf4 folgt 14. . . g5 mit Figurenverlust. Die dadurch entstandene offene Königstellung wird durch die beweglichen schwarzen Kräfte vollauf ausgeglichen.

[3]) Besser war hier Lf3 mit nachfolgenden Te1 um sich in den Besitz der offenen e-Linie zu setzen.

[4]) Es droht nun Th6, Tx h2 nebst Dh4#.

[5]) Mit diesem Zuge verliert Weiß 1 Figur und damit die Partie. Auf 21) Sf3 folgt Le3 22 Lf3 worauf die Partie noch zu halten ist.

(Anmerkungen von O. Lorenz).

Ski- böhm. Esche komplett mit Bindung und Stöcken 180—220 cm **19⁵⁰**

Ski-Hosen blau, Wolltrikot **14⁵⁰**

Stöcke / Bindungen / Mützen
Sämtl. Ski-Zubehör konkurrenzlos billig

Sport-Glauer
Sadowastraße 54

5025